

**Die Gründungsbilanz
in betriebswirtschaftlich-theoretischer
und rechtlicher Sicht**

Edgar Kursawe

D I E G R Ü N D U N G S B I L A N Z
I N B E T R I E B S W I R T S C H A F T L I C H - T H E O R E T I S C H E R U N D
R E C H T L I C H E R S I C H T

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



vorgelegt von
Edgar K u r s a w e
1957

Referent: Prof. Dr. Roland L ö h l e i n

Korreferent: " " Otto Hintner

Tag der mündlichen Prüfung: 26. II. 58

INHALTSANGABE

=====

	<u>Seite</u>
A. Einleitung	4
B. Wesen und Aufgaben der Gründungsbilanz	10
I. Einteilung der Bilanzen und Stellung der Gründungsbilanz in dieser Einteilung	10
II. Die Aufgaben der Bilanz im allgemeinen	13
III. Die Aufgaben der Gründungsbilanz	16
a) Die Gründungsbilanz als rechnungsmäßiger Abschluß der Gründungsperiode	16
b) Die Gründungsbilanz als Anfangsbilanz	19
C. Die Rechtsgrundlagen für die Gründungsbilanz	27
I. Die Rechtsgrundlagen für die Bilanz im allgemeinen	27
II. Die Rechtsgrundlagen für die Gründungsbilanz	29
a) Allgemeines: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung	29
b) Inventur und Inventar	31
c) Die Satzung (der Gesellschaftsvertrag)	32
d) Die Gründungsprüfung	34

	<u>Seite</u>
D. Die Gründungsbilanz in formeller Hinsicht	37
I. Die Frage nach dem Zeitpunkt der Erstellung der Gründungsbilanz	37
a) Grundsätzliches: Gründung und Errichtung	37
b) Die Zeitfrage in betriebswirtschaftlich-theoretischer Sicht	40
c) Die Zeitfrage in handelsrechtlicher Sicht	43
1. Kaufleute im Sinne des § 1 HGB (Mußkaufmann) ...	43
2. Kaufleute kraft Eintragung	44
d) Die Zeitfrage in steuerlicher Sicht	46
II. Die allgemeinen Bilanzierungsgrundsätze bei Erstellung der Gründungsbilanz	48
III. Die Behandlung des Gründungsaufwands	52
a) Begriff des Gründungsaufwands	52
b) Das Problem in rechtlicher Sicht	55
c) Das Problem in betriebswirtschaftlich-theoretischer Sicht	59
E. Die Gründungsbilanz in materieller Hinsicht	61
I. Die Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht bei der Gründungsbilanz	61
a) Die Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht bei der Gründungsbilanz im allgemeinen	61
b) Die Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht immaterieller Gegenstände in der Gründungsbilanz ..	65
II. Die Bewertung bei der Bargründung	67

	<u>Seite</u>
III. Die Bewertung bei der Sachgründung	70
a) Grundsatzliches zum Bewertungsproblem: Niedriger oder hoher Wertansatz ?	73
b) Der Anschaffungswert bzw. Teilwert	82
1. Die Bewertung nach Steuerrecht	84
2. Die Bewertung nach Handelsrecht	86
aa) Der Verkehrswert als Maßstab	89
bb) Der Wiederbeschaffungswert als Maßstab	91
 A n h a n g :	
Die Gründungsbilanz bei der Übernahmegründung	93
a) Begriffliches	93
b) Die Ermittlung des Gesamtwerts der Unternehmung..	96
1. Der Buchwert der Unternehmung	97
2. Sachwert und Ertragswert als Grundlage der Unternehmensbewertung	98
aa) Die Problematik der Ertragswertermittlung.	98
bb) Die Problematik der Substanzwertermittlung	103
3. Der Firmenwert	106
c) Die Behandlung des Firmenwertes in der Gründungs- bilanz	109
d) Die Bewertung bei der Übernahmegründung	112
 L i t e r a t u r a n g a b e	 113

Digitized by the Internet Archive
in 2026

A. Einleitung

Schon bevor sich unser Fachgebiet zur eigentlichen Betriebswirtschaftslehre entwickelt hatte, war die Bilanz - vor allem auch in Zusammenhang mit der Aktiennovelle von 1884, die mit dem Verbot der Aktivierung von Organisationskosten und der Einführung von Höchstwertbestimmungen für alle Bilanzgegenstände wesentliche Mißstände der Gründerzeit beseitigte - Gegenstand eingehender Untersuchungen. 1908 und 1910 erschienen in der "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung" Aufsätze von Schmalenbach, die sich mehr den betriebswirtschaftlichen Problemen, insbesondere dem Zweck der Bilanz zuwandten und schließlich 1919 in dem Aufsatz "Grundlagen dynamischer Bilanzlehre" der überkommenen statischen Bilanzauffassung entgegentraten. Es bildeten sich schließlich die verschiedenen Bilanztheorien heraus. Die wichtigsten Veröffentlichungen waren vor allem: Schmidt, F. "Der Wiederbeschaffungspreis des Umsatztages in Kalkulation und Volkswirtschaft", Berlin 1923, sowie "Die organische Tageswertbilanz", Leipzig 1929; Mahlberg, W. "Der Tageswert in der Bilanz", Leipzig 1925; Severing, K. "Die Einheitsbilanz", Leipzig 1925; Rieger, W. "Einführung in die Privatwirtschaftslehre", Nürnberg 1928; le Coutre, W. "Zeitgemäße Bilanzierung", Wien 1934. In neuester Zeit ist in der von Thoms begründeten funktionalen Kontorechnung durch die entsprechend gestalteten kontologischen Bilanzen die Möglichkeit geboten, neue interessante Einsichten in den ökonomischen Bewegungs- und Wirkungsverlauf zu gewinnen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Buchhaltung und Bilanz immer die Forschungsaufgaben der Betriebswirtschaftslehre gewesen sind und bleiben werden, da die Rechnung mit ökonomischen Daten für die Betriebsführung unentbehrlich ist. "Mit Hilfe des Recheninstruments wird das Material des ökonomischen Prozesses erfaßt...Mit diesem zentralen Forschungs- und Lehrgegenstand ist die Betriebswirtschafts-

lehre groß geworden und zu Ansehen gekommen. Die betriebswirtschaftliche theoretische Forschung gipfelte in den Bilanztheorien. Besonders die Arbeiten von Schmalenbach, Schmidt, Nicklisch und le Coutre auf diesem Gebiet haben die Fundamente der Betriebswirtschaftslehre geschaffen." (1)

Die großen grundlegenden Arbeiten beschäftigen sich in erster Linie mit der Jahresbilanz, die vor allem die Konstitution und Entwicklung des Betriebes aufzeigen soll, damit der Betrieb seine privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Funktionen optimal erfüllen kann. Dabei wird, vor allem zur Herausstellung der mit der Jahresbilanz zusammenhängenden Problematik, auch den Sonderbilanzen eine gewisse Aufmerksamkeit und Behandlung zuteil. Es kann aber wohl mit Recht festgestellt werden, daß in der Literatur die Gründungsbilanz - im folgenden immer GB genannt - im größten Umfang stiefmütterlich behandelt wurde. Bei der GB wird in der Regel entweder die starke Verwandtschaft mit der Jahresbilanz herausgestellt und damit ihre Behandlung in die der Jahresbilanz eingeschlossen, oder ihr primärer statischer Charakter gesehen, und damit wird sie allzu oft als uninteressant abgetan. Es wird immer wieder unterstellt, daß die GB keine Probleme bietet, die nicht auch bei der Jahresbilanz, und dort in einem ungleich interessanteren Zusammenhang vorhanden sind. Unseres Wissens fehlt es an einer zusammenhängenden und möglichst abgerundeten Untersuchung und Darstellung der GB im allgemeinen und ihrer Probleme, wie sie für die Jahresbilanz in zahlreichen Fällen und zum Teil auch für die übrigen Sonderbilanzen vorliegt. Die Tatsache, daß jede Unternehmung ebenso wie die Jahresbilanz stets auch die GB auszuweisen hat, nicht dagegen unbe-

(1) Thoms, W. "Die heutigen Anforderungen der Betriebswirtschaftslehre an das Rechnungswesen" in Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 25. Jahrg., 1955, S. 263 f.

dingt eine der übrigen Sonderbilanzen, läßt die Vernachlässigung der GB im allgemeinen Bilanzschrifttum besonders kurios erscheinen.

Im Zusammenhang mit der Goldmarkbilanz und neuerdings mit der DM-Bilanz, die beide insofern eine Ähnlichkeit mit der GB besitzen, als sie hinsichtlich der Wertansätze der Bilanzgegenstände Eröffnungsbilanzen darstellen, erschien eine Vielzahl von Abhandlungen, die auch zur Klärung von Problemen der GB im allgemeinen beigetragen haben. So wurden insbesondere im Zusammenhang mit dem § 18 DMBG grundsätzliche Bewertungsprobleme der GB behandelt.

Die wichtigsten Anlässe betriebswirtschaftlicher und rechtlicher Art für die Aufstellung der GB können sein:

Neugründung einer Unternehmung (Bar- oder Sachgründung);

Wiedereröffnung eines früher betriebenen, zwischenzeitlich aber eingestellten Unternehmens;

Übernahme einer bereits bestehenden Unternehmung durch Kauf, Erbgang, auf Grund eines Nießbrauchs oder Pachtvertrages (Übernahmegründung);

Änderung der Unternehmungsform (Umwandlungsgründung, Umgründung) oder Schaffung einer neuen juristischen Person durch Fusion;

Übergang zur Buchführung gegenüber bisheriger Überschußbesteuerung oder gegenüber bisheriger Veranlagung nach Richtsätzen;

Neuer steuerlicher Anfang nach Verwerfung der Buchführung oder nach Beendigung einer Periode der Schätzungen bei Einzelunternehmungen und Personen-Gesellschaften;

Neueintritt in die Steuerpflicht, von der eine Körperschaft als gemeinnützig bis dahin befreit war. (1)

(1) vgl. hierzu Bühler, O. "Bilanz und Steuer", Berlin und Frankfurt 1952, 5. Aufl., S.343

Die eben aufgeführten Anlässe stellen an die zu errichtende GB ihre ganz speziellen Anforderungen. Es würde jedoch den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, auf die einzelnen, ganz besonderen Probleme, die durch die verschiedenen Bilanzierungsanlässe gestellt werden, näher einzugehen. Eine theoretische Abhandlung wie die vorliegende kann zwar nicht lebensfern und völlig losgelöst von den einzelnen speziellen Problemen der Praxis sein, es liegt aber im Wesen der betriebswirtschaftlichen Theorie, durch Beschränkung auf das Wesentliche, möglichst allen Erscheinungsformen Gemeinsame, dahin zu zielen, daß Relationen, Abhängigkeiten, "Regelmäßigkeiten und Tendenzen der wirtschaftlichen Erscheinungen auf der einen Seite, Grundsätze und Verfahrensweisen auf der anderen Seite" aufgedeckt bzw. entwickelt werden. Aus diesem Grunde soll im folgenden immer nur möglichst das Grundsätzliche, für die GB im allgemeinen Gültige untersucht und dargestellt werden.

Bei der Bearbeitung stellte sich bald heraus, daß nahezu jeder Einzelpunkt der Arbeit für sich allein Stoff für eine mehr oder weniger umfangreiche selbständige Abhandlung bieten würde. Es wurde daher ein möglichst zielstrebigster Weg eingeschlagen und tunlichst nur das zur Untersuchung unbedingt Erforderliche darzustellen versucht. Zur abgerundeten Behandlung des Themas war es erforderlich, auch auf schon bekannte, von bedeutenden Autoren hinreichend untersuchte Probleme einzugehen.

Es war nicht ganz leicht, die außerordentlich umfangreiche Literatur einigermaßen zu bewältigen, andererseits stellte sich - gewissermaßen als Entschädigung - sehr bald heraus, daß der GB ein ungleich größerer "aparter Reiz" zu eigen ist, als allgemein angenommen wird. Bei der Behandlung des Themas steht die betriebswirtschaftlich-theoretische Betrachtungsweise im Vordergrund, da sie Grundlage und Ausgangspunkt auch für die rechtliche - die handels- und

steuerrechtliche - Seite des Problemkreises ist. Man hat immer wieder versucht, bilanzielle Probleme von der juristischen Seite her in Angriff zu nehmen. "Auf diesen Irrtum in den Mitteln zur Lösung dieser Aufgabe kann nicht eindringlich genug hingewiesen werden. Juristische Regelungen müssen, wenn man dem Untersuchungskomplex nicht Gewalt antun will, aus betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen hergeleitet werden." (Auler) (1)

In der Praxis überwiegt heute die steuerliche Seite und beherrscht die Bilanzierung so sehr, daß dann aus Wirtschaftlichkeitsgründen heraus eine eigene Handelsbilanz oft gar nicht mehr aufgestellt wird. Es kann daher heute in sehr vielen Fällen nicht mehr die Rede davon sein, daß die Steuerbilanz stets eine abgeleitete Handelsbilanz ist. Es ist zwar richtig, daß die Steuerbilanz in der Regel den handelsrechtlichen Regeln nicht zuwiderläuft, andererseits gibt es jedoch wieder Fälle, wo Handelsbilanz und Steuerbilanz sich nicht decken. Die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse werden in beiden Bilanzen oft unterschiedlich wiedergegeben (z.B. Ausschaltung persönlicher Steuerschulden aus der Steuerbilanz). Die Überbetonung der Steuerbilanz durch die Praxis wird in dieser theoretischen Abhandlung nicht mitgemacht. Die Steuerbilanz ist für uns stets eine abgeleitete Handelsbilanz, die die steuerlich gebotenen Bereinigungen und Ergänzungen der Handelsbilanz aufweist. Auch für die GB gilt das Gutachten des Reichsfinanzhofes (Bd.20, S.325), nach dem die Aufstellung besonderer Steuerbilanzen nicht erforderlich ist.

Die Untersuchung beschränkt sich schließlich nicht auf bestimmte Unternehmungsformen. Da die Verhältnisse bei der Aktiengesellschaft am kompliziertesten sind, ist es zweckmäßig, da und dort der Aktiengesellschaft besondere Aufmerksamkeit zu schenken, zumal die für die

(1) zitiert von Schwärzel "Über das Problem des Unternehmungsmehr- oder -minderwertes und seine Bilanzierung", Diss., Forchheim 1937, S. 2

Aktiengesellschaft gefundenen Ergebnisse wie beim Jahresabschluß auch für die übrigen Unternehmungsformen entsprechende Anwendung finden können. Grundsätzlich wird jedoch die GB ohne Rücksicht auf Rechtsform, Art, Größe und Geschäftszweig der Unternehmung, also die GB im allgemeinen, untersucht und dargestellt.

B. Wesen und Aufgaben der GB

I. Einteilung der Bilanzen und Stellung der GB in dieser Einteilung

Die Bilanzen werden in der Regel nach zwei Gesichtspunkten eingeteilt: nach der Regelmäßigkeit der Aufstellung

nach der Zwecksetzung.

Das Kriterium der Regelmäßigkeit hat zunächst rein formalen Charakter und spielt bei der formellen Bilanzkritik eine große Rolle. Nach der Regelmäßigkeit der Aufstellung lassen sich die Bilanzen unterteilen in

ordentliche Bilanzen

außerordentliche Bilanzen.

Diese Unterteilung gilt für die Handelsbilanz und für die Steuerbilanz.

Die ordentlichen Bilanzen werden r e g e l m ä ß i g in bestimmten Zeitpunkten aufgestellt. Sie sind diejenigen Bilanzen, die das betriebliche Leben von seiner Entstehung bis zum Ende begleiten, widerspiegeln und als Ausgangspunkt unternehmerischer Dispositionen wieder auf das betriebliche Leben zurückwirken.

Als ordentliche Bilanzen gelten die Jahresbilanz sowie die regelmäßig aufgestellten Zwischenbilanzen (Monats-, Vierteljahres-, Halbjahresbilanzen).

Den außerordentlichen Bilanzen fehlt die Regelmäßigkeit der Aufstellung in bestimmten Zeitpunkten. Sie werden von Fall zu Fall bei bestimmten Sonderanlässen aufgestellt. Nach dem besonderen Anlaß ihrer Aufstellung werden sie als "Fusionsbilanz", "Sanierungsbilanz", "Konkursbilanz" usw. bezeichnet.

Das zweite wichtige Kriterium, die mit der Bilanzaufstellung jeweils verbundene Zwecksetzung, führt zur Einteilung der Bilanzen in

statische Bilanzen

dynamische Bilanzen,

je nachdem, ob die Vermögensermittlung oder die Erfolgsermittlung

den Hauptzweck der Bilanz darstellt. Entsprechend dem mit der Vermögensermittlung oder Erfolgsermittlung verknüpften speziellen Zweck der Bilanzierung lassen sich die Bilanzen dann weiter untergliedern in solche, die der Ermittlung der Liquidität oder des Verschuldungsgrades oder der Finanzierung überhaupt oder der vorhandenen Risiken oder der Rentabilitätszuwachsrate usw. dienen. Vor diesen unmittelbaren speziellen Zwecksetzungen, die mit der Vermögens- und Erfolgsermittlung verknüpft sind, stehen jedoch die großen grundlegenden Zwecksetzungen der Bilanz, wie sie in den Bilanztheorien ihren Ausdruck gefunden haben. Die beiden Kriterien, die Regelmäßigkeit und die Zwecksetzung der Bilanzierung, stehen zunächst in keinem Zusammenhang miteinander. Bei einer Betrachtung der Bilanzen unter dem Kriterium der Regelmäßigkeit und dem der Zwecksetzung zeigt sich jedoch, daß bei den außerordentlichen Bilanzen die statische Zwecksetzung dominiert, während bei den ordentlichen Bilanzen die dynamische Zwecksetzung im Vordergrund steht. Es ergibt sich also, daß die ordentlichen Bilanzen durch die regelmäßige Aufstellung und zugleich durch die grundsätzlich dominierende dynamische Zwecksetzung, und die außerordentlichen Bilanzen durch die unregelmäßige Aufstellung und zugleich durch die grundsätzlich dominierende statische Zwecksetzung charakterisiert werden.

Die GB wird in der Regel den außerordentlichen Bilanzen zugeordnet. Diese Zuordnung darf jedoch nicht völlig vorbehaltlos und ohne weiteres vorgenommen werden. Im Hinblick auf die Regelmäßigkeit der Aufstellung ist die GB insofern den außerordentlichen Bilanzen zuzurechnen, als sie nur e i n m a l im Dasein einer Unternehmung zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgestellt wird. Sie besitzt aber zugleich auch den Charakter der Regelmäßigkeit, weil sie zwar nur einmal, aber dafür r e g e l m ä ß i g v o n j e d e r U n t e r n e h m u n g aufgestellt wird. Nicht jede Unternehmung kann eine Sanierungs-, Fusions- oder Auseinandersetzungsbilanz aufweisen. Immer aber findet sich notwendigerweise die GB, gewisser-

maßen der Geburtsschein jeder Unternehmung. Die GB besitzt also nicht den Charakter der Regelmäßigkeit im Hinblick auf die Wiederholung ihrer Aufstellung, wohl aber im Hinblick auf ihre Aufmachung überhaupt. Damit aber unterscheidet sie sich bereits in gewissem Umfang in formeller Hinsicht von den übrigen Sonderbilanzen, bei denen in der Regel von vornherein ungewiß ist, ob sie überhaupt jemals von der betreffenden Unternehmung aufgestellt werden. Den ordentlichen Bilanzen kann sie auch nicht ohne weiteres zugeordnet werden, weil ihr die Regelmäßigkeit im Sinne der Wiederholung der Aufstellung fehlt.

Die GB nimmt also unter dem Kriterium der Regelmäßigkeit der Aufstellung eine Zwischenstellung ein, wobei die Verwandtschaft mit den ordentlichen Bilanzen jedoch ohne Zweifel größer sein dürfte als mit den übrigen außerordentlichen Bilanzen. Es ließe sich wohl der Standpunkt vertreten, daß die GB die erste der (regelmäßigen) Jahresbilanzen ist. Irgendwo muß die Kette der Jahresbilanzen einen Anfang haben. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese erste Bilanz in dieser formalen Unterscheidung eine Sonderrolle spielen soll. Für sich allein gesehen ist jede Jahresbilanz auch etwas Einmaliges und sich nicht Wiederholendes. So wird die Jahresbilanz für beispielsweise das 5. Geschäftsjahr auch nur einmal aufgestellt und weist für sich allein betrachtet auch nur die Regelmäßigkeit der GB auf.

Was sie eigentlich zur ordentlichen Bilanz macht, ist die Gleichheit der Zwecksetzung. Die Jahresbilanz hat ganz bestimmte Zwecksetzungen, die auch dann eine Bilanz zur ordentlichen Bilanz stempeln, wenn diese im Hinblick auf die Regelmäßigkeit der Aufstellung aus dem Rahmen fällt, z.B. weil sie nicht zu dem Zeitpunkt aufgestellt wird, wie es bisher für diese Bilanz üblich war, wie etwa bei Verlegung des Geschäftsjahresschlusses vom 30.9. auf den 31.12.

Das Kriterium der Regelmäßigkeit kann also für die Zuordnung der GB im Rahmen der Unterscheidung der Bilanzen auch nicht die primäre Rolle spielen. Ausschlaggebend für die Zuordnung der GB muß die Zwecksetzung sein. Es bleibt zu untersuchen, welche Stellung die

GB unter dem Kriterium der Zwecksetzung in der Einteilung der Bilanzen einnimmt. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, zumindest ganz kurz die Aufgaben der Bilanz im allgemeinen darzulegen und sie als Ausgangspunkt zu benutzen, um die besonderen Zwecksetzungen der GB herauszustellen.

II. Die Aufgaben der Bilanz im allgemeinen

Wie bereits erwähnt weist die Bilanz im allgemeinen zwei grundsätzliche Zwecksetzungen auf :

die statische Zwecksetzung

die dynamische Zwecksetzung.

"Wenn die Bilanz die Aufgabe hat, einen Zustand des Betriebs zu schildern, sei es einen dauernden oder einen vorübergehenden Zustand, so nennen wir eine solche Bilanz eine statische. Sie ist auch dann eine statische, wenn sie nebenher auch andere Zwecke hat, die nicht statischer Natur sind, solange durch diese der Hauptzweck der Bilanz nicht gefährdet wird. Unter den statischen Bilanzen spielen diejenigen die Hauptrolle, bei denen der Kaufmann auf bilanzmäßigem Wege sein Vermögen zu ermitteln sucht. Wenn die Bilanz die Aufgabe hat, im Betriebe sich abspielende Bewegungen darzustellen, so nennen wir sie eine dynamische Bilanz. Auch die dynamische Bilanz zeigt uns nicht die Bewegung selbst, sondern einen Status. Aus diesem Status am Anfang einer Periode und demjenigen am Ende der Periode schließen wir auf die innerhalb der Periode stattgefundenen Bewegungen." (1)

(1) Schmalenbach, E. "Dynamische Bilanz", 8.Aufl., Köln, 1946/47, S.9

Der Auffassung der totalen Bilanztheorie folgend lassen sich die Aufgaben der Bilanz im allgemeinen auch in die nachstehenden zwei Grundaufgaben zusammenfassen,

in die organisatorische Aufgabe, durch systematische, gewissenhafte Darstellung, Übersicht für künftiges Wirtschaften zu verschaffen. Sie äußert sich in der Vermögensermittlung;

in die rechenschaftslegende Aufgabe, durch systematische, gewissenhafte Darstellung, Herkunft, Höhe und Verbleib der eingelegten Kapitalien aufzuzeigen. Sie schließt die Erfolgsermittlung ein, die sich durch den Vergleich der vorhergehenden Bilanz mit den Ziffern der gegenwärtigen Bilanz erreichen läßt.

Schmalenbach stellt die beiden Grundaufgaben in seiner "Dynamischen Bilanz" (1) wie folgt dar: "Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften sind wie jeder Kaufmann zur Aufstellung von Bilanzen verpflichtet, die den geschäftsführenden Gesellschaftern soviel Einsicht in die Konstitution des Betriebes gewähren, wie sie eine Bilanz zu geben vermag, und wie sie nötig ist, um den Betrieb ordentlich steuern zu können.

Aber die Bilanzen der Gesellschaften haben auch den Zweck der Rechenschaftslegung gegenüber den nicht geschäftsführenden oder den nicht am Rechenwerk des Unternehmens beteiligten Gesellschaftern und bestimmen den Gewinnanteil der Gesellschafter."

Die organisatorische Aufgabe wird der Bilanz durch die Unternehmungsleitung gestellt. Sie kann daher auch als die *i n t e r n e* Aufgabe der Bilanz bezeichnet werden, die zur Erstellung der internen Bilanz führt. Die Rechenschaftslegung ist demgegenüber die *e x t e r n e* Aufgabe der Bilanz. Sie wird an die Bilanz vorwiegend durch die Kapitalgeber gestellt und führt zur Aufstellung der externen, zu publizierenden Bilanz. Die interne, organisatorische und die externe,

(1) 10.Auflage, Bremen 1948, S.188

rechenschaftslegende Aufgabe stehen nun aber nicht im Einklang miteinander. Dank der mehr unmittelbaren Bedeutung der externen Aufgabe für die Praxis und infolge der zwingenden handels- und steuerrechtlichen Vorschriften stand bisher die externe Aufgabe zu Lasten der internen Aufgabe in der Praxis im Vordergrund. Erst die nachdrückliche Forderung der neueren Theorie, zum Teil bereits unterstützt vom Gesetzgeber, der für die Aktiengesellschaft durch das Aktiengesetz vom 27.1.1937 für die zu publizierende Bilanz eine klare, weitgehende Übersicht verschaffende Gliederung vorschreibt, hat hier eine Wandlung gebracht. § 129 AktG verlangt, daß der Jahresabschluß einen "möglichst sicheren Einblick in die Lage der Gesellschaft" gewährt. (1)

Le Coutre (2) sieht in der organisatorischen Aufgabe die Fundamentalaufgabe der Bilanz und verlangt von der Bilanz, daß sie in erster Linie "sachgemäße Wirtschaftserkenntnis" ermögliche. Eine Zusammenfassung der organisatorischen und rechenschaftslegenden Aufgabe in einer Bilanz ist bis zu einem gewissen Grade durchaus möglich. Im Vordergrund steht jedoch die organisatorische Aufgabe, weil die Bilanz der Wirtschaftsleistung, "dem natürlichen Ziel der Wirtschaft", die dem Betrieb allein die Daseinsberechtigung gibt, dienen soll. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die Bilanz gewissermaßen die vollendete Bilanz sein, aus der die Unternehmensleitung ihre Entschlüsse herleiten kann. Aus ihr kann dann auch jede von Dritten gewünschte, also externe Bilanz, in der jeweils zweckmäßigen Ausführlichkeit und Zusammenfassung erstellt werden. (3)

Die Unterscheidung in interne und externe Bilanz deckt sich nicht mit der Unterscheidung in ordentliche und außerordentliche Bilanz. Sowohl die ordentliche als auch die außerordentliche Bilanz besitzen internen und externen Charakter. Korrekterweise müßte grundsätzlich jede ordentliche und jede außerordentliche Bilanz in eine interne

(1) Damit soll aber wohl zunächst ebenfalls in erster Linie dem primären Zweck der gesetzlichen Vorschriften, dem Gläubigerschutz, Rechnung getragen werden.

(2) le Coutre, W. "Grundzüge der Bilanzkunde", Wolfenbüttel, 1949, S. 37

(3) le Coutre, a.a.O., S. 37

und in eine externe Bilanz gegliedert werden. Aus Wesen und Zweck der außerordentlichen Bilanz läßt sich herleiten, daß bei ihr die interne Zwecksetzung eindeutig dominiert, während bei der ordentlichen Bilanz der interne und externe Charakter weitgehend gleichwertig sind. Die Jahresbilanz als Handelsbilanz und als Steuerbilanz hat ausschließlich externe, rechenschaftslegende Funktion. Als Handelsbilanz dient sie in erster Linie der Kapitalerhaltung und damit dem Gläubigerschutz; als Steuerbilanz soll sie die Grundlagen für die Besteuerung liefern.

III. Die Aufgaben der GB

a) Die GB als rechnungsmäßiger Abschluß der Gründungsperiode

Im Leben einer Betriebswirtschaft können bekanntlich drei Perioden unterschieden werden :

- die Gründungs- und Errichtungsperiode
- die Umsatzperiode
- die Auflösungsperiode.

Jede Periode hat ihren rechnungsmäßigen Niederschlag und Abschluß in einer Bilanz; auch innerhalb jeder Periode werden Bilanzen aufgestellt, wenn die Periode länger als ein Jahr dauert. Die Gründungsperiode findet in der in § 39 HGB vorgeschriebenen GB einen zusammenfassenden rechnungsmäßigen Niederschlag. Die GB ist also ebenfalls eine Abschlußbilanz, wenn sie als solche auch nicht der Erfolgsermittlung, der primären Zwecksetzung der eigentlichen Abschlußbilanz (Jahresbilanz) dient. Sie steht damit auch im Gegensatz zu den übrigen Sonderbilanzen (z.B. Fusions-, Auseinandersetzungsbilanz), die durchaus auch der Erfolgsermittlung dienstbar gemacht werden können (1) , weil vor ihnen Bewegungen im Betrieb stattgefunden haben. Vor Aufstellung der GB kann jedoch von solchen Bewegungen nicht die Rede sein, da die Unternehmung noch nicht besteht. Mit der GB finden die Gründer-

(1) Als Schlußbilanzen für das abschließende (Rumpf-)Geschäftsjahr.

Dispositionen und -Handlungen ein Ende.

Grundlegend wichtig für die Gründung einer Unternehmung sind die volkswirtschaftlichen Verhältnisse und die betriebswirtschaftlichen Besonderheiten allgemeiner Art, in die sie eingeordnet werden soll (1). Die betriebswirtschaftlich interessierenden Gesichtspunkte im Rahmen der Gründer-Dispositionen, die zum Teil ihren unmittelbaren, zum anderen Teil nur mittelbaren Niederschlag in der GB finden, lassen sich einteilen in die Vorfragen und in die eigentlichen Gründungs-, insbesondere Finanzierungs-Fragen.

Zu den Vorfragen, wie wir sie nennen wollen, zählen:

- a. die Frage nach den Marktverhältnissen
 - aa. die Untersuchung des Absatzmarktes und seines Einflusses
 - bb. die Untersuchung des Beschaffungsmarktes und seines Einflusses
- b. die Frage nach der Branche
- c. die Frage nach der Größe der Betriebswirtschaft
 - aa. die Frage nach der Betriebsgröße (Produktions-einheit)
 - bb. die Frage nach der Unternehmungsgröße (Finanz-einheit)
- d. die Frage nach dem Standort
 - aa. die Wahl des Lebensraums
 - bb. die Wahl des Standorts i.e.S. (Grund und Boden)

Diese Vorfragen stehen in einem gewissen Zusammenhang zueinander und wirken insbesondere auf die Höhe der erforderlichen Kapitalien ein. Zu den Hauptfragen, die bei Erstellung der GB eine wesentliche Rolle spielen, gehören

- e. die Frage nach der Unternehmungsform
 - aa. die Frage nach dem Einfluß der Unternehmungsform auf die Finanzierung
 - bb. die Frage nach dem Einfluß der Unternehmungsform auf die steuerliche Belastung
 - cc. die Frage nach dem Einfluß der Unternehmungsform auf die sonstigen Kosten

(1) vgl. Berg, K. "Sonderbilanzen" in Greifzu "Das neuzeitliche Rechnungswesen, S. 140

- f. die eigentlichen Finanzierungsfragen
- aa. die Frage nach dem Kapitalbedarf
- aaa. die Ermittlung der Höhe des erforderlichen Kapitals
- bbb. die Ermittlung der Zusammensetzung des erforderlichen Kapitals (unter Berücksichtigung von Liquidität, Rentabilität und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten)
- bb. die Frage nach den Finanzierungsmitteln.

Diese Fragen müssen vor Aufstellung der GB gelöst werden. Sie sind wesentlicher Bestandteil des Gründungsaktes. Dieser läßt sich bei der Aktiengesellschaft, bei der er am umfangreichsten und kompliziertesten ist, in folgende drei Etappen unterteilen:

1. Feststellung der Satzung (vgl. § 16 AktG)
2. weiterer Gründungsakt (vgl. § 20 ff. AktG)
3. Eintragung in das Handelsregister.

Bei der Aktiengesellschaft unterscheiden wir bekanntlich zwei Arten der Gründung, je nachdem, ob die Gründer selbst alle Aktien übernehmen, oder die Aktien schon im Stadium der Gründung durch Zeichnung beim Publikum untergebracht werden. Ferner ist die einfache und die qualifizierte Gründung zu unterscheiden, je nachdem, ob die Aufbringung des Kapitals in Geldform erfolgt oder die Einbringung in Form von Sachwerten vorgenommen wird oder andere, besonders gefährliche Abreden getroffen werden. Diese verschiedenen Gründungsformen finden ihren Niederschlag in einer unterschiedlichen Ausgestaltung der GB.

b) Die Gründungsbilanz als Anfangsbilanz

Die Gründungsbilanz schließt die Gründungsperiode ab. Der Abschlußcharakter der GB ist jedoch nicht ausschlaggebend, denn sie ist in erster Linie Geschäftseröffnungsbilanz, Anfangsbilanz. Sie bildet die Grundlage, von der das Rechnungswesen seinen Ausgang nimmt. Jedes Wirtschaftsunternehmen benötigt ein Rechnungswesen, auch wenn es nur einfachster Art ist. Die Aufgabe der GB als Anfangsbilanz wird, unabhängig von der Bilanztheorie, die man vertritt, zunächst allein in der statischen Zwecksetzung zu suchen sein. Die GB als Ausgangspunkt für die Betriebstätigkeit muß eine gründliche und genaue Erkenntnis der materiellen (Aktivseite) und finanziellen (Passivseite) Konstitution der neuen Betriebswirtschaft ermöglichen. Nach Isaac (1) soll die GB die Zusammensetzung und den Wert der vorhandenen Vermögensteile, andererseits aber auch die Kapitalverhältnisse, so wie sie bei Beginn der Unternehmung bestehen, klarstellen. Damit gehört die GB wesensmäßig zu den Bilanzen, die das Gesamtvermögen zum Ausdruck bringen sollen und nicht nur einen "Status von ungefähr" (Walb), dessen dominierender Zweck in der Gewinnermittlung liegt, darstellen. Die Vermögensermittlung steht bei der organisatorischen Zwecksetzung im Vordergrund, so daß mit der GB in erster Linie die organisatorische Zwecksetzung verknüpft ist. Die organisatorische Aufgabe wird, wie oben dargelegt wurde, in erster Linie durch die interne Bilanz wahrgenommen. Aus diesem Grunde ist die GB in erster Linie als interne Bilanz aufzufassen. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß der Gesetzgeber für die GB der Aktiengesellschaft eine Publizierungspflicht in Form der Veröffentlichung der Bilanz in den Gesellschaftsblättern grundsätzlich nicht vorsieht. Eine gewisse Durchbrechung des internen Charakters der GB liegt in der für die Aktiengesellschaft gültigen Vorschrift der Einreichung der GB zum Handelsregister und der damit geschaffenen Möglichkeit zur Einsicht für jedermann. Die besondere Problematik der GB liegt nun darin, daß zu der organisatorischen Aufgabe auch die rechenschaftslegende Funktion, und damit auch ein verstärkter dynamischer Aspekt hinzutritt.

(1) vgl. Isaac, A. "Bilanzen und Bilanztheorien" in Die Handelshochschule, Bd. 3, 1952, S.88

Leitner deutet diesen Sachverhalt wie folgt an: "Die Gründungsbilanz soll die ökonomische Lage einer Unternehmung bei Beginn des Gewerbebetriebes darstellen, ist somit eine Vermögensbilanz, die in Verbindung mit der ersten Schlußbilanz die Erfolgsermittlung ermöglicht." (1) Die GB kann selbst keine Bewegung darstellen, aus der der Erfolg resultiert, weil vor ihr keine Bewegung stattgefunden hat. Sie ist jedoch in Verbindung mit der ersten Jahresbilanz die Ermittlungsgrundlage des Erfolges im ersten Geschäftsjahr. Darüber hinaus ist sie in Verbindung mit der Liquidationsbilanz die Ermittlungsgrundlage für den Totalerfolg, also für den gesamten von der Unternehmung erzielten Reinertrag. Darin liegt ihr dynamischer Aspekt.

Der Totalerfolg läßt sich nach folgender Formel errechnen:

$$\text{Liquidationserlös (Liquidationsbilanz) + Entnahmen (Jahresbilanzen)} \\ - \text{Anfangskapital (GB)} = \text{Totalerfolg.}$$

Dieser Erfolg ist der einzig wahre, alle übrigen zwischenzeitlich durch die Jahresbilanzen ausgewiesenen Reinerträge stellen demgegenüber nur partielle und relative Erfolge dar, da die Jahresbilanzen nur mit fiktiven Werten arbeiten können. Fettel (2) schildert den Sachverhalt sehr treffend wie folgt: "Die wirtschaftliche Rechnung ist eine Geldrechnung, und zwar in einem doppelten Sinne. Sie ist eine Rechnung in Geld und ü b e r Geld, gemäß der wirtschaftlichen Wirklichkeit, in der zum einen alle am wirtschaftlichen Verkehr teilnehmenden Güter und Dienste in geldlichen Preisen ausgedrückt werden, und zum anderen sich der gesamte Zahlungsverkehr über das Geld abwickelt. Eine Geldrechnung kann aber nur dann richtig sein, wenn sie es mit wirklichen Einnahmen und Ausgaben zu tun hat. Die Totalrechnung der Unternehmung wäre eine solche echte Geldrechnung, weil sie nur effektive Einnahmen und Ausgaben aufzunehmen hätte. Jede andere Rechnung, die nur einen Zeitabschnitt umfaßt und im Gegensatz zur Totalrechnung eine partielle Rechnung ist, kann nur eine fiktive Geldrechnung sein, die neben bewirkten Einnahmen und Ausgaben noch geldwerte Dinge in der Form von zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben aufnehmen muß. Eine solche partielle Rechnung ist die Jahresbilanz."

- (1) Leitner, F. "Bilanztechnik und Bilanzkritik", Berlin und Leipzig, 1919, 3. Aufl., S. 327
- (2) Fettel "Die stillen Reserven und ihre praktische Bedeutung" in Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 1949, S. 731

In steuerlicher Hinsicht liegt die Bedeutung der GB darin, daß sie ebenfalls anstelle der Schlußbilanz des vorigen Jahres die mit der folgenden Schlußbilanz zu vergleichende Grundlage abgibt. Es ist darauf zu achten, daß das Finanzamt sich nicht darauf einläßt, daß früher versäumte Maßnahmen durch spätere plötzliche Änderungen in der Bewertung nachgeholt werden. Die GB muß daher in steuerlicher Sicht infolge der hier herrschenden strikten Bilanzkontinuität materieller Art von vornherein besonders gut durchdacht werden. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Bedeutung der GB im Hinblick auf die Erfolgsermittlung darin liegt, daß sie einmal in Verbindung mit der ersten Jahresbilanz der Jahreserfolgsrechnung, zum anderen in totaler, auf die gesamte Lebensdauer bezogener Sicht, in Verbindung mit der Liquidationsbilanz der Ermittlung des Totalerfolges dient. Sie ist also sowohl im Hinblick auf die erste Jahreserfolgsrechnung als auch im Hinblick auf die Totalerfolgsrechnung von unmittelbarer Bedeutung. Darüber hinaus spielt sie auch für die Erfolgsregulierung aller übrigen Jahresbilanzen eine hervorragende Rolle. Unter diesem Gesichtspunkt ist sie sogar von ungleich größerer Bedeutung als die ordentlichen (Jahres-)Bilanzen, wenn nicht der Grundsatz der formellen und materiellen Bilanzkontinuität durchbrochen werden soll. Auch die übrigen Sonderbilanzen (Sanierungsbilanz, Fusionsbilanz) sind für die Erfolgsregulierung von großer Bedeutung, von größerer jedenfalls als die ordentlichen Bilanzen. Sie sind ebenfalls Ausgangspunkt für eine ganze Reihe nachfolgender Bilanzen und daher vorzüglich geeignet, bilanzpolitische bzw. bilanztaktische Momente aufzunehmen. Mit der GB beginnt jedoch das ganze bilanzielle Leben der Unternehmung, also der für sämtliche Bilanzen einer Unternehmung denkbar längste Zeitraum, der in der Bilanzpolitik und Bilanztaktik eingeschlossen werden muß.

Es ist nun interessant, die Auffassungen der Literatur über die GB zu betrachten. Ein großer Teil der Autoren sieht in der GB keine größere Problematik als bei der Jahresbilanz.

So sagt Nicklisch (1) : "Solche Bilanzen, ganz am Anfang eines Betriebslebens, Eröffnungs-Bilanzen, sind in ihrem Inhalt von ganz gleichartiger Bedeutung wie die gewöhnlichen Schlußbilanzen: Vorbereitung und Gewährleistung des Lebens der kommenden Periode, die in diesem Falle die erste des Betriebes ist." Nicklisch fährt nun fort - und hier kann man ihm wohl nicht so ganz recht geben: "Daß mit der ersten Periode sich ein ganzes Betriebsleben entfaltet und dieser Zusammenhang in der Ausstattung des Ganzen mit Mittel berücksichtigt sein muß, bedeutet nichts besonderes für die Eröffnungsbilanz, denn auch in der gewöhnlichen Schlußbilanz muß die ganze Zukunft bedacht sein, nicht nur die allernächste, wenngleich diese im Vordergrunde steht."

Die GB dürfte demgegenüber doch von größerer Problematik sein, was vor allem auf folgende zwei Gründe zurückzuführen ist:

die GB steht ganz am Anfang des Betriebslebens.

Vor ihr liegt die ganze Zukunft der Betriebswirtschaft, die aber gerade in diesem Zeitpunkt äußerst unsicher abgeschätzt werden kann.

Die Zukunft läßt sich jedenfalls im Zeitpunkt der Erstellung der GB weit schwieriger abschätzen, als nach einigen Perioden der Fußfassung und Bewährung der Unternehmung auf dem Markt.

Gleichzeitig muß die GB aber wie schon dargelegt in materieller und formeller Hinsicht die ganze Zukunft bilanzpolitisch und bilanztaktisch vorwegnehmen. Denn jede spätere Änderung in der Darstellung und in der Bewertung bedeutet eine Durchbrechung des Prinzips der Bilanzkontinuität.

(1) Nicklisch, H. "Handwörterbuch der Betriebswirtschaft", Bd. I, Spalte 1003

Diese Rücksichtnahme der GB auf künftige Perioden wurde in der früheren Literatur nur andeutungsweise dargestellt. Erst in jüngster Zeit erkannte man diesen Tatbestand richtig mit allen seinen Auswirkungen. Schigut (1) schreibt beispielsweise sehr treffend: "Dieser Gesichtspunkt der Relativität verleiht... der sonst nüchternen absoluten Gründungsbilanz einen gewissen aparten Reiz. So ist sie auch insofern als relativ anzusehen, als sie in methodischer Hinsicht Ausgangspunkt und Richtpunkt aller folgenden Bilanzen bildet, und zwar sowohl hinsichtlich der Bewertung wie im Aufbau. Jede spätere Änderung in einer dieser beiden Richtungen zerstört die Kontinuität auf die unangenehmste Weise. Aus diesem Grunde fällt der Gründungsbilanz eine viel größere Bedeutung zu, als jeder anderen Bilanz. In diesem Lichte gesehen, wäre auch die Frage zu prüfen, ob und inwieweit der Gründungsbilanz nicht eine vorschauende und vorsorgende Rolle zukommt In diesem Sinne kann die Gründungsbilanz zu den ordentlichen Bilanzen gezählt werden, wenn sie auch im dynamischen Sinne nicht dazu gehört, da sie keine Erfolgsrechnung enthält."

Schigut bricht unseres Wissens als erster mit aller Deutlichkeit mit der üblichen Auffassung, die die GB von vornherein als rein statisch und damit uninteressant abtut. Diese Einstellung ist auch heute noch weit verbreitet; sie gilt für die außerordentlichen Bilanzen überhaupt. Auffermann (2) schreibt hierzu: "Die außerordentlichen Bilanzen sind in der handelsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Literatur, soweit es sich um handelsrechtliche Bilanzen handelt, nur nebenher und unzureichend behandelt. So ist in dem bekannten Buch von Passow (3) zu lesen: 'Bei den sogenannten außerordentlichen Bilanzen wird regelmäßig nur ein Über-

(1) Schigut "Die Gründungsbilanz" in Die Bilanzen der Unternehmungen", herausgegeben von Karl Meithner, 2.Bd., 1933, S.51

(2) Auffermann "Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre", 1951, S. 125

(3) Passow "Die Bilanzen privater und öffentlicher Unternehmungen", 1.Bd., S. 14

blick über den Vermögensstand unter Berücksichtigung der Situation des Unternehmens bezweckt. Wegen der geringen praktischen Bedeutung der außerordentlichen Bilanzen, und weil sich bei ihnen keine besonderen Schwierigkeiten ergeben, werden sie hier nicht näher behandelt.'

Die Passowschen Ideen können heute nicht mehr als richtig gelten. Irreguläre oder außerordentliche Bilanzen sind, ganz gleichgültig, ob sie sich als Handelsbilanzen oder Steuerbilanzen präsentieren, in praktischer Hinsicht oft von großer wirtschaftlicher Bedeutung; in theoretischer Hinsicht stehen sie aber an Problematik den regulären Bilanzen keineswegs nach. Man kann sogar sagen, daß gewisse irreguläre Bilanzen, bei denen sich der Charakter der Ertragsbilanz und Vermögensbilanz mischt, zur Kategorie der am schwierigsten zu erkennenden Bilanzen gehören."

Zum Abschluß dürfte zur Unterscheidung der GB und zu ihrer besonderen Charakterisierung gegenüber den übrigen Sonderbilanzen an dieser Stelle noch folgendes erwähnenswert sein: Alle übrigen Sonderbilanzen sind streng genommen immer zwei Bilanzen. Eine Ausnahme bilden nur solche "Bilanzen", die eigentlich als reiner Status anzusprechen sind, wie z.B. der Finanzstatus und der Liquiditätsstatus. Alle übrigen Sonderbilanzen zerfallen

in die Bilanz v o r Durchführung des Bilanzierungszweckes, mit der die Sanierung, Auseinandersetzung oder Fusion eingeleitet wird;

in die Bilanz n a c h Durchführung des Bilanzierungszweckes, die als GB des folgenden Lebensabschnitts der Unternehmung angesehen werden kann.

Die erste Bilanz ist Abschluß der normalen Betriebsperiode und Eröffnung der anomalen Betriebsperiode "Fusion", "Sanierung" usw.,

Die zweite Abschluß der anomalen Betriebsperiode und Wiedereröffnung der normalen betrieblichen Lebensaufgabe. So zerfällt beispielsweise die Sanierungsbilanz in die Bilanz *v o r* und *n a c h* Durchführung der Sanierung; mit der ersten Bilanz wird die Sanierungsperiode eröffnet, gleichzeitig auch das normale Geschäftsjahr abgeschlossen bzw. unterbrochen; mit der zweiten Bilanz findet die anomale Betriebsperiode der Sanierung ihren Abschluß und gleichzeitig das folgende Geschäftsjahr seine Eröffnung.

Sowohl die Bilanz *v o r* als auch die Bilanz *n a c h* Durchführung des Bilanzierungszweckes besitzen Statuscharakter, im ungleich größeren Maße aber die Bilanz *v o r* Durchführung des Bilanzierungszweckes. Sie gewinnt dadurch, daß sie auf den Sonderzweck der Bilanzierung ausgerichtet ist, auch gewisse dynamische Aspekte. Dieser dynamische Aspekt resultiert in der Regel unmittelbar aus dem durch die Bilanz erstrebten Zweck, wirkt mittelbar aber auch auf die Perioden der dann folgenden Betriebstätigkeit. Dies dürfte besonders stark bei der Fusions- und Auseinandersetzungsbilanz zutage treten. So soll beispielsweise durch eine bestimmte Darstellung der Kapitalverhältnisse in der Auseinandersetzungsbilanz den Interessen der Gesellschafter in ordentlicher Weise Rechnung getragen, dabei aber auch die Betriebsfortführung gewährleistet werden, oder durch die Vermögensdarstellung in der Fusionsbilanz eine möglichst günstige Beteiligung an der neuen Unternehmung erreicht werden. Diese Bilanzen beschränken sich also nicht auf die Zwecke des reinen Status, die ausschließlich in der Gegenüberstellung der verfügbaren Mittel und der Verbindlichkeiten bzw. in der Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital in einem bestimmten Zeitpunkt liegen. So liegt z.B. der Zweck des Finanzstatus darin, Übersicht über Art und Höhe der in einem bestimmten Zeitpunkt vorhandenen liquiden Mittel sowie der in nächster Zeit zu erwartenden Geldeingänge, und Übersicht über Art und Höhe der Verpflichtungen in einem bestimmten Zeitpunkt sowie der in nächster Zeit fällig werdenden Verpflichtungen zu verschaffen. Damit sind

aber auch die Zwecke des Finanzstatus erschöpft. Irgendwelche bilanzpolitischen Absichten und Maßnahmen haben darin keinen Platz. Der Finanzstatus ist lediglich Grundlage für die künftige Geschäfts-, insbesondere Finanzierungspolitik, ohne auf kommende Perioden oder irgendwelche folgende Abschlüsse Rücksicht nehmen zu müssen.

Die Bilanz n a c h Durchführung des Bilanzierungszweckes ist, wie schon erwähnt, als die GB der folgenden Betriebstätigkeit aufzufassen. Sie besitzt im Grunde denselben Charakter wie die eigentliche GB, so insbesondere auch den dynamischen Aspekt, von dem oben die Rede war.

C. Die Rechtsgrundlagen für die GB

I. Die Rechtsgrundlagen für die Bilanz im allgemeinen

Grundlagen für die Bilanzaufstellung im allgemeinen sind
die gesetzlichen Bilanzierungsvorschriften,
die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung,
das Ermessen eines ordentlichen Kaufmanns.

Die gesetzlichen Bilanzierungsvorschriften sind, wie die sie enthaltenden Paragraphen bereits zum Ausdruck bringen, ausgesprochen zweckorientiert, berücksichtigen aber zugleich auch die betriebswirtschaftlichen Erfordernisse. Sie sind nur Rahmenvorschriften, die "die pünktliche, sachgemäße und richtige Aufstellung der Bilanz zugunsten derer, deren Interesse aus volkswirtschaftlichen Gründen geschützt werden muß" (le Couteur), sicherzustellen.

Die Vorschriften des Handelsgesetzbuches für die Bilanzaufstellung sind sehr knapp gehalten. Im § 39 HGB ist die Verpflichtung für jeden Kaufmann zur Bilanzaufstellung beim Beginn eines Handelsgewerbes sowie die Verpflichtung zur Aufstellung der Jahresbilanz enthalten. Es folgen in den §§ 40, 41, 43, 44 HGB Vorschriften über die Bewertung, Unterzeichnung, Buchführung und Aufbewahrung. Die Vorschriften des Aktiengesetzes vom 30. Januar 1937 enthalten demgegenüber weit ausführlichere Bestimmungen für die Bilanzaufstellung der Aktiengesellschaft. Werden, da sie eine Fixierung der allgemeinen Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung sind, analog auch von den übrigen Unternehmensformen angewendet. Die Bewertungsvorschriften des Aktiengesetzes sind für das Anlagevermögen fast gleichlautend im § 2 GmbHG vom 20.4.1892 und im § 33 GenG vom 1.5.1889 für das Anlage- und Umlaufvermögen zu finden. Die Gliederungsvorschriften der §§ 131, 132 AktG wurden durch die Buchführungsrichtlinien vom 11. November 1937 allen Kaufleuten zur Anwendung

empfohlen. "Die aktienrechtlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften sind somit sinngemäß als Erläuterung des Handelsgesetzbuchs anzusehen." (1)

Zusammengefaßt sind also die Vorschriften des Handelsrechts für die Bilanzaufstellung, d.h. für die Jahresbilanz sehr zahlreich. Das lebhafteste Interesse des Gesetzgebers für die Jahresbilanz ist aus Gründen des Gläubigerschutzes, den der Gesetzgeber wahrzunehmen hat, verständlich. Innerhalb des Rahmens, der durch die gesetzlichen Vorschriften der Bilanzierung gesetzt ist, liefern die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und das Ermessen des ordentlichen Kaufmanns dann die Grundlagen für die subjektive, spezielle Ausgestaltung und Bewertung in der Bilanz. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sind als Regeln aufzufassen, die von jedem Bilanzierenden befolgt werden müssen. Die wichtigsten Bilanzierungsgrundsätze sind kodifiziert (2). Der Gesetzgeber verweist im übrigen nicht selten auf die allgemeinen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, die nichts anderes darstellen, als das ungeschriebene Recht der ehrbaren Kaufleute bei der Führung und beim Abschluß der Bücher. "Sie sind mehr als aus kaufmännischer Erfahrung geschöpfte praktische Regeln. Sie sind Ausdruck hoher ethischer Forderungen an eine Rechnungslegung." (3)

Während früher Meinungsverschiedenheit darüber bestand, ob die im § 38 HGB geforderte Anwendung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung lediglich für die laufende Buchführung oder aber auch für die Bilanz Geltung habe, sind sie nach der heutigen Auffassung auch für die Bilanz anzuwenden. (4) Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sind also immer zugleich auch die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung. § 129 AktG legt für die Aktiengesellschaft ausdrücklich fest, daß die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung auch für den Jahresabschluß anzuwenden sind.

(1) Greifzu, J. "Handbuch des Kaufmanns", Hamburg 1950, S.186

(2) vgl. §§ 39,40 HGB; §§ 129, I,2, 133 AktG

(3) vgl. Rösle, K. "Bilanz" in Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3.Aufl. 1955, Spalte 1103-1104

(4) vgl. vor allem Schmalenbach, E. in "Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung", 1933, S.226

II. Die Rechtsgrundlagen für die GB

a) Allgemeines: Die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung

Für die GB findet sich im Handelsgesetzbuch die einzige unmittelbar geltende Vorschrift in § 39, I, nach der jeder Kaufmann beim Beginn seines Handelsgewerbes seine Grundstücke, seine Forderungen und Schulden, den Betrag seines baren Geldes und seine sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen, dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände anzugeben und einen das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluß zu machen hat. Damit ist die Anwendbarkeit unmittelbar für die GB geltender Vorschriften des Handelsgesetzes zunächst abgeschlossen. Eine Erweiterung in der Anwendung gesetzlicher Vorschriften auf die GB bringen die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, die bei Erstellung der GB, wie bei den Sonderbilanzen überhaupt, von größter Bedeutung sind. Ihre Anwendung ist nicht auf den Jahresabschluß beschränkt, sie gelten vielmehr für die Bilanzierung überhaupt, also auch für die Sonderbilanzen einschließlich GB. Es ist davon auszugehen, daß es den Begriff der ordnungsmäßigen Bilanzierung nicht schlechthin gibt, sondern jeweils im Hinblick auf eine bestimmte Zielsetzung und auf einen bestimmten Bilanzzweck. Der Begriff der Ordnungsmäßigkeit der Bilanzierung ist nicht absolut, sondern nur relativ zu verstehen. (1)

Bei den Sonderbilanzen sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung die wichtigsten Grundlagen für die Bilanzaufstellung, da die gesetzlichen Vorschriften sehr begrenzt sind. Sie führen in der Regel weitgehend zur analogen Anwendung der gesetzlichen, für den Jahresabschluß geltenden Vorschriften auch für die Sonderbilanz. Dies trifft in erster Linie für die GB zu.

Ausgangspunkt und Richtschnur für die ordnungsmäßige Bilanzierung bei Erstellung der GB sind Wesen und Zweck der GB, sowohl für die formelle als auch für die materielle Seite. Daraus ergibt sich zu-

(1) vgl. Mayer, "Bilanzanalyse" in Die Handelshochschule, Bd. 3, 1952, S. 7

nächst die Anwendbarkeit der §§ 40 ff. HGB auf die GB. Wie weiter unten näher dargelegt wird, ist im § 40 HGB kein bestimmter Wertansatz gemeint, sondern die Bewertung wird vom Bilanzzweck abhängig gemacht. Ausgerichtet an dem jeweiligen Bilanzzweck führen dann die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung zur Erstellung der "fachgerechten Bilanz". Wie unter III., b) aufgezeigt wurde, weist die GB wesensmäßig eine Reihe von Ähnlichkeiten mit der Jahresbilanz auf. Man könnte sie gewissermaßen als die erste Jahresbilanz des Unternehmens bezeichnen, jedoch mit der Betonung, daß in den gemeinsamen Zwecksetzungen ein unterschiedliches Gewicht liegt. Damit kommen wir aber zu dem Ergebnis, daß grundsätzlich die (nicht nur für die Aktiengesellschaft gültigen) Vorschriften über den Jahresabschluß des AktG auch für die GB (aller Unternehmungsformen) entsprechende Anwendung finden können. Zum gleichen Ergebnis kommen wir übrigens auch über § 211 AktG, der für die Abwicklungsbilanz eine sinngemäße Anwendung der für die Jahresbilanz geltenden Vorschriften der §§ 125 ff. AktG vorsieht, mit Ausnahme der Vorschriften über die Wertansätze und über die Gliederung (und Prüfung), die mit Wesen und Zweck der Abwicklungsbilanz nicht übereinstimmen. Über § 211 AktG ließe sich dann auch eine sinngemäße Anwendung der Vorschriften für die Jahresbilanz auf die GB ableiten, und zwar einschließlich der Vorschriften über die Wertansätze und über die Gliederung, da diese mit Wesen und Zweck der GB übereinstimmen.

Steuerrechtlich ist im § 6, Ziff. 6 EstG eine Grundlage für die Bewertung bei Erstellung der GB gegeben. Danach sind bei Eröffnung eines Betriebes die Wirtschaftsgüter mit dem Teilwert, höchstens jedoch mit den tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen. (1)

Dasselbe gilt bei entgeltlichem Erwerb eines Betriebes sowie bei unentgeltlicher Übertragung (im letzteren Fall wird auf die Sonderbestimmung des § 5 EStDV 1953 hingewiesen).|| Es ist festzuhalten, daß die GB zu den sogenannten erzwungenen Steuerbilanzen zu zählen ist, d. h. ihre Aufstellung ist steuerrechtliche Notwendigkeit. Eine ordnungsgemäß aufgestellte und unterzeichnete Eröffnungsbilanz ist

(1) Da bei der Gründung einer Körperschaft ein neues Steuerobjekt vorliegt, kann bei den Einzelsachwerten der Körperschaftsteuerbilanzen der tatsächliche Anschaffungspreis als Höchstgrenze für den Wertansatz entfallen. Der Grundsatz des Wertzusammenhangs gilt nur bei Gleichbleiben des Steuerobjekts.

Grundlage der steuerlichen Anerkennung des künftigen Betriebsergebnisses. Damit zählt die GB steuerlich gesehen zu den Ertragsteuerbilanzen, sie dient "der Berechnung von Vermögensspannen". Mit eigentlichen Endbilanzen ist ihr allerdings das Fehlen einer "Zweischneidigkeit" eigen, was sie zwar anderen Ertragsteuerbilanzen gegenüber heraushebt, sie aber keineswegs zu Vermögensteuerbilanzen stempelt. (1)

Diesen Sachverhalt müssen die Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung für die GB als Steuerbilanz berücksichtigen. Im übrigen gilt auch für die GB der Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz. Da für die Ausgestaltung und Bewertung der GB als Handelsbilanz die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung wichtigste Grundlage und alleinige Richtschnur sind, ergibt sich daraus gleichzeitig ihre große Bedeutung für die GB auch als Steuerbilanz, sofern nicht der Gesetzgeber für die GB als Steuerbilanz ausdrückliche Vorschriften gegeben hat, (§ 6 EStG). Im folgenden soll nun auf drei Grundlagen eingegangen werden, die der Gesetzgeber für die GB vorgesehen hat. Es sind dies

Inventur und Inventar

die Satzung (der Gesellschaftsvertrag)

die Gründungsprüfung bei der Aktiengesellschaft.

b) Inventur und Inventar

Die Inventur dient der Feststellung von Vermögen und Kapital durch körperliche Aufnahme der vorhandenen Vermögensgegenstände und Ermittlung der Schulden einer Unternehmung und ist als Voraussetzung einer ordnungsmäßigen Buchführung anzusehen. Nach § 39, I HGB ist die Inventur von jedem Kaufmann zum Beginn seines Handelsgewerbes durchzuführen. Daraus und infolge von zwingenden praktischen Gründen ist die GB bei der Neugründung reine Inventurbilanz. Je nach dem Zustandekommen können bekanntlich reine Inventur- und Buchbilanzen unterschieden werden. Zu den Inventurbilanzen zählen alle Bestandsbilanzen, da für die Vermögensfeststellung die Inventur unbedingt erforderlich ist. Bewegungs- oder Erfolgsbilanzen können demgegenüber theoretisch allein mit Hilfe der Buchhaltung aufgestellt werden. Da die Buch-

(1) Auffermann, J.D. "Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre" in Die Handelshochschule, 1951, S. 127 ff.

haltung aber praktisch nicht mit Sicherheit alle Vermögens- und Kapitalbewegungen zu erfassen vermag (Versehen, Schwund, Diebstahl), muß auch bei den Bewegungs- oder Erfolgsbilanzen die Bestandsermittlung durch Inventur zur Kontrolle und Korrektur der Buchhaltung vorgenommen werden. Daher sind alle ordentlichen Bilanzen Inventur- und Buchbilanzen zugleich. Dies gilt grundsätzlich auch für alle übrigen Sonderbilanzen, einschließlich der Übernahme- und Umwandlungsbilanz, da sie im Anschluß an eine Periode des Wirtschaftens aufgemacht werden, das seinen Niederschlag in den Aufzeichnungen der Buchhaltung gefunden hat.

Auf die Technik der Inventur bei Erstellung der GB braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Sie folgt den allgemeinen, für die Inventurdurchführung gültigen Regeln. Die durch die Inventur ermittelten Vermögensgegenstände und Schulden werden listen- oder karteimäßig festgehalten und zum Inventar zusammengezogen. "Unter dem Begriff des Inventars versteht das HGB eine Aufstellung sämtlicher Aktiven und Passiven. Das Inventarverzeichnis muß sich somit auf sämtliche Bilanzposten erstrecken. Sachlich gesehen hat das Inventarverzeichnis eine unterschiedliche Bedeutung für die einzelnen Bilanzposten." (Adler-Düring-Schmaltz).

Auch nach Steuerrecht muß der GB eine Inventur vorausgehen. Die Bestandsaufnahme für steuerliche Zwecke ist sodann nach § 161 AO jährlich zu machen. Für steuerliche Zwecke ist die Bestandsaufnahme auch dann jährlich vorzunehmen, wenn sie nach Handelsrecht nur alle zwei Jahre erforderlich ist.

c) Die Satzung (der Gesellschaftsvertrag)

Als wichtigste gesetzliche Grundlage für die Erstellung der GB kann bei Kapitalgesellschaften die Satzung, bei Personengesellschaften der Gesellschaftsvertrag angesehen werden. Die Satzung, der in der Regel ein Vorgründungsvertrag vorausgeht, in dem sich

die Beteiligten schuldrechtlich zur Gründung einer Aktiengesellschaft verpflichten, muß nach § 16, I AktG durch gerichtliche oder notarielle Beurkundung festgestellt werden. Sie muß im Gegensatz zum Gesellschaftsvertrag den in § 16, III AktG vorgeschriebenen Mindestinhalt haben, nämlich Bestimmungen über Firma und Sitz der Gesellschaft, Gegenstand des Unternehmens, Höhe des Grundkapitals, Nennbeträge der einzelnen Aktien, Art der Zusammensetzung des Vorstands und Form der Bekanntmachungen der Gesellschaft. Schließlich müssen in der Satzung etwa zugunsten einzelner Aktionäre bedungene besondere Vorteile und der gesamte Gründungsaufwand festgesetzt werden (§ 19, I, II AktG). Bei der Sachgründung müssen der Gegenstand der Einlage, die Person des einbringenden Aktionärs und der Nennbetrag der zu gewährenden Aktien angegeben werden (§ 20, I AktG). "Fehlt eine der zum Mindestinhalt gehörenden Bestimmungen, so ist die Satzung nichtig; das Registergericht darf die AG nicht eintragen" (Hueck).

Die Bedeutung der Satzung für die GB liegt nun darin, daß die GB in den für sie relevanten Posten durch die Satzung voll gedeckt sein muß. Dies gilt insbesondere für die Bestimmungen der Satzung über die Höhe des Grundkapitals und über die Nennbeträge der Aktien. Die Bestimmungen der Satzung sind nun zwar nicht unabänderlich, sondern können den sich ändernden Verhältnissen angepaßt werden. Da es sich jedoch um die Grundlagen der Aktiengesellschaft handelt, bedarf eine Satzungsänderung stets eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 145 AktG). Damit erhält die GB in den durch die Satzung geregelten Posten eine gewisse Starrheit. Die Satzung wird bei der Anmeldung zum Handelsregister mit eingereicht und kann dort von jedermann eingesehen werden. Dadurch ist eine Kontrolle zwischen GB und Satzung ohne weiteres möglich.

Was für die Satzung festgestellt wurde, gilt im Grunde auch für den Gesellschaftsvertrag. Es ergibt sich jedoch insofern eine Abweichung, als keine besonderen Vorschriften hinsichtlich seines Inhalts bestehen. Die Beteiligten haben völlige Freiheit bei der Ausgestaltung und damit für die Regelung der Rechtsverhältnisse untereinander, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

d) Die Gründungsprüfung

Für die Aktiengesellschaft schreibt § 25 AktG eine Gründungsprüfung vor, die den Hergang der Gründung umfaßt. Darüberhinaus enthält § 118, I AktG die Vorschrift, daß einzelne Vorgänge bei der Gründung durch von der Hauptversammlung bestellte Prüfer überprüft werden können. Es handelt sich jedoch hiernach nicht um die Prüfung der Gründung als solcher, sondern um die Prüfung bestimmter Einzelvorgänge. Aus diesem Grunde interessiert die Sonderprüfung gemäß § 118, I AktG in diesem Zusammenhang nicht näher.

§ 25 AktG sieht zunächst die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats für die Gründungsprüfung vor. Außerdem sind gemäß § 25 II, Ziff. 1-4 AktG besondere Gründungsprüfer in folgenden Fällen zu bestellen:

wenn ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats zu den Gründern gehört,

wenn bei der Gründung für Rechnung eines Mitglieds des Vorstands oder des Aufsichtsrats Aktien übernommen worden sind,

wenn ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats sich einen besonderen Vorteil oder für die Gründung oder ihre Vorbereitung eine Entschädigung oder Belohnung ausbedungen hat,

wenn eine Gründung mit Sacheinlagen oder Sachübernahmen vorliegt ,

kurz, in allen Fällen, in denen die Möglichkeit unreellen Vorgehens und der Übervorteilung der Gesellschaft als solcher besteht. In diesen Fällen soll eine Prüfung durch neutrale Gründungsprüfer erfolgen, deren Unabhängigkeit durch § 25, III AktG gewährleistet wird.

Der Umfang der Gründungsprüfung ergibt sich aus § 26, I AktG. Danach ist eine formelle Prüfung und eine materielle Prüfung zu unterscheiden. Bei der formellen Prüfung wird die Einhaltung vor

allen des § 16 AktG über die Feststellung und Inhalt der Satzung, des § 22 AktG über die Übernahme von Aktien durch die Gründer, welche diese bei der Feststellung der Satzung noch nicht übernommen hatten, zu überprüfen sein. Die Zahlungsfähigkeit der Gründer ist zu prüfen, wenn sie zu Zweifeln Anlaß gibt. Die materielle Prüfung wird vor allem den Bericht der Gründer daraufhin untersuchen, ob er den im § 24 AktG gestellten Anforderungen entspricht. Dabei werden insbesondere die dort dargelegten Umstände, von denen die Angemessenheit der für eingelegte und übernommene Gegenstände gewährten Leistungen abhängt, zu beachten sein. Die vorausgegangenen Rechtsgeschäfte, die auf den Erwerb durch die Gesellschaft hingeeilt haben, ferner die Anschaffungs- und Herstellungskosten aus den letzten beiden Jahren und, im Fall des Übergangs eines Unternehmens auf die Gesellschaft, der Betriebsertrag aus den letzten beiden Geschäftsjahren sind zu überprüfen.

Die eigentliche Bedeutung der Gründungsprüfung für die GB liegt darin, daß durch die Gründungsprüfung die Angemessenheit der für eingelegte oder übernommene Gegenstände gewährten Leistungen überprüft wird (§ 26, I, Ziff. 2 AktG). Sofern die gewährten Leistungen nicht als unangemessen hoch beanstandet werden, gewinnen sie unmittelbare Bedeutung für die GB, da sie dann als Anschaffungskosten aufzufassen sind. Stellt sich bei der Gründungsprüfung jedoch heraus, daß die gewährten Gegenleistungen unangemessen hoch sind, kann das Gericht gemäß § 31, II AktG die Eintragung in das Handelsregister ablehnen. In diesem Fall kommt die Gesellschaft gar nicht zum Entstehen.

Über die Gründungsprüfung ist nach § 26, II AktG schriftlich zu berichten. Der Bericht der Gründungsprüfer ist dem Gericht, dem Vorstand und der amtlichen Vertretung des Handelsstands einzureichen und kann dort von jedermann eingesehen werden. Ein ungünstiger Bericht kann also als Warnung vor dem Erwerb der Aktien der neuen Gesellschaft dienen. Im Prüfungsbericht wird hinsichtlich der Richtigkeit der Wertansätze der eingelegten und übernommenen Gegenstände nicht jeder einzelne Posten zu beurteilen sein, sondern es dürfte die Angemessenheit im ganzen gesehen zu bestätigen sein.

Für die Aktiengesellschaft läßt sich zusammenfassend feststellen, daß der Weg bis zur Erstellung der GB weitgehenden Kontrollen unterliegt. Die GB selbst wird schließlich ebenfalls von neutraler Seite einer kritischen Überprüfung und Stellungnahme unterworfen. Infolge der grundsätzlichen Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz kommt darüberhinaus wie bei allen Unternehmungsformen noch die Prüfung durch die Steuerbehörde hinzu. So schreibt Bühler (1) : "Und nun ist festzustellen, daß die grundsätzliche Maßgeblichkeit der handelsrechtlichen Bilanz für die Steuerbilanz vom Reichsfinanzhof auf diese Eröffnungsbilanz übertragen und daraus ein Prüfungsrecht gegenüber der steuerlichen Eröffnungsbilanz für die Steuerbehörde abgeleitet worden ist. Wenn die handelsrechtliche Eröffnungsbilanz den steuerlichen Vorschriften genügt (was leichter erreichbar ist als bei Schlußbilanzen), dann wird sie die einheitliche Eröffnungsbilanz; unter Umständen wird eine kleine Korrektur an ihr genügen, bei großen Unternehmungen wird man vielleicht dazu kommen, eine besondere steuerliche Eröffnungsbilanz zu erstellen."

(1) Bühler, O. "Bilanz und Steuer", 5.Aufl., 1952, S.343

D. Die Gründungsbilanz in formeller Hinsicht

Die formelle Seite einer Bilanz erstreckt sich vor allem auf
Gliederung der Bilanzposten
Bezeichnung der Bilanzposten
Ausführlichkeit der Bilanz
Zeitpunkt der Bilanzierung,

kurz, auf alles, was Aufbau der Bilanz und Form der Darstellung von Vermögen und Kapital in dieser Bilanz betrifft. Die allgemeinen Bilanzierungsgrundsätze beinhalten ebenso wie für die materielle Seite auch für die formelle Seite der Bilanz bestimmte Regeln, deren Anwendung auf die GB in aller Kürze dargestellt werden soll. Im Anschluß daran bleibt es zu untersuchen, welchen Grundsätzen die Behandlung des Gründungsaufwands folgen muß. Diese Frage leitet mit ihrem starken materiellen Einschlag bereits auf die mit der GB in materieller Hinsicht verknüpften Fragen über. Zunächst aber soll auf die Frage nach dem Zeitpunkt der Erstellung der GB eingegangen werden, die in formeller Hinsicht gerade für die GB von besonderer Bedeutung ist, zumal sie bei ihr nicht ohne weiteres zu klären ist.

I. Die Frage nach dem Zeitpunkt der Erstellung der GB

a) Grundsätzliches : Gründung und Errichtung

Bevor die Frage nach dem Zeitpunkt der Erstellung der GB näher untersucht werden kann, ist eine Abgrenzung zwischen Gründung und Errichtung und damit zwischen GB und Errichtungsbilanz erforderlich. Im Gegensatz zu früher werden heute Gründung und Errichtung in der Regel klar auseinandergehalten. Unter Gründung kann ganz allgemein die Gesamtheit aller Vorgänge verstanden werden, die zur Entstehung neuer Wirtschafts-

einheiten im wirtschaftlichen und juristischen Sinne führen.
Je nach den zu Grunde gelegten Gesichtspunkten können verschiedene Formen der Gründung unterschieden werden,

nach der juristischen Form: Gründung einer Einzelfirma,
einer Personal- oder Kapitalgesellschaft;

nach der Ausgangsbasis : Neugründung und Übernahmegründung,
je nachdem, ob ein völlig neues
Unternehmen entsteht oder ein bereits
bestehendes Unternehmen übernommen
und mit weiteren Einlagen in ein neues
Unternehmen eingeht,
sowie Umwandlungs- bzw. Umgründung;

nach der Form der Aufbringung des Unternehmungskapitals :
Bargründung, Sachgründung und ferner
Barscheingründung.

Mit dem Vorgang der Gründung ist oft zugleich die Entstehung einer neuen Rechtseinheit verknüpft. Aber während die Entstehung einer neuen Wirtschaftseinheit für die Gründung begriffenotwendig ist, muß mit ihr nicht auch in jedem Fall eine neue Rechtseinheit, ein neues Rechtssubjekt, ins Leben treten. Der Gründungsvorgang ist daher nur insofern mit der juristischen Seite des Entstehungsprozesses gleich zu setzen, als die Gründung die formaljuristische Entstehung einer Unternehmung (Abschluß des Vertrages, Aufstellung der Satzung, Eintragung in das Handelsregister) umfaßt. (1) Die Wahl und Schaffung der Unternehmungsform wird dabei die Hauptrolle spielen. In vielen Fällen entsteht dann freilich auch eine neue Rechtseinheit im Sinne des Gesetzes.

Der andere Hauptteil der Gründung ist die Wahl und Festlegung der entsprechenden Finanzierungsform. Dieser Teil ist weitgehend auch wieder juristischer Natur bzw. fällt mit dem oben angeführten juristischen Teil der Gründung zusammen. Die Wahl der Unternehmungsform ist zugleich auch Entscheidung über die Finanzierungsform und umgekehrt. Beides, Schaffung der juristischen Einheit (Unternehmungsform) und finanziellen Einheit (Finanzierungsform), gehören zum Wesen

(1) Beckmann, L. "Die betriebswirtschaftliche Finanzierung", 2.Aufl. Stuttgart, 1956, S.99

der Gründung. Die heute weit verbreitete Definition bezeichnet die Unternehmung als eine finanzielle und juristische Einheit. Wir könnten daher die Gründung mit der Entstehung der Unternehmung gleichsetzen.

Die Errichtung kann demgegenüber als die Entstehung des Betriebes, der technisch-wirtschaftlichen Einheit, angesehen werden. Sie umfaßt die Realisierung der Gründerdispositionen zur Erzielung der Betriebsbereitschaft. "Die Errichtungsperiode beginnt mit dem laufenden Abruf der erforderlichen Kapitalien und deren Investierung in Gestalt der Produktionsmittel im weitesten Sinne des Wortes" (Beckmann). Sie stellt eine organisatorische Leistung dar durch die zweckmäßige Vereinigung der Produktionsfaktoren, und eine finanzielle Leistung durch die tatsächliche Finanzierung im Rahmen der gewählten Finanzierungsform (Heranziehung und Investition der Eigen- und Fremdkapitalien). Sie ist mit dem Zustand der Betriebsbereitschaft abgeschlossen. Gründung und Errichtung können zusammenfallen, vor allem bei kleinen Wirtschaftseinheiten, insbesondere Dienstleistungsbetrieben, bei denen der Faktor Arbeit im Vordergrund steht. Bei größeren, vor allem kapitalintensiven Einheiten, wird zwischen Gründung und Errichtung in der Regel eine mehr oder weniger große Zeitspanne verstreichen. In diesen Fällen wird die Aufstellung von Zwischenbilanzen bis zur vollzogenen Errichtung erforderlich, wozu die Aktiengesellschaft gesetzlich verpflichtet ist, falls die Errichtungsperiode länger als ein Jahr dauert. Die bei Erreichung der Betriebsbereitschaft zu erstellende Bilanz ist dann die Errichtungsbilanz, "deren Aufgliederung nach den verschiedensten Seiten hin auswertbar ist. Einmal könnte man sie als eine Art Selbstkostenrechnung über die wirtschaftliche 'Erstellung' der Unternehmung ansehen, andererseits zeigt sie die Vermögen- und Kapitalstruktur im Augenblick der Betriebsbereitschaft." (1) Diese Errichtungsbilanz kann schon insofern von der eigentlichen Gründungsbilanz divergieren, als durch Heranziehung weiterer Kapitalquellen (vor allem von Fremdkapital) die Bilanzsumme größer oder - durch

(1) Beckmann, L., a.a.O., S.99

bereits erforderlich gewordene Abschreibungen auf die Rentabilitätsbasis der Bilanzgegenstände - kleiner geworden ist. (1)

b) Die Zeitfrage in betriebswirtschaftlich-theoretischer Sicht

Auf Grund der soeben durchgeführten Unterscheidung zwischen Gründung und Errichtung ist der Zeitraum, in dem während des gesamten Entstehungsprozesses einer Betriebswirtschaft die GB zu erstellen ist, bereits stark eingeengt. Die GB ist bei der eigentlichen Gründung aufzumachen. Dieser Zeitraum ist nun noch weiter einzuengen, d.h. der genaue Zeitpunkt, in dem bei der eigentlichen Gründung die GB zu erstellen ist, muß herausgefunden werden.

Wir haben unter B., III., a) die GB als rechnungsmäßigen Abschluß der Gründungsperiode bezeichnet. Damit haben wir bereits den Ausgangspunkt für die Lösung der Zeitfrage in betriebswirtschaftlicher Sicht. Als rechnungsmäßiger Abschluß der Gründungsperiode kann die GB nur für den Zeitpunkt der vollzogenen Gründung aufgestellt werden. Es bleibt daher zu klären, wann die Gründung vollzogen ist. Dabei ist der betriebswirtschaftliche Standpunkt streng vom handelsrechtlichen zu trennen.

Die Gründung wurde von uns als die Gesamtheit der Dispositionen und Maßnahmen bezeichnet, die zur Entstehung neuer Wirtschaftseinheiten führen. Eine neue Wirtschaftseinheit liegt unserer Meinung nach dann vor, wenn ein selbständiges wirtschaftliches Gebilde als solches im Wirtschaftsverkehr auftritt und Lebensäußerungen von sich gibt. Diese können in der Teilnahme am Wirtschaftsprozeß selbst liegen, nämlich durch Fertigung in der Industrie, Transportleistung in Verkehrsbetrieben, Güterbereitstellung im Handel, Kreditbereitstellung in Bankbetrieben, Risikoübernahme in Versicherungsbetrieben, d.h. in der Aufnahme der eigentlichen Betriebsleistung. Aber auch die vorbereitenden Handlungen können bereits als Lebensäußerungen einer

(1) Beckmann, L. a.a.O., S.104

selbständigen wirtschaftlichen Einheit angesehen werden, umso mehr, als die Aufnahme der eigentlichen Betriebsleistung in der Regel erst nach vollzogener Errichtung möglich sein wird. Man wird berücksichtigen müssen, daß bereits mit den vorbereitenden Handlungen Ausgaben und Aufwendungen entstehen, die in der Buchhaltung ihren Niederschlag finden müssen. Da die GB Ausgangspunkt des Rechnungswesens ist, müßte also theoretisch auch in diesem Zeitpunkt bereits die GB aufgestellt sein.

Betriebswirtschaftlich dürfte es korrekt sein, die GB für den Zeitpunkt zu erstellen, in dem eine neue Unternehmung, also eine neue finanzielle und rechtliche Einheit, sich klar als solche abhebt. Da die GB, wie die Bilanz im allgemeinen, der Kapitalabrechnung dient, dürfte es theoretisch sogar ausreichen, den Zeitpunkt der Erstellung der GB lediglich darauf abzustellen, daß eine neue finanzielle Einheit sich deutlich abzeichnet. Dann dürfte, wie schon erwähnt, in der Regel gleichzeitig die Entscheidung über die Rechtsform getroffen sein.

Eine neue finanzielle Einheit ist immer dann geschaffen, wenn die Gründer die Entscheidung über die Finanzierung der Unternehmung, d.h. über die Kapitalbeschaffung und Kapitalausstattung, vorgenommen haben. Die Frage der Finanzierung ist, wie unter B., III. a) dargestellt, als eine Hauptfrage bei der Gründung anzusehen.

In der Literatur wird der Zeitpunkt für die Erstellung der GB in der Regel nicht wie hier begrenzt. So schreibt Ermisch (1) : "Das Unternehmen hat also seinen Grundstein gelegt mit den ersten Handlungen, die mit Bezug auf die Gründung des Unternehmens vollzogen werden..... Hierzu gehört auch die Einigung verschiedener Unternehmer (mündlicher Vertrag) über die Gründung des Unternehmens. Das kann auch der Gesellschaftsvertrag einer oHG oder der Vorvertrag einer GmbH sein. Der Tag der ersten wirtschaftlichen Handlung für das neue Unternehmen ist der wirtschaftliche Geburtstag und damit auch der Stichtag für die Eröffnungsbilanz. "

(1) Ermisch, "Stichtag und Inhalt der Eröffnungsbilanz einer GmbH" in Die Wirtschaftsprüfung, 5. Jhrg., Febr. 1952, S. 52

In vielen Untersuchungen über den Zeitpunkt der Erstellung der GB werden rein wirtschaftliche Gesichtspunkte mit juristischen vermengt. Beispielsweise führt Leitner (1) aus :
"Bei 'Beginn des Handelsgewerbes' ist die Bilanz aufzustellen, d.h. mit dem Beginn der kaufmännischen Tätigkeit. Dieser Zeitpunkt muß nach den gegebenen Umständen von Fall zu Fall gefunden werden. Für Kaufleute, die kraft Gesetzes die Kaufmannseigenschaft haben - Einzelfirmen, offene und Kommanditgesellschaften - gilt als Tag der Eröffnungsbilanz der Tag, an dem das Handelsgewerbe tatsächlich beginnt. Anschaffung des Inventars und andere Vorbereitungsgeschäfte bedingen eine ordnungsmäßige Buchführung, also auch eine Eröffnungsbilanz. Für registerbedingte Betriebe - Aktienvereine, KGaA, GmbH, eingetragene Genossenschaften - gilt stets der Tag der Eintragung ins Handelsregister als maßgebender Zeitpunkt. Falls eine Bilanz schon vor der Eintragung ins Handelsregister aufgestellt ist (z.B. bei Umwandlungsgründungen, wenn das Geschäft schon in einem früheren Zeitpunkt als für Rechnung der Aktiengesellschaft geführt gelten soll), ist trotzdem für den Tag der Eintragung eine Eröffnungsbilanz zu machen."

Die gleichzeitige Heranziehung betriebswirtschaftlicher und rechtlicher Gesichtspunkte für die Bestimmung des Zeitpunkts der Erstellung der GB resultiert letzten Endes daraus, daß es immer das Bestreben der Betriebswirtschaftslehre gewesen ist, "möglichst wirklichkeitsnah zu sein und in ständiger Fühlung mit der Praxis zu stehen". Die rechtlichen Gesichtspunkte stehen nun einmal in der Praxis stark im Vordergrund, da das Gesetz der Praxis feste Bindungen auferlegt. Es ist jedoch festzuhalten, "daß der Beginn eines Wirtschaftsunternehmens ein wirtschaftlicher Akt ist und infolgedessen die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Eröffnungsbilanz aufzustellen ist, grundsätzlich unter wirtschaftlichem Blickwinkel zu betrachten ist". (2)

(1) Leitner, F. "Bilanztechnik und Bilanzkritik" Berlin und Leipzig, 1919, S.326

(2) Ermisch, a.a.O. S.51

c) Die Zeitfrage in handelsrechtlicher Sicht

Das HGB bestimmt im § 39, I : "Jeder Kaufmann hat bei dem Beginne seines Handelsgewerbes seine Grundstücke, seine Forderungen und Schulden, den Betrag seines baren Geldes und seine sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen, dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände anzugeben und einen das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluß zu machen." Als Zeitpunkt für die Erstellung der GB bestimmt der Gesetzgeber also den "Beginn des Handelsgewerbes", dessen Betreiben die Kaufmannseigenschaft verleiht. Gemäß § 4 HGB ist der sogenannte Minderkaufmann, dessen "Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert", von der Buchführungs- und Bilanzierungspflicht ausgenommen. Für die Untereuchung müssen nun zwei große Gruppen von Kaufleuten auseinandergehalten werden:

Kaufleute im Sinne des § 1 HGB

Kaufleute kraft Eintragung .

1. Kaufleute im Sinne des § 1 HGB (Mußkaufmann)

Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs ist jeder, der ein im § 1, II, Ziff.1-9 HGB enthaltenes Grundhandelsgeschäft betreibt. Eine Eintragung in das Handelsregister ist zum Erwerb der Kaufmannseigenschaft in diesen Fällen nicht erforderlich; sie wirkt nicht konstitutiv, sondern lediglich deklaratorisch. Mit dem Zeitpunkt des Betriebens beginnt das Handelsgewerbe, wird die Kaufmannseigenschaft erworben und liegt die Fälligkeit für die Erstellung der GB vor. Das Betreiben äußert sich in dem regelmäßigen Auftreten nach außen.

Dieser Zeitpunkt für die Erstellung der GB trifft für den Einzelkaufmann und die Personengesellschaft zu. Bei den Kapitalgesellschaften liegen dagegen die Verhältnisse komplizierter, da bei ihnen erst die Eintragung ins Handelsregister die Kaufmannseigenschaft herbeiführt, andererseits aber schon vorher eine bilanzierungsfähige Einheit vorliegt sowie bilanzierungspflichtige Vorgänge auftreten. Dasselbe gilt für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

2. Kaufleute kraft Eintragung

Bei den Kapitalgesellschaften und Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften wirkt die Eintragung in das Handelsregister bzw. Genossenschaftsregister konstitutiv. Mit der Eintragung ins Register entstehen diese Gesellschaften als selbständige Rechtssubjekte und erwerben (als Formkaufmann) ihre Kaufmannseigenschaft, (vgl. § 34 AktG und § 11 GmbHG - § 6 HGB; § 17 GenG).

Gegen die Auffassung, die GB erst nach der Eintragung in das Register aufzustellen, wird ins Feld geführt (1), daß es sich dann "nicht um eine Gründungs- Eröffnungs-, sondern um eine Geschäftseröffnungsbilanz handeln" würde. Dieser Einwand dürfte insofern nicht ganz zutreffen, als die GB ja eigentlich Gründungsschlußbilanz ist, da sie nach vollzogener Gründung aufzustellen ist; gleichzeitig ist sie Geschäftseröffnungsbilanz und also zum Beginn des Handelsgewerbes zu erstellen.

Gegen die Aufstellung der GB nach Eintragung der Gesellschaft in das Register (bei konstitutiver Wirkung der Eintragung) sprechen aber noch eine Reihe anderer Gründe. Diese liegen in den für die Gründung einer Aktiengesellschaft, insbesondere für die Sach- und Übernahmegründung erlassenen gesetzlichen Vorschriften. Aus dem § 24 bis 27 AktG geht hervor, daß die Vorschriften über die GB gerade der Zweck dienen sollen, die richtige Bewertung der eingebrachten oder übernommenen Vermögensgegenstände zu sichern und besonders unangemessene Zwischengewinne für die Gründer aufzudecken.

(1) so vor allem Trumpler in "Die Bilanzen der AG", Basel 1950, S. 412

Das Gericht kann auch dann die Eintragung ablehnen, wenn die Prüfung des Gründungsherganges selbst keinen Anlaß zu Beanstandungen gibt, die für eingelegte oder übernommene Gegenstände gewährten Leistungen jedoch unangemessen hoch sind (vgl. § 31, II AktG). Das führt nun ebenfalls zu dem Ergebnis, daß die GB auf den Zeitpunkt der vollzogenen Gründung aufzustellen ist. Da mit der Übernahme aller Aktien durch die Gründer die Finanzierung zu einem Abschluß gekommen ist und nach § 22, I AktG die Gesellschaft in diesem Zeitpunkt errichtet ist, d.h. von da an zwar noch nicht als eigene Rechtspersönlichkeit - diese entsteht erst mit der Eintragung ins Handelsregister - , wohl aber als (nicht rechtsfähige) Gründungsvereinigung anzusehen ist (1), ist sie auch imstande, eine GB aufzustellen. Entscheidend dabei ist, ob diese Gründungsvereinigung mit der späteren Gesellschaft identisch ist, ob es sich um "dieselbe Vergesellschaftung in verschiedenen Entwicklungsstadien, unterschieden nur im Punkte der Rechtsfähigkeit (Persönlichkeit)" handelt. Diese Frage wurde vom Reichsgericht (2) wie folgt entschieden: "... die werdende Gesellschaft ist im übrigen mit der eingetragenen das gleiche Rechtsgebilde, was sich namentlich daraus ergibt, daß die für die Vorgesellschaft im Zwischenstadium entstandenen Rechte und Pflichten ohne weiteres, ohne besonderen Übertragungsakt auf die eingetragene Gesellschaft übergehen." Diese Auffassung ist sehr umstritten; sie dürfte aber den Erfordernissen der Praxis am besten gerecht werden. Die von der Gründungsvereinigung zu erstellende GB ist also gleichzeitig die GB der eingetragenen Gesellschaft. Lediglich für den Fall, daß zwischen dem Zeitpunkt der Aufstellung der GB durch die Gründungsvereinigung und der Eintragung in das Handelsregister eine unverhältnismäßig lange Zeit verstreicht, wird man eine gewisse Ausnahme anerkennen müssen. In einem solchen Fall besteht nämlich die Gefahr

(1) vgl. Hueck, 'Gesellschaftsrecht', 4. Aufl., 1953, S.117

(2) vgl. Brodmann, "Kommentar zum GmbHG", 1930, § 11 Anm.1, zitiert von Ermisch, a.a.O. S.52

einer zwischenzeitlichen Wertminderung zumindest der eingebrachten oder übernommenen Gegenstände. Das Gericht könnte dann nach § 31, II AktG die Eintragung ablehnen, da sich die gewährten Gegenleistungen als unangemessen hoch herausstellen würden. Es kann dann auch (§ 31, II, 2 AktG) die Aufstellung einer neuen GB, eben für den Zeitpunkt der Eintragung verlangen (1).

In bezug auf die Übernahmegründung verweisen demgegenüber alle Kommentare zum GmbH-Gesetz einhellig auf eine Entscheidung des RG in Strafsachen, wonach die GB auf den Tag der Eintragung der GmbH in das Handelsregister aufzustellen ist. (2) "Hat ein Betrieb schon vorher begonnen, bringt ein Gesellschafter ein im Gang befindliches Geschäft dergestalt ein, daß der Betrieb schon von einem zurückliegenden Zeitpunkt an für Rechnung der Gesellschaft gehen soll, erwirbt die Gesellschaft in dieser Weise von einem Dritten das Geschäft, verzögert sich nach Anmeldung der Gesellschaft wider Erwarten die Eintragung, während der Geschäftsbetrieb auf diese nicht warten kann, so ist doch in allen Fällen - wenn auch unter Verwertung der vorausgegangenen Jahresbilanz - eine auf den Zeitpunkt der Entstehung der Gesellschaft abgestellte Eröffnungsbilanz vorgeschrieben und unerläßlich. " (3)

d) Die Zeitfrage in steuerlicher Sicht

Das Steuerrecht folgt grundsätzlich der wirtschaftlichen Auffassung, wonach die GB auf den Stichtag der ersten wirtschaftlichen Handlung aufzustellen ist. (4) "Wirtschaftliche Auffassung steuerrechtlicher Tatbestände zwingt dazu, den Wirtschaftsabschnitt schon

(1) vgl. Trumpler a.a.O., S. 412

(2) zitiert von Ermisch, a.a.O., S. 53 - Entsch. 29/222

(3) Brodmann, a.a.O., § 41 Anm. 3a und Hinweis auf RGSt 29/222

(4) Wir sind unter D, I. b) zu dem Ergebnis gekommen, daß die GB nach vollzogener Finanzierung zu erstellen ist. Es liegt jedoch kein wesentlicher, sondern nur ein gradueller Unterschied vor.

beginnen zu lassen, wenn die wirtschaftliche Tätigkeit beginnt, hat die Vordatierung der Eintragung als das Entscheidende anzunehmen." (1) "Da das Errichtungsdatum der Gründungsgesellschaft in der Regel mit dem Vertragsdatum der Gesellschaftsstatuten zusammenfällt, hat der Reichsfinanzhof entschieden, daß dieser Tag als Stichtag für die E B gilt. Eine Vordatierung des Beginns der Gesellschaft im Gesellschaftsvertrag ist steuerlich unwirksam. Die Gründergesellschaft wird steuerrechtlich als nicht eingetragener Verein (früher Gesellschaft bürgerlichen Rechts) angesehen und ist infolgedessen von diesem Tage an Körperschaftsteuerpflichtig. Eine Bilanz zum Tage der Eintragung (Entstehung) der Gesellschaft wird im Steuerrecht nicht gefordert." (2) Hohrmann-Lenski (3) betonen: "Die Körperschaftsteuerpflicht beginnt mit der wirtschaftlichen Entstehung eines Körperschaftsteuerpflichtigen Gebildes. Bei den für die unbeschränkte Steuerpflicht in Betracht kommenden Rechtspersonen kann dieser Zeitpunkt bereits vor ihrer rechtlichen Entstehung als Rechtsperson liegen. Als Steuerrechtssubjekt entsteht die Rechtsperson aber bereits mit ihrer Errichtung."

Die Klärung der Zeitfrage ist steuerlich insofern von größter Bedeutung, als Verkäufe von Gegenständen des Privatvermögens an sich weder einkommen- noch umsatzsteuerpflichtig sind. Die Veräußerung von Gegenständen des Privatvermögens ist jedoch immer dann steuerpflichtig, wenn der Verkauf nicht in der privaten, sondern in der gewerblichen Sphäre des Steuerpflichtigen vorgenommen wurde. Der Gewerbebetrieb beginnt im Sinne der Einkommensteuer bereits mit den ersten Vorbereitungshandlungen. Der Gewinn dieser Privatverkäufe muß errechnet werden, indem von dem Erlös die (betrieblichen) Anschaffungskosten bzw. der Teilwert abgesetzt wird.

(1) Auffermann, a.a.O., S. 127

(2) Ermisch, a.a.O., S. 52

(3) zitiert von Auffermann, a.a.O., S. 127

Der Verkauf von Privatgegenständen fällt stets dann in die gewerbliche Sphäre, wenn er zu geschäftlichen Zwecken und auf Grund der beruflichen Kenntnisse, Fähigkeiten oder Erfahrungen vorgenommen wird. (1)

II. Die allgemeinen Bilanzierungsgrundsätze bei Erstellung der GB

Bei den allgemeinen Bilanzierungsgrundsätzen formeller Art steht das Prinzip der Bilanzklarheit im Vordergrund. Es fordert eine übersichtliche Anordnung der Bilanzposten und vor allem eine Bezeichnung der einzelnen Posten, aus der ihre wirtschaftliche Natur ohne Schwierigkeit erkennbar ist. Für den Jahresabschluß bestimmt § 129, I AktG, daß dieser so klar und übersichtlich aufzustellen ist, daß ein möglichst sicherer Einblick in die Lage der Gesellschaft ermöglicht wird. (2) Auf diesem Grundsatz beruhen die gesetzlichen Gliederungsvorschriften des § 131 AktG.

Der Grundgedanke, einen möglichst sicheren Einblick in die Lage der Unternehmung zu gewähren, muß gerade für die GB, im Hinblick auf ihren primären Statuscharakter, im Vordergrund stehen. Sie dient zunächst der Vermögens- und Kapitaldarstellung, der organisatorischen Zwecksetzung, woraus sich die Notwendigkeit einer klaren Gliederung und Anordnung der Posten auf der Aktiv- und Passivseite ergibt. Da weder die allgemeinen Vorschriften des Handelsgesetzbuchs noch die Vorschriften des Steuerrechts diesbezügliche Bestimmungen - ebensowenig wie für den Jahresabschluß - enthalten, ist bei Erstellung der GB der Grad der Unterteilung und die Anordnung der Bilanzposten sowie der Aufbau überhaupt den Bilanzierenden selbst überlassen. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, die für die Jahresbilanz in formeller Hinsicht

(1) vgl. OFH v.24.3.1950 - IV 14/50, BB 1950, S. 360

(2) ähnlich § 33 b, II, GenG

im § 131 AktG kodifiziert wurden, führen grundsätzlich zur entsprechenden Anwendung des § 131 AktG auch auf die GB aller Unternehmungsformen. (1) § 131 AktG bringt die den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung entsprechenden formellen Mindestanforderungen an die Bilanz im allgemeinen klar zum Ausdruck. Bei der komplizierteren Form der Sachgründung und insbesondere bei der Übernahmegründung ist dementsprechend auf der Aktivseite zu trennen zwischen Anlagevermögen und Umlaufvermögen. Bei der Aktiengesellschaft müßte die Aktivseite wie folgt gegliedert werden :

- I. Ausstehende Einlagen auf das Grundkapital
- II. Anlagevermögen
 - 1. Sachanlagen
 - 2. Finanzanlagen
- III. Umlaufvermögen
- IV. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen .

Es würde nicht genügen, wenn lediglich der Posten "Ausstehende Einlagen auf das Grundkapital" in der GB erscheinen würde, da nach § 28 AktG und § 7, Abs.2 GmbHG die Anmeldung zum Handelsregister erst dann erfolgen kann, wenn mindestens ein Viertel des übernommenen Betrages auf das Grund- bzw. Stammkapital eingezahlt ist. Demnach müßte die GB also bereits einen Barbetrag (Kasse, Bank- oder Postscheckguthaben) ausweisen. Wie unter D., I. b) dargelegt, wäre es jedoch betriebswirtschaftlich-theoretisch vertretbar, wenn lediglich der Posten "Ausstehende Einlagen auf das Grundkapital" erscheinen würde. Die Entscheidung über die Finanzierung der Gesellschaft wäre getroffen, die Unternehmung also bereits ins Leben getreten, und die GB könnte in diesem Zeitpunkt schon aufgestellt werden. Daß die Vermögensseite der GB dann nur eine Forderung an die Aktionäre und keinen sofort verfügbaren Barbestand enthält, stünde grundsätzlich nicht entgegen.

(1) für Genossenschaften würde entsprechend § 33 d GenG heranzuziehen sein.

Die Passivseite der GB würde bei der Aktiengesellschaft entsprechend § 131 AktG folgende Gliederung aufweisen müssen:

- I. Grundkapital
- II. Rücklagen
 - 1. gesetzliche Rücklage
 - 2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)
- III. Rückstellungen für ungewisse Schulden
- IV. Verbindlichkeiten
- V. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen .

Bei Personalgesellschaften wäre eine klare Gliederung der Beteiligungen vorzunehmen; bei der Kommanditgesellschaft beispielsweise nach unbeschränkt und beschränkt haftenden Teilhabern.

Durch die Einhaltung des Binzijs der Bilanzklarheit wird durch die damit verbundene Einblickgewährung in die finanzielle und sachliche Konstitution der jungen Unternehmung der organisatorischen Aufgabe der GB Rechnung getragen. Das Prinzip der Bilanzklarheit ist aber auch im Hinblick auf die rechnungsabgrenzende Funktion der GB von großer Bedeutung. Die Praxis wird schon bei Erstellung der GB sehr oft davon ausgehen, "daß man mit der Bezeichnung und Gliederung der Bilanzposten sehr wohl dem Bilanzbild ein sehr unterschiedliches Aussehen geben kann... Man kann der Bilanz günstigen Ausdruck verleihen, indem man nachteilig wirkende Tatsachen weniger in die Augen springen läßt." (1)

Ein weiteres unmittelbar aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung für die GB ableitbares Prinzip ist das der **B i l a n z - w a h r h e i t** . Es fordert, daß die GB die Lage der Unternehmung so darstellt, wie sie den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. In Anlehnung an Mayer (2) wird man auch für die GB eine objektive und eine subjektive Bilanzwahrheit unterscheiden müssen. Objektive Bilanzwahrheit liegt dann vor, wenn keine stillen

(1) Le Coutre, W. "Bilanzrecht und Gesellschaftsbilanzen", S.96

(2) a.a.O., S.7

Rücklagen vorhanden sind, während subjektive Bilanzwahrheit dann gegeben ist, wenn zwar solche stillen Rücklagen vorhanden sind, was dem allgemeinen Brauch gerade für die GB entspricht, im übrigen in der GB aber nichts Falsches wie fiktive Posten, falsche Bezeichnung der Posten, unrichtige Bewertung bei Vermögen und Schuldbeständen vorhanden ist. Darüberhinaus schließt die subjektive Bilanzwahrheit auch die Vollständigkeit der GB ein, die überdies im § 39 und § 40 HGB ausdrücklich gefordert wird. Dem Prinzip der Bilanzwahrheit steht eine Überbetonung des gerade für die GB von Theorie und Praxis größtenteils geforderten Prinzips der Vorsicht gegenüber, das zu einem Konflikt beider Prinzipien führen kann, soweit es nicht nur auf eine Anwendung des sogenannten Niederstwertprinzips hinausläuft. Über die Anwendung des Prinzips der Vorsicht auf die GB wird unter E, III. a) noch zu sprechen sein.

Im Steuerrecht haben nach § 208 AO Bücher und Aufzeichnungen, die den Vorschriften des § 162 AO entsprechen, die Vermutung ordnungsmäßiger Führung für sich und sind, wenn nach den Umständen des Falls kein Anlaß zur Beanstandung ihrer sachlichen Richtigkeit gegeben ist, der Besteuerung zugrunde zu legen. Auf Grund der Bestimmung des § 208 AO, aber auch nach § 162 AO und § 217, II AO unterscheidet auch das Steuerrecht eine förmliche und sachliche Ordnungsmäßigkeit. Gemäß § 217 Abs. 2 AO ist eine Schätzung durchzuführen, wenn die Bücher oder Aufzeichnungen

- unvollständig,
- förmlich unrichtig oder
- sachlich unrichtig sind.

Diese Gesichtspunkte müssen schon bei Erstellung der GB gebührend beachtet werden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Gewährung von Steuervergünstigungen von den Finanzämtern von der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung abhängig gemacht wird. Zusammenfassend läßt sich in Anlehnung an Kalveram (1) feststellen.

(1) Kalveram "Wirtschaftsprüfung", Bd. 1, S. 87 ff.

daß folgende Tatbestände eine Durchbrechung der Prinzipien ordnungsmäßiger Gründungsbilanzierung formeller und materieller Art darstellen:

1. Darstellungsfälschungen
 - a) unberechtigte Gruppenbildung
 - b) Falschbenennungen
 - c) Unterlassung notwendiger und Durchführung unerlaubter Saldierungen
2. Fälschungen, die sich im Ergebnis auswirken
 - a) Bewertungsdelikte
 - b) Unterschlagung von Aktiv- und/oder Zusetzung von Passivposten
 - c) Einsetzen fiktiver Aktiva und/oder Unterschlagung von Passiva.

III. Die Behandlung des Gründungsaufwands

a) Begriff des Gründungsaufwands

Die Entstehung von Betriebswirtschaften ist einem fabrikatorischen Prozess gleichzusetzen. Wie bei jeder anderen Art von Produktion ist auch dieser Vorgang mit Aufwendungen verbunden, denen als "Ertrag" die fertige Betriebswirtschaft gegenübersteht. Nach Rößle (1) ist die Summe der investierten Kapitalien samt Gründungsaufwand die "Selbstkosten". Die am Ende der Errichtung aufzustellende Schlußbilanz ist dann gewissermaßen die Aufwandsrechnung der aufgebauten Betriebswirtschaft. Es dürfte zweckmäßig sein, die in dem Komplex "Selbstkosten" enthaltenen Aufwendungen genau zu unterteilen. Es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß es sich bei diesen "Selbstkosten" um einen Gesamt a u f w a n d handelt. Inwieweit dieser Aufwand zu Kosten werden kann, kann nur die Zukunft zeigen.

(1) Rößle, K. "Allgemeine Betriebswirtschaftslehre", München 1951, S. 60

Dieser Gesamtaufwand zerfällt nun
in den Gründungsaufwand
in den Errichtungsaufwand.

Der Gründungsaufwand läßt sich weiter unterteilen

- aa) in den Kapitalaufwand, der für die Erstellung der Unternehmung erforderlich ist, soweit es sich um die Finanzierungseinheit handelt;
- ab) in den Kapitalaufwand, der zur Durchführung des formellen A der Gründung selbst erforderlich ist, zur Schaffung der juristischen Einheit.

Der Errichtungsaufwand zerfällt

- ba) in den Aufwand, der zur Beschaffung der Produktionsmittel u Herbeiführung der Produktionsbereitschaft erforderlich ist;
- bb) in den Aufwand, der während der Errichtung zusätzlich noch anfällt.

Aufwand aa) und Aufwand ba) setzen sich aus dem auf Grund einer gewissenhaften Finanzplanung unter Berücksichtigung von Betriebs- und Unternehmungsgröße, Standort, Rechtsform für die Erstellung des Produktionsapparates erforderlichen Kapital zusammen. (Aufwand für die erforderlichen Anlagegüter, Rohmaterialien, Vorräte an Fertigfabrikaten, Lohngehalte, kurz, der Gesamtaufwand, der erforderlich ist, den Betrieb produktionsbereit zu machen, zuzüglich der Aufwendungen, die notwendig sind, bis der Erlös aus dem laufenden Umsatz die Aufwendungen deckt.) Dabei kann nun insofern eine Diskrepanz zwischen Aufwand aa) und ba) eintreten, als Störungen und Verzögerungen in der Errichtungsperiode sich einstellen können. "Gewiß wird der Aufbau einer Betriebswirtschaft in der Regel nur auf Grund einer sorgfältigen Planung erfolgen, dennoch können während der Errichtung allerlei unvorhergesehene Zwischenfälle störend auftreten. So beispielsweise kann es sein, daß die Erstellung der Gebäude durch nicht einkalkulierte technische und klimatische Ereignisse nicht zur bestimmten Zeit abgeschlossen wird. Ferner können Verzögerungen in der Lieferung der Produktionsmittel, wie Maschinen und Kraftanlagen eintreten, und nicht zuletzt müssen häufig organisatorische Beschlüsse während des

Aufbaus umgestoßen und neu gefaßt werden." (1) Aufwand aa) und Aufwand ba) umfassen die normalen, im voraus auf Grund sorgfältiger Planung veranschlagbaren Kapitalinvestitionen. Auch Aufwand ab) und bb) können als normale Aufwendungen bezeichnet werden, sind jedoch in ihrer genauen Höhe schwieriger zu ermitteln. Es dürfte zweckmäßiger sein, diese Aufwendungen vom Aufwand aa) und ba) zu trennen.

Aufwand ab) umfaßt im wesentlichen die Aufwendungen, die bei der Durchführung der Gründung selbst entstehen. Hierher gehören also zunächst Verwaltungsaufwendungen, da schon vor und während des Gründungsaktes der Verwaltungsapparat in gewissem Umfang in Tätigkeit treten muß. Darüberhinaus zählen hierher Vergütungen, die an die Gründer oder an dritte Personen für ihre Bemühungen bei der Vorbereitung der Gründung oder bei ihrer tatsächlichen Durchführung bezahlt werden müssen. Hierunter fällt der unter § 19, II AktG genannte Gesamtaufwand, der zu Lasten der Gesellschaft an Aktionäre oder an andere Personen als Entschädigung oder als Belohnung für die Gründung oder ihre Vorbereitung gewährt wird. Ferner sind hierzu die Aufwendungen zu zählen, die für den Notar, das Gericht, für Bekanntmachungen usw. anfallen. Es handelt sich also hier um die eigentlichen Gründungskosten, unter denen im Anschluß an Schmalenbach Gebühren aller Art und Steuern zu verstehen sind.

Unter Gebühren sind im einzelnen vor allem zu nennen die Kosten für die gerichtliche oder notarielle Beurkundung, dann Prüfungskosten, Kosten der Anmeldung zur Eintragung ins Handelsregister, Kosten der Bekanntmachung der Eintragung, Prospektaufwände, Kosten für die Drucklegung der Aktien usw. An Steuern fallen vor allem die anlässlich der Übernahme von Gesellschaftsanteilen entstehende Kapitalverkehrssteuer, bei der Einbringung von Grundstücken in die Gesellschaft Grunderwerbssteuer an. Für Sacheinlagen (außer Grundstücken), die Entnahmen aus einem Betriebsvermögen darstellen, ist ferner Umsatzsteuer zu entrichten. Die Summe der zu entrichtenden

Steuern und Gebühren ist demnach bei der Sachgründung grundsätzlich höher als bei der Bargründung.

Der Aufwand bb) schließlich umfaßt alle Aufwendungen, die während der Errichtungsperiode an Lohn und Gehalt für Arbeiter und Angestellte, für organisatorische Umstellungen u.dgl. anfallen. Dieser Aufwand könnte, wie bereits erwähnt, begrifflich in Aufwand ba) mit einbezogen werden. Es dürfte aber infolge der schwierigen Vorausschätzbarkeit dieser Aufwendungen in der Praxis zweckmäßig sein, für diesen Aufwand einen Extraposten in der Kapitalsbedarfsrechnung anzusetzen.

Es ist nun zu untersuchen, wie die einzelnen Teile des Gesamtaufwandes zu behandeln sind. Das Schwergewicht liegt dabei auf der eigentlichen GB, während die Errichtungsbilanz an dieser Stelle nicht so sehr interessiert. Ausgangspunkt müssen auch hier die betriebswirtschaftlich-theoretischen Gesichtspunkte sein. Das Aktiengesetz enthält eine unterschiedliche Behandlung des Gründungsaufwands und der Gründungskosten. Es sollen daher zunächst die gesetzlichen Vorschriften untersucht werden und erst dann die Verhältnisse betriebswirtschaftlich-theoretisch gesehen dargelegt werden. Es sei noch einmal hervorgehoben, daß im folgenden die formelle Behandlung des Gesamtaufwands der Gründung und Errichtung aufgezeigt wird, nicht dagegen die materielle Behandlung, also die Frage der Bewertung.

b) Das Problem in rechtlicher Sicht

Das Handelsgesetzbuch enthält keine Vorschriften für die Behandlung des Gründungsaufwands; das Aktiengesetz von 1937 bringt dagegen für die Aktiengesellschaft eine Reihe von Vorschriften.

Zunächst ist in § 19, II AktG eine Definition des Gründungsaufwands und Bestimmungen über seine Festsetzung in der Satzung enthalten. Nach § 19, II AktG ist unter Gründungsaufwand der Gesamtaufwand zu verstehen, der zu Lasten der Gesellschaft an Aktionäre

oder an andere Personen als Entschädigung oder als Belohnung für die Gründung oder ihre Vorbereitung gewährt wird. Dieser Aufwand ist in der Satzung gesondert von den übrigen Regelungen anzuführen.

Über die Behandlung dieses Gründungsaufwands bestimmt § 133, Ziff. 4 AktG, daß diese Aufwendungen für die Gründung ebenso wie die für die Kapitalbeschaffung nicht aktiviert werden dürfen. Die Kosten der Betriebseinrichtung dürfen dagegen, jedoch nur gesondert, unter die Posten des Anlagevermögens aufgenommen werden; der eingesetzte Betrag ist durch angemessene jährliche Abschreibungen oder Wertberichtigungen zu tilgen (§ 133, Ziff. 4, Satz 2 AktG). Das AktG unterscheidet somit deutlich zwischen Gründungs- und Errichtungsaufwand (Aufwand ab) und Aufwand ba), bb), Seite 53).

Der Gesetzgeber schließt für den Gründungsaufwand eine Aktivierungsmöglichkeit aus, da für diese Aufwendungen kein materieller Gegenwart vorhanden ist. Inwieweit diese Auffassung mit betriebswirtschaftlich-theoretischen Gesichtspunkten in Einklang steht, ist eine andere Frage. Sie stimmt mit ihnen insofern überein, als dadurch die Stabilität des Unternehmens gefördert wird; denn die, durch Aktivierung des Gründungsaufwands geschaffenen zusätzlichen Bilanzaktiva können für die junge Betriebswirtschaft bei geringer Rentabilität eine große Belastung darstellen und möglicherweise, infolge der Abschreibungswerte für diese Aktiva, die Einführungspreise der Produkte ~~der Fabrikate~~ derartig überhöhen, daß die Unternehmung am Markte nicht Fuß fassen kann.

Anders stellt sich der Gesetzgeber zu den Kosten für die Betriebseinrichtung. Diese Kosten, zu denen insbesondere Organisationskosten, Kosten für die Einführungspropaganda u.dgl. zu rechnen sind, dürfen unter die Posten des Anlagevermögens eingesetzt werden. Der Gesetzgeber geht davon aus, daß diese Aktiva einen wirklichen Gegenwart besitzen. Aus Vorsichtsgründen wird aber sogleich eine Tilgung dieser immateriellen Werte durch angemessene Abschreibungen oder Wertberichtigungen vorgeschrieben.

Offen bleibt nun die Frage, wie die Aufwendungen für die Gründung und Kapitalbeschaffung, also der eigentliche Gründungsaufwand, für den der Gesetzgeber die Aktivierbarkeit ausschließt, zu behandeln sind. Bei der AG können diese Aufwendungen aus dem Agio bestritten werden. (1) Nach § 28, II, 2 AktG muß der auf jede Aktie eingeforderte Betrag mindestens ein Viertel des Nennbetrages und bei Ausgabe der Aktien für einen höheren als den Nennbetrag auch den Mehrbetrag umfassen. Dieser eingeforderte Betrag muß ordnungsgemäß eingezahlt sein und, soweit er nicht bereits zur Bezahlung der bei der Gründung angefallenen Steuern und Gebühren verwendet wurde, endgültig zur freien Verfügung des Vorstands stehen, wenn die Anmeldung zum Handelsregister erfolgt (2). Daraus läßt sich entnehmen, und hier ist wohl Trumpler (3) zuzustimmen, daß die bei der Gründung angefallenen Steuern und Gebühren, also die Gründungskosten im Schmalenbachschen Sinne, auch aus dem eingezahlten Kapital beglichen werden können. Dasselbe muß nun auch wohl für die Behandlung des eigentlichen Gründungsaufwands gelten, für den der Gesetzgeber die Nichtaktivierbarkeit ausdrücklich vorschreibt, während er dies für die Gründungskosten lediglich über den Umweg des § 28, II AktG tut. Soweit die Aufwendungen aus dem Agio gedeckt werden können, wird das Agio schon von vornherein in einer solchen Höhe festgesetzt werden, daß die voraussichtlich anfallenden Gründungsaufwendungen und Gründungskosten daraus beglichen werden können.

Als weitere Möglichkeit bleibt der Weg offen, die Gründer die Gründungskosten selbst tragen zu lassen. Die Gründer haben also zusätzlich zu dem Betrag, zu dem sie Aktien übernommen haben, einen weiteren Betrag aufzubringen. Als Entschädigung können ihre Aktien zu Vorzugsaktien gemacht werden, sodaß sie hinsichtlich Gewinnverteilung, Bezug junger Aktien, Wahl zum Aufsichtsrat, Abfindung bei der Liquidation besondere Vorrechte erhalten.

(1) Bei der GmbH und Genossenschaft können die vertraglich vorgesehenen Eintrittsgelder hierfür verwendet werden.

(2) vgl. § 24, II, 1 AktG

(3) Trumpler, "Die Bilanzen der AG", 1950, S. 411

Als letzte Möglichkeit, wenn keine der oben erwähnten Methoden zur Anwendung kommen sollte, bliebe der Ausweg offen, die Aufwendungen aus dem eingezahlten Grundkapital zu tragen; die GB würde dann bereits einen Verlust ausweisen, dem zahlenmäßig festgelegten Grundkapital stünde nicht mehr der volle Gegenwert gegenüber. Diese Methode dürfte aber wohl kaum anzutreffen sein, da die Bilanz in diesem Falle eine denkbar schlechte Visitenkarte für die Einführung des Unternehmens darstellen würde. Eine Dividendenauszahlung käme erst nach Auffüllung der Unterbilanz in Betracht; damit würde der Anreiz zum Erwerb der jungen Aktien der Gesellschaft genommen.

Die bisher erwähnten Verfahren gelten für die Kapitalgesellschaften, insbesondere für die AG. Bei Personengesellschaften, für die der Gesetzgeber keine Vorschrift hinsichtlich der Behandlung des Gründungsaufwands und der Gründungskosten erlassen hat, und bei denen das Eigenkapital nicht nominell gebunden ist, können die Gründungsaufwendungen und Gründungskosten vom Eigenkapital abgesetzt werden. Eine Unterbilanz kann hier also deshalb nicht auftreten. Darüberhinaus können im Gesellschaftsvertrag den Gesellschaftern hinsichtlich Gründungsaufwand und Gründungskosten anderweitige Belastungen auferlegt werden.

Auch für den Einzelkaufmann enthält das Gesetz keine besonderen Bestimmungen; auch hier kommt die Absetzung vom Eigenkapital in Betracht. Als letzte Möglichkeit, die übrigens auch bei den anderen Gesellschaftsformen zur Anwendung kommen kann, kann der Vortrag in die folgende Umsatzperiode vorgenommen werden.

Diese nach Handelsrecht bestehenden Möglichkeiten gelten grundsätzlich auch nach Steuerrecht, das für die Behandlung des Gründungsaufwands und der Gründungskosten keine eigenen Vorschriften enthält. Es bleibt nun jedoch zu untersuchen, inwieweit die oben skizzierten Möglichkeiten mit betriebswirtschaftlich-theoretischen Grundsätzen im Einklang stehen.

c) Das Problem in betriebswirtschaftlich-theoretischer Sicht

In betriebswirtschaftlich-theoretischer Sicht dürfte insbesondere die Behandlung des Aufwands, den wir oben als Aufwand aa) bezeichnet haben, und der die eigentlichen Gründungsaufwendungen, Belohnung für die Gründertätigkeit, Aufwand für die Kapitalbeschaffung usw. und die sogenannten Gründungskosten umfaßt, problematisch sein. Diesen Aufwendungen stehen keine genau umreißbaren materiellen Gegenposten gegenüber, weshalb der Gesetzgeber für die AG, bei der diese Aufwendungen besonders zu Buch schlagen dürften, eine Aktivierung ausdrücklich verboten hat. Diese Regelung dürfte aber mit betriebswirtschaftlich-theoretischen Gesichtspunkten nicht ganz im Einklang stehen. Ebenso wie die Aufwendungen für die Beschaffung der erforderlichen Produktionsmittel aktiviert werden, müßten auch diese Aufwendungen zeitlich abgegrenzt und den folgenden Perioden anteilig belastet werden. Es handelt sich um betriebsnotwendige Aufwendungen, also um Aufwendungen, die eben für die Errichtung und Ingangbringung des Betriebes genau so erforderlich sind wie die Aufwendungen für Produktionsmittel. Daß diesen Aufwendungen keine materiellen Gegenwerte gegenüberstehen, ist richtig, man könnte jedoch auch einen Teil des Kapitalisierungswertes, der nach Abzug der materiellen Vermögensteile übrig bleibt, auf diese Aufwendungen verteilen. Die Unternehmung muß auf diese Aufwendungen in der Preispolitik Rücksicht nehmen und sie voll wieder hereinbringen. Eine Rentabilitätsberechnung auf der Basis der materiellen Vermögenswerte zuzüglich der immateriellen Werte einschließlic des derivativen Geschäftswertes würde die Rentabilitätslage zu günstig erscheinen lassen. Eine Aktivierung der Gründungsaufwendungen kann jedoch die Abschreibungs- und preispolitische Situation der jungen Unternehmung sehr ungünstig gestalten. Die andere Methode, die Aufwendungen aus dem Kapital zu decken,

dürfte insbesondere bei kleineren Einheiten anzutreffen sein. Man nimmt in diesem Falle die Aufwendungen mit in den Preis hinein, den man für die Verselbständigung zahlen muß. Diese Methode hat den Vorteil einer besseren Einführungsmöglichkeit und größeren Krisenfestigkeit der jungen Betriebswirtschaft für sich, mit betriebswirtschaftlich-theoretischen Grundsätzen ist sie jedoch wenig vereinbar.

Das Verfahren, die Gründungsaufwendungen in die kommende Umsatzperiode vorzutragen, wird der Tatsache gerecht, daß diese Aufwendungen ebenso wie die Aufwendungen für die Produktionsmittel aus dem Umsatz getragen werden müssen. Daß diese Aufwendungen aber in voller Höhe von der folgenden Umsatzperiode getragen werden sollen, ist insofern nicht richtig, als sie sämtliche Perioden der Betriebstätigkeit berühren. Sie müßten also zeitlich abgegrenzt und dann auf die einzelnen Perioden anteilig verteilt werden. Aus Gründen der Vorsicht wird natürlich eine baldigst mögliche Tilgung des Postens angestrebt werden.

Die bisherigen Ausführungen betrafen den sogenannten Gründungsaufwand und die Gründungskosten, d.h. Aufwand aa). Die Behandlung des Aufwands ab) und ba), der Aufwendungen für die Beschaffung des sachlichen Produktionsapparates umfaßt, unterliegt keinen Zweifeln. Hier tritt vielmehr das Bewertungsproblem in den Vordergrund. Soweit es sich um den eigentlichen Errichtungsaufwand handelt, dürfte die Erfassung des dem einzelnen Produktionsmittel zuzurechnenden Anteils nicht schwierig sein. Soweit er nicht einzelnen Produktionsmitteln direkt zugerechnet werden kann, ist er ebenfalls zeitlich abzugrenzen und in die GB aufzunehmen, korrekterweise getrennt von den übrigen Posten des Anlagevermögens (vgl. § 133, Ziff.4, 2 AktG).

E. Die Gründungsbilanz in materieller Hinsicht

1. Die Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht bei der GB

a. Die Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht bei der GB im allgemeinen

Die materielle Seite einer Bilanz umfaßt grundsätzlich die Fragen, "was" in die Bilanz zu übernehmen ist (Frage nach der Bilanzierungsfähigkeit bzw. Bilanzierungspflicht) und "wie hoch" der Wertansatz der bilanzierungsfähigen bzw. bilanzierungspflichtigen Posten zu erfolgen hat (Bewertungsfrage). Hier interessiert zunächst die Frage der Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht.

Da die GB im allgemeinen vom Gesetzgeber wenig beachtet worden ist, nimmt es nicht wunder, wenn Regelungen hinsichtlich ihres postenmäßigen Inhalts nicht zu finden sind. Die Frage der Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht ist ja überdies vom Gesetzgeber auch für den Jahresabschluß nur spärlich geregelt. (1) Unmittelbar kann § 40 HGB herangezogen werden, der den Grundsatz der Vollständigkeit der Bilanz aufstellt. Nach § 40 HGB sind bei der Aufstellung des Inventars und der Bilanz sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden anzusetzen. "Aus dieser Vorschrift ist zu folgern, daß alle aktivierungsfähigen Gegenstände auch aktiviert werden müssen." (2) Demgegenüber ist jedoch zu bedenken, daß unvollständige Aktivierung durch Verminderung des Gewinns und Schaffung stiller Reserven dem allgemeinen Ziel der Bewertungsvorschriften des Handelsrechts, dem Gläubigerschutz, in einzigartiger Weise Rechnung trägt. Es wäre also demnach eine nicht vollständige Aktivierung innerhalb weiter Grenzen nach Handelsrecht nicht nur möglich, sondern sogar erwünscht. Eine Grenze muß jedoch vorhanden

(1) vgl. Adler-Düring-Schmaltz "Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft", 2. Aufl., Stuttgart 1948, S. 129 ff.

(2) Adler-Düring-Schmaltz a.a.O.

sein, andernfalls würde der Willkür Tür und Tor geöffnet und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung zuwider gehandelt werden.

Hinsichtlich der einzelnen bilanzierungsfähigen und bilanzierungspflichtigen Posten wird davon auszugehen sein, daß die GB unter Berücksichtigung des Grundsatzes der materiellen Bilanzkontinuität nur solche Posten enthalten kann, die später auch in der Jahresbilanz erscheinen dürfen, für die dieser Fragenkomplex als gelöst angesehen werden kann. Die entsprechenden Regelungen und entwickelten Grundsätze für die Jahresbilanz sind also als maßgebend für die GB anzusehen. Der Unterschied zwischen statischer oder dynamischer Bilanzauffassung wird sich dabei auch hier darin zeigen, daß der Statiker als Kriterium für die Aktivierung eines Anlagezugangs die Werterhöhung heranzieht, während der Dynamiker in erster Linie davon ausgehen wird, ob ein Anlagezugang sofort als Aufwand zu verbuchen ist, oder ob eine Kostenverteilung auf mehrere Nutzungsperioden angebracht oder erforderlich ist.

Das Handelsrecht regelt wie gesagt die Frage der Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht auch für die Jahresbilanz nicht erschöpfend. Zwingende gesetzliche Vorschriften sind in den Bewertungsvorschriften der §§ 130 und 133 AktG für das Grundkapital, für die gesetzliche Rücklage, sowie für Anleihen der Gesellschaft aufgestellt. Im übrigen sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung heranzuziehen (1). "Maßgebend für die Frage, wann und wie ein Geschäftsvorfall buchmäßig zu erfassen ist, und welche Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen demnach bilanzierungsfähig bzw. bilanzierungspflichtig sind, ist die Auffassung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung." (2)

Ausgehend von der Aktivseite der GB kann an dem betriebswirtschaftlichen Grundsatz festgehalten werden, daß alle Gegenstände, die voraussichtlich in den folgenden Perioden Nutzungen abgeben werden, in der GB als Anlagegegenstände zu aktivieren sind; ihre Anschaffungs-

(1) vgl. § 129, I, 1 AktG sowie Adler-Düring-Schmaltz a.a.O. S.129

(2) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O. S.129

kosten sind den Nutzungen entsprechend anteilig auf die kommenden Bilanzperioden zu verteilen. Ebenso sind alle am Stichtag der GB bereits vorhandenen Umsatzgegenstände zu aktivieren. Mit welchem Wertansatz diese Gegenstände in der GB erscheinen, bzw. ob in ihnen stille Reserven vorhanden sein können, ist eine andere Frage. Unter Berücksichtigung des Prinzips der Vollständigkeit wird jedoch wie in der Jahresbilanz davon auszugehen sein, daß "alle buchungsfähigen Vermögensgegenstände wenigstens mit einem Merkposten zu berücksichtigen sind".

Die "buchungsfähigen Vermögensgegenstände" in der GB werden sich aus den Bar- und Sacheinlagen zusammensetzen, mit denen sich die Gründer ihre Mitgliedschaftsrechte erworben haben. Als Sacheinlage wird jedes Wirtschaftsgut in Betracht kommen, das als Aktivum in die Bilanz aufgenommen werden kann, d.h. körperliche Sachen, Rechte, immaterielle Güter, wenn sie verkehrsfähig sind (Patente, Urheberrechte, Konzessionen, Anteile an einer Gesellschaft). (1)

Während das Handelsrecht an sich nur eine Aktivierungs f ä h i g - k e i t kennt und ebenso wie die Praxis den Begriff der Aktivierung zumeist mit dem Wertbegriff verknüpft, indem es davon ausgeht, daß jedes einheitliche Vermögensgut für sich zu bewerten ist (2), besteht steuerrechtlich eine Aktivierungs p f l i c h t .

Das Steuerrecht verlangt, daß jedes entgeltlich erworbene Wirtschaftsgut, wenn es nach allgemeiner Verkehrsanschauung für das erwerbende Unternehmen von wesentlichem, sich über mehrere Steuerabschnitte erstreckendem Wert ist, auf der Grundlage der Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bilanzieren ist. (3) Entsprechend dem Grundgedanken des § 7 EStG sind alle Aufwendungen für Wirtschaftsgüter, deren

-
- (1) Im Gegensatz zur früheren Auffassung - vgl. Leitner, F. "Bilanztechnik und Bilanzkritik", 3.Aufl., Berlin und Leipzig 1919, S. 336 - können bei der Gründung einer AG auch Anteile an einer offenen Handelsgesellschaft eingebracht werden. Vgl. Hueck, A. "Gesellschaftsrecht", 4.Aufl., München und Berlin 1953, S.53 und die dort zitierte Entscheidung des RG Bd. 105, S.101
 - (2) Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O. Anm.11 zu § 133 AktG
 - (3) vgl. RFH-Urt. v.24.3.31 - RStBl. 1931, S.304

Verwendung oder Nutzung im Betriebe sich auf einen Zeitraum von mehr als einem Jahr erstreckt, nicht im Jahr der Betriebsausgaben voll als solche zu behandeln. Es soll vielmehr ein Aktivposten gebildet werden und durch seine allmähliche Absetzung die einzelnen Jahre der Nutzung entsprechend anteilig belastet werden.

Immer wird jedoch die Frage, ob ein auf Grund einer Ausgabe erworbenes Wirtschaftsgut zu aktivieren ist, von wirtschaftlichen Überlegungen abhängig sein. "Es ist zu prüfen: Ist es wirtschaftlich vertretbar und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten richtig, spätere Erfolge mit der Ausgabe zu belasten, oder, was dasselbe ist, erstreckt sich die Wirkung der Ausgabe für den Betrieb auch auf künftige Ermittlungsabschnitte." (1)

Hier interessiert nun in erster Linie, ob jede beliebige Sacheinlage in der GB steuerlich zu aktivieren ist. Darf sie nicht aktiviert werden, so würde sie eine Scheineinlage und keine Erhöhung des Geldeinsatzes bedeuten. Die Entscheidung dieser schwierigen Frage dürfte davon abhängen, ob der Unternehmer annehmen konnte, daß das betreffende Wirtschaftsgut dem Betrieb nutzen würde. "War das offensichtlich nicht der Fall, so kann auch die Nachverrechnung derartiger Posten nicht zugelassen werden." (2)

Hinsichtlich der Passivierungsfähigkeit bzw. Passivierungspflicht sei abschließend noch festgestellt, daß betriebswirtschaftlich, handelsrechtlich und steuerrechtlich gesehen, sowohl die Einlage des Unternehmers als auch alle übrigen Einlagen (der Gläubiger) zu passivieren sind. Vom Standpunkt des Betriebes aus handelt es sich hier in steuerlicher Sicht in beiden Fällen um eine "künftige Ausgabe des Betriebes".

(1) Gnam, "Lehr- und Handbuch der Betriebsprüfung", Nürnberg 1950, S. 73

(2) Gnam, a.a.O., S. 74

b) Die Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht
immaterieller Gegenstände in der GB

Im vorangegangenen Abschnitt war von materiellen Vermögensgegenständen die Rede; es werden jedoch bei der Sachgründung auch immaterielle Gegenstände als Einlage oder Übernahme in Betracht kommen. In erster Linie dürften Beteiligungen, Konzessionen, Patente, Lizenzen, Marken- und ähnliche Rechte (1) eine Rolle spielen. Es erhebt sich nun die Frage, welche immateriellen Gegenstände überhaupt in die GB aufgenommen werden können.

Die Beantwortung dieser Frage bringt für die GB gegenüber den für die Bilanz im allgemeinen aufgestellten Grundsätzen und Regelungen nichts Neues. Wirtschaftlich gesehen liegt die Voraussetzung für die Bilanzierung dieser immateriellen Werte darin, "daß es sich nicht um sich wiederholende Abgaben, sondern um Vorausleistungen für mehrere Jahre handelt, und daß aus ihnen nicht nur vermutete, sondern auch tatsächliche Nutzungen fließen, die es rechtfertigen, zukünftige Jahre mit den Kosten anteilig zu belasten". (2) Nach der Entscheidung des RFH vom 21.10.1931 - RStBl 1932, S. 305 kann nur in solchen Fällen eine Aktivierungsfähigkeit und Aktivierungspflicht in steuerlicher Hinsicht angenommen werden, in denen es sich um ein Gut handelt, "das bei der Veräußerung des ganzen Betriebes sozusagen greifbar ist, d.h., als Einzelheit ins Gewicht fällt, oder um etwas, das dem betrieblichen Zweck für die Zukunft zugute kommt, sich aber nicht so ins Allgemeine verflüchtigt, daß es nur als Steigerung des Goodwill des ganzen Unternehmens in Erscheinung tritt".

Unter den immateriellen Vermögensgegenständen ist in der GB vor allem ein Posten interessant, der von Schmalenbach (3) klar herausgestellt wurde. Schmalenbach schildert zunächst die bei der Neugründung anfallenden Anlagekosten, sowie die Kosten für das erste Material; er schreibt dann weiter: "Neben dieser Bereitstellung der sachlichen Gegen-

(1) vgl. § 131, A II, 5-7 AktG

(2) Schmalenbach, E. "Dynamische Bilanz", 8. Aufl. 1947, S. 105

(3) Schmalenbach, E. a.a.O., S. 102

stände sind aber auch andere Dinge nötig. Mit Angestellten wird verhandelt, einige werden eingestellt, Arbeiter werden angenommen und eingeschult, die Kundschaft wird besucht, Lieferanten werden gewonnen. Die Ausgaben dafür sind Organisationskosten. Es läge an sich Grund dafür vor, sie ebenfalls zu aktivieren; denn diese Dinge sind ebenso nötig wie die Maschinen. Aber sie lassen sich nicht richtig erfassen. Kunden besucht man das erste Mal mit besonders gründlicher Vorbereitung, aber man besucht sie später immer wieder. Man kann die Kosten des Kundenbesuches nicht in erstmalige und laufende teilen. Angestellte und Arbeiter stellt man nicht nur bei Ingangbringung des Betriebes ein, man hat damit dauernd zu tun. Der lebende Betrieb ist überhaupt nicht mit einem Male fertig; er lebt sich langsam und allmählich in den erstrebten Zustand ein; oft gehören Jahre dazu."

Die schwierige Erfäßbarkeit und schwierige Nachprüfbarkeit und Kontrolle dieser "Kosten der lebenden Organisation des Betriebes" lassen es also angebracht erscheinen, von einer Aktivierung abzu-
sehen. Sie führen dazu, diesen ganzen Posten als Unkosten zu verbuchen. Daher waren nach Schmalenbach "auch die Gesetzgeber des Aktienrechts gut beraten, als sie die Aktivierung der Organisation kosten verboten". (1)

Ein anderes Kapitel stellt das von Schmalenbach (2) dargestellte Goodwill Nr. 2 dar, also der sogenannte Kapitalisierungsmehrwert, auf den weiter unten noch einzugehen sein wird. Dieser ist etwas anderes als der Wert der aufgebauten Organisation. Selbst wenn man die Kosten der "Organisation" den sonstigen Aktiven hinzufügen würde, käme man trotzdem nicht auf den Kapitalisierungsmehrwert. "Die Kosten des Organisationsaufbaues stecken oft darin, wenn sie nicht besonders aktiviert sind, aber Goodwill und Organisationskosten sind trotzdem zwei in ihrem Wesen verschiedene Begriffe."

(1) vgl. § 133, Ziff.4, S.1 AktG

(2) Schmalenbach, E. a.a.O., S.103

In der Handelsbilanz kann nach § 133 Ziff.5, S.2 AktG der sogenannte derivative Geschäftswert aktiviert werden. Für das Steuerrecht liegt kein Grund vor, anders zu verfahren; wenn die Aktivierung nach Handelsrecht zulässig ist, kann sie entsprechend dem Prinzip der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz für diese nicht unzulässig sein. Die nach Handelsrecht zugelassene angemessene Abschreibung dieses Postens macht das Steuerrecht jedoch nicht mit.

Mit welchem Wertansatz die einzelnen Posten in der GB einzusetzen sind, soll nun im folgenden Teil dieser Ausführungen dargelegt werden. Dabei sollen insbesondere die Vorgänge bei der AG im Vordergrund stehen, da die Verhältnisse der AG hinsichtlich ihrer Kompliziertheit die der übrigen Unternehmungsformen übertreffen. Wie beim Jahresabschluß können auch die für die GB der Aktiengesellschaft gefundenen Ergebnisse und Regelungen grundsätzlich auch für die übrigen Unternehmungsformen entsprechende Anwendung finden. Bei der Aktiengesellschaft unterscheiden wir bekanntlich die Form der Bar-, Sach- und Übernahmegründung und demgemäß müssen auch verschiedene Formen von Gründungsbilanzen unterschieden werden.

II. Die Bewertung bei der Bargründung

Bei der Form der Bargründung kann von einem Bewertungsproblem bei Erstellung der GB grundsätzlich nicht die Rede sein, da die Gründer lediglich bare Mittel einlegen. Der Anfang besteht ausschließlich aus Geldkapital, aus "Geldsummen, die für den Kauf von Produktionsgütern und Dienstleistungen zur Verfügung stehen" (Machlup). Das Geld als allgemeines Wertausdrucksmittel und Wertmaßstab für spezielle Güter stellt für sich selbst keine Bewertungsfrage. "Als Rechnungseinheit unterscheidet sich das Geld dadurch von den Gütern, daß sein Preis sich nicht ändert, daß er immer

gleichbleibt, während doch die Güterpreise schwanken, wenn sich die Marktlage ändert. Preisstarrheit ist deshalb eine charakteristische Eigenschaft des Geldes". (1) Die Anschaffung des Betriebsvermögens ist bei der Bargründung Gegenstand der Buchführung nach der Gründung. (2)

Das trifft, so uneingeschränkt, jedoch lediglich für die Aktivseite der GB zu. Da die Gründer nur Bargeld und/oder bargeldgleiche Mittel einzahlen, würden bei der reinsten Form der Bargründung auf der Aktivseite lediglich Barbestände (Kasse, Postscheck-, Bankguthaben) einzusetzen sein. Bei der Aktiengesellschaft dürfte überdies regelmäßig der Posten "ausstehende Einlagen auf das Grundkapital" in der GB erscheinen, da bei der Anmeldung die Einzahlung eines Viertels des Nennbetrages auf jede Aktie und des eventuellen Agios ausreicht. Ebenso wäre bei der GmbH ein Posten als Korrektur für das noch nicht eingezahlte Stammkapital einzusetzen sein. (3) Ein Abzug des noch nicht eingezahlten Betrages vom statutarisch festgelegten Grund- bzw. Stammkapital würde den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung zuwiderlaufen, da dadurch das Prinzip der Bilanzklarheit verletzt werden würde. Das statutarisch festgelegte Eigenkapital muß also auf jeden Fall in der GB in seiner vollen Höhe ausgewiesen werden, ungeachtet der mit diesem Verfahren verknüpften Nachteile und Unkorrektheiten.

Bei den Posten auf der Passivseite der GB sind gewisse Bewertungsregeln erforderlich, sodaß also bei der GB diese Seite in bewertungsmäßiger Hinsicht bei der Bargründung interessanter ist als die Aktivseite. Einzusetzen sind die Posten Eigenkapital und die der verschiedenen Arten von Verbindlichkeiten. Erfolgt die Aktienaussgabe über pari, so ist das Aufgeld auf der Passivseite der GB als gesetzliche Rücklage einzusetzen.

§ 133, Ziff.6 AktG bestimmt für die Jahresbilanz, daß Anleihen der Gesellschaft mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter die passiven Posten aufzunehmen sind. Der über den Ausgabebetrag hinausgehende Teil des

(1) Halm, "Geld, Außenhandel und Beschäftigung", 2.Aufl.1954, S.16

(2) vgl. Leitner, F. "Bilanztechnik und Bilanzkritik", 3.Aufl., Berlin und Leipzig, 1919, S.327

(3) vgl. § 7, 2 GmbHG

Rückzahlungsbetrages kann, jedoch nur gesondert, unter die Aktivposten, die der Rechnungsabgrenzung dienen, aufgenommen werden; der eingesetzte Betrag ist durch jährliche Abschreibungen oder Wertberichtigungen zu tilgen, die auf die gesamte Laufzeit der Anleihen verteilt werden.

Diese zunächst nur für den Jahresabschluß geltenden gesetzlichen Vorschriften können auch für die GB Anwendung finden, da sie einen allgemeinen Bilanzierungsgrundsatz darstellen und mit Wesen und Zweck der GB im Einklang stehen. Entsprechend wären auch die übrigen Schulden grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag anzusetzen.

An dieser Stelle sei zunächst auf den Tatbestand hingewiesen, daß Schulden in der GB sich nur förmlich, aber nicht sachlich im Erfolg auswirken können, da es sich bei der GB um den Geldeinsatz zu Beginn des Betriebes handelt. Ein unterschiedlicher Wertansatz der Verbindlichkeiten verändert in der Vermögensbilanz das dem Unternehmer zurechenbare Vermögen und damit die Grundlage der nach dem Vermögen berechneten Steuern. Im übrigen aber wirkt sich eine in der GB eingesetzte Schuld in der Regel im Erfolg nicht aus, es sei denn, die Höhe der Schuld ändert sich in den folgenden Erfolgsperioden. Ferner mindern natürlich die Schuldzinsen den Gewinn der folgenden Erfolgsabschnitte. Im Wesen der Zukunftswirkung der GB aber liegt es, daß Verbindlichkeiten in der GB lediglich den Geldeinsatz des Unternehmers für die Zwecke zukünftiger Erfolgsermittlung richtigstellen.

Nach § 6 Ziff.3 EStG sind Verbindlichkeiten unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des § 6, Ziff.2 EStG anzusetzen. Das bedeutet, daß die Schulden mit dem sogenannten Verfügungsbetrag, mit dem dem Schuldner zugeflossenen Betrag oder mit dem höheren Teilwert zu bewerten sind. Liegt der Verfügungsbetrag unter dem zurückzahlenden Nennbetrag, so ist der Verfügungsbetrag anzusetzen. Der Unterschiedsbetrag, das sogenannte Disagio oder Damnum, ist entsprechend der Laufzeit des Darlehens nach und nach zu passivieren und in der Aufwandsrechnung entsprechend zu verteilen.

Beispiel: (1)

Nennbetrag der Darlehensschuld	DM 20.000,--
Verfügungsbetrag	DM 19.000,--
Unterschiedsbetrag (Disagio)	DM 1.000,--
Laufzeit des Darlehens : 10 Jahre	

Zu passivieren sind DM 19.000,--. Daneben ist ein Abgeldkonto zu bilden. Am Ende des ersten Jahres sind DM 100,-- anzusetzen und fortlaufend um jährlich DM 100,-- zu erhöhen, bis am Ende der Laufzeit des Darlehens das Disagio von DM 1.000,-- abgedeckt ist. Im übrigen stellt der Ansatz des Fremdeinsatzes in der GB keine besonderen Probleme.

Bewertungsfragen können bei der Bargründung in vollem Umfang insofern auftreten, als bei Teilzahlungen auf das Grundkapital die noch ausstehenden Einlagen schon im Zeitpunkt der Gründung bzw. Bilanzaufstellung dubios werden. Einem solchen Umstand müßte durch eine entsprechende Wertberichtigung auf der Passivseite Rechnung getragen werden.

III. Die Bewertung bei der Sachgründung

Eine Sachgründung liegt vor, wenn die Gründer Sachvermögen einbringen, dessen Gegenwert "dem zu übernehmenden Betrag des Grundkapitals angerechnet wird". Als Sacheinlage kommt jedes materielle und immaterielle Wirtschaftsgut in Betracht, das betrieblichen Zwecken zu dienen imstande ist. Es entsteht nun die Frage, wie die Sacheinlagen zu bewerten sind.

Die hier im Gegensatz zur Bargründung existente Bewertungsfrage ist im Handelsrecht nicht näher geregelt. Wie später darzulegen sein wird, ist unmittelbar nur § 40 HGB heranzuziehen; im Steuerrecht finden sich im § 6, Ziff.6 EStG eigens für die GB geltende Bewertungsvorschriften.

(1) vgl. Germann-Meuschel, "Einkommensteuer", Stuttgart 1955, S.92

Das Fehlen nur für die GB geltender Bewertungsvorschriften im Handelsrecht macht es erforderlich, geeignete Bewertungsgrundlagen für die GB zu ermitteln. Diese Notwendigkeit wird umso eindringlicher, wenn die Tatsache Berücksichtigung findet, daß unter bilanzpolitischen Aspekten die Wertansätze in der GB infolge des Prinzips der materiellen Bilanzkontinuität von größter Bedeutung sind. In den Begriff der Bilanzpolitik ist der allgemeinen Auffassung folgend nicht nur die materielle, sondern auch die formelle Seite der GB einzubeziehen. "Bilanzpolitik ist die bewußte praktische Gestaltung von Jahresabschlüssen bzw. außerordentlichen Bilanzen oder von Geschäftsberichten in Ausnutzung der Freiheiten, die Gesetzgebung und allgemeingültige Bilanzierungsgrundsätze gewähren. Die Bilanzpolitik betrifft die genannten Rechenschaftsberichte nicht nur in ihren Grundlagen, sondern auch durch Einzelmaßnahmen in materieller und/oder formeller Art zwecks Erreichung individuell gesetzter Ziele bei Vorlage und Veröffentlichung externer Bilanzen." (1) Von größerer Bedeutung in bilanzpolitischer Hinsicht dürfte jedoch die materielle Seite der GB sein, insbesondere bei kapitalintensiven Betrieben, da die formelle Seite der GB wegen der relativ geringen Anzahl von Bilanzposten in der Regel zurücktreten wird. Natürlich müssen Gliederung, Ausführlichkeit, Bezeichnung der Bilanzposten in der GB usw. gebührend berücksichtigt werden.

Während nun für die Jahresbilanz vom Gesetzgeber ausführliche Bewertungsvorschriften aufgestellt worden sind, besteht für die Wertansätze in der GB zunächst lediglich die Vorschrift des § 40 HGB, nach der sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden mit dem Wert anzusetzen sind, der ihnen in dem Zeitpunkt beizulegen ist, für welchen die Aufstellung stattfindet. Die Anwendbarkeit des § 40 HGB auch für die GB kann über Wesen und Zweck der GB hergeleitet werden. Nach Leitner ist die GB eine statische Vermögensbilanz, die in Verbindung mit der ersten Schlußbilanz die Erfolgsermittlung ermöglicht. Ihre Aufstellung hat daher nach den Vorschriften des § 40 HGB sowie nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung gemäß § 38 I HGB zu erfolgen.

(1) Kofahl-Pahmer, "Praktische Bilanzgestaltung" in Die Wirtschaftsprüfung, 3. Jhrg. S. 541

(2) Leitner, F. "Bilanztechnik und Bilanzkritik" 1930, S. 406

Ein zweiter von Rehm (1) zitierter Weg zur Anwendung des § 40 HGB auch auf die GB kann dann gefunden werden, wenn ganz allgemein im § 40 HGB die Bewertungsvorschriften für die in § 39 HGB erwähnten Bilanzen gesehen wird. Zu diesen gehört auch die GB. (2)

Wie schon wiederholt dargelegt wurde, ist mit der Bewertungsvorschrift des § 40 HGB kein bestimmter Wert gemeint. Es ist vielmehr der Wert anzusetzen, der sich aus dem jeweiligen Bilanzzweck ergibt.

Schmalenbach (3) schreibt hierzu: "Der Wert im Sinne des allgemeinen Bilanzrechts ist kein eindeutiger, sondern ein mehrdeutiger. Das bedeutet, daß auch der Wert in der Bilanz bestimmt wird durch den Zweck der Bilanz; und wenn der gesetzliche Zweck der Bilanz eine richtige Erfolgsrechnung ist, so muß der Wert so angesetzt werden, daß eine richtige Erfolgsrechnung herauskommt." Der im zweiten Teil dieses Satzes zum Ausdruck gebrachte Standpunkt ist der sogenannten dynamischen Bilanztheorie zu eigen, und wurde auch vom Gesetzgeber in die Bewertungsvorschriften des Aktiengesetzes übernommen. "Die Wertbegriffe des § 133 AktG gelten grundsätzlich für die Jahresbilanzen als Gewinnermittlungsbilanzen, die dazu bestimmt sind, die in den Bilanzperioden erzielten Gewinne gegenüber dem Kapital abzugrenzen und etwaige Kapitalverluste in Erscheinung treten zu lassen." (4)

Die Frage, ob die für die Jahresbilanz geltenden Vorschriften des § 133 AktG auch für die GB Anwendung finden können, ist grundsätzlich zu bejahen. Nach § 40 HGB ist für den Wertansatz in der Bilanz der Bewertungszweck maßgebend, wie er sich aus dem Bilanzzweck ergibt. Der Zweck der GB liegt nun, wie schon wiederholt dargelegt wurde, in der Schaffung einer Vermögensübersicht unter Berücksichtigung der primären erfolgsermittelnden Aufgabe der folgenden Jahresbilanzen.

(1) Rehm, "Bilanzen", 1937, S.361

(2) vgl. Simon, "Die Gründungsbilanz und die Gründungsprüfung bei der Aktiengesellschaft" in Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 1949, S.100

(3) Schmalenbach, E. "Dynamische Bilanz", 8.Aufl., Köln 1947, S.213

(4) vgl. Adler-Düring-Schmaltz, a.a.O., S.321

Sie dient letzten Endes denselben Zwecken wie die Jahresbilanz, nur mit dem Unterschied, daß die Gewichte der Zwecksetzungen beider Bilanzen nicht völlig übereinstimmen, da bei der GB der statische, bei der Jahresbilanz der dynamische Gesichtspunkt im Vordergrund steht. Wenn aber die GB als Ausgangspunkt für alle folgenden Jahresbilanzen vor allem in materieller Hinsicht dienen soll und ihre Verwandtschaft mit der Jahresbilanz sehr ausgeprägt ist, muß sie sich zugleich auch die Bewertungsprinzipien und Bilanzierungsgrundsätze der Jahresbilanz, d.h. insbesondere die des § 133 AktG zu eigen machen.

Bei der Jahresbilanz müssen bei Anwendung des § 133 AktG stets auch die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung herangezogen werden, weil jede Bewertung immer subjektiv ist, so daß es stets im Ermessen des Bewerter liegt, die richtigen Wertansätze zu finden. Das gilt im verstärkten Maße für die GB, bei der die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung auf die grundsätzliche Anwendbarkeit der Vorschriften des § 133 AktG überhaupt geführt haben. Sie müssen dann stets auch bei der Anwendung dieser Vorschriften im einzelnen Ausgangspunkt und Richtschnur sein.

a) Grundsätzliches zum Bewertungsproblem : Niedriger oder hoher Wertansatz ?

Das Problem "niedriger oder hoher Wertansatz" ist bei Erstellung der GB die grundlegende Frage in materieller Hinsicht. Seine Bedeutung ergibt sich hier

aus der Tatsache, daß die Wertansätze in der GB für die folgenden Bilanzen infolge des Grundsatzes der materiellen Bilanzkontinuität als in der Regel unveränderliche Grundlagen anzusehen sind;

aus der Unübersichtlichkeit und Ungewißheit der Entwicklung der Marktverhältnisse und der inneren Entwicklung der neuen Unternehmung. Wirtschaftlichkeit und Rentabilität können ganz

anders verlaufen, als ursprünglich selbst auf Grund sorgsamster Schätzung und Planung zu erwarten war;

aus dem relativ großen Spielraum der Wertansätze bei der GB; für die Jahresbilanz besteht zwar auch zwischen niedrigstem Wertansatz, gegeben durch die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, und dem höchsten Wertansatz, gegeben durch die vom Markt objektivierten Anschaffungskosten, ein genügender Spielraum für die Betätigung des freien Ermessens. Die Möglichkeit eines höheren Wertansatzes und damit eines größeren Spielraums resultiert bei der GB aus dem Tatbestand, daß die Höhe der von den Gründern in der Satzung, im Gesellschaftsvertrag oder - beim Einzelkaufmann - ohne vertragliche Bindung festgelegten Gegenwerte die Anschaffungswerte für die bei der Gründung eingebrachten oder übernommenen Sachgegenstände darstellt. Wollte man diese Anschaffungswerte als O b e r g r e n z e des Wertansatzes in der GB, analog § 133 AktG, ansehen, so würde es sich mehr oder weniger nur um eine scheinbare Grenze handeln; wo es im Ermessen des handelnden Wirtschaftssubjektes liegt, sich gewissen Regeln zu unterwerfen, kann von einer eigentlichen Begrenzung des freien Ermessens nicht gut die Rede sein.

Diese drei Faktoren, der Gesichtspunkt der materiellen Kontinuität, der Ungewißheit der Entwicklung und der Elastizität des Wertansatzes nach oben, sind als drei in der Regel g l e i c h z e i t i g vorhandene Faktoren anzusehen. Die Frage des niedrigen oder hohen Wertansatzes, die auch bei den übrigen Sonderbilanzen zum Teil vorhanden ist, hat in letzter Zeit im Zusammenhang mit dem § 18 DMBG, insbesondere im Hinblick auf die Bewertung des beweglichen Anlagevermögens, eine eingehendere Diskussion erfahren, die zur gründlicheren Erkenntnis des Problems führte. Es trat noch der Gesichtspunkt des stark ins Gewicht fallenden Lastenausgleichs hinzu, der die Klärung des Problems schwieriger gestaltete. Die GB im allgemeinen hat also im Vergleich zur DM-Eröffnungsbilanz einfachere Verhältnisse.

The distribution of *C. capitata* Roxb. is confined to temperate W. Himalayas between 2000–3500 m. In Kashmir, it is found in abundance in Ladakh, whereas the author did not observe it in Kumaon. Normally, the host is a member of *Labiatae*.

Flowering takes place in July. Somatic chromosome number was counted as 20 from the mitotic stages of the tapetal cells of the immature anthers (Fig. 29). Chromosome size was medium. Five pairs possessed a median centromere and the other five pairs, a submedian centromere. (Fig. 30).

C. planiflora Tenore is spread out commonly in subtropical W. Himalayas between plain level to 2000 m, from Punjab to Kashmir Hills. Flowering takes place in July. Gametic chromosome number was determined as $n = 7$ at MI of meiosis (Fig. 26). Somatic chromosomes were studied from the dividing nuclei of (fig. 27) tapetal tissue. Chromosome size was medium. Three pairs of the complement possessed a median centromere, 3 pairs a submedian centromere and one pair a subterminal centromere (Fig. 28).

For comparison, we have also studied some samples of *Cuscuta* species from Europe.

Cuscuta europaea L. is largely distributed in Europe and Asia, but very uncommon in Himalayas. One plant cultivated at the Neuchâtel Botanical Garden on *Urtica dioeca* revealed somatic chromosome number 14 (Fig. 32) and gametic number 7. Chromosomes are medium-sized. Somatic complement always consists of one pair of chromosomes with median centromere, five pairs with submedian centromere, and one pair with subterminal centromere, the last pair with one satellite. One pair of the complement is comparatively larger in size (Fig. 32A). The largest chromosome is $4,5 \mu$ while the shortest one measures 2μ .

One specimen has been found at 2800 m in W. Himalayas showing an extreme gigantism in morphology. This plant was not unlike *Cuscuta europaea* but the picture of chromosomes was very different; at diakinesis, there were 31 bivalents and the chromosomes were very large. After an examination of the plants of *Cuscuta europaea* from Europe, we have some doubts upon the identity of the Himalayan plant and we think that it might belong to another species. Therefore, we have temporarily designed this plant as *Cuscuta spec.*

C. epithymum (L.) Murray is growing in the Neuchâtel Botanical Garden on *Silene ciliata*. It has chromosome numbers $n = 7$ and $2n = 14$ (Fig. 31). The chromosomes are medium-sized. As observed in *C. europaea*, one pair of chromosomes was large. Somatic complement consisted of one pair of chromosomes (Fig. 31A) with median centromere and five pairs of chromosomes with submedian centromere. The largest pair measured $3,1 \mu$ while the shortest pair measured $1,1 \mu$. *C. epithymum*, unlike other species of the genus, exhibited extensive morphological variation, leading to a number of taxonomical varieties.

The specimen of *C. alba* Presl. collected at Gourdon, in the Maritime Alps in France possessed somatic chromosome number 30. The chromosome size was comparatively large. Like *C. europaea* and *C. epithymum*, one pair of the complement was comparatively large. *Thymus vulgaris* was the host of this species.

The seed collection of *C. lupuliformis* Krock. from Poznan revealed, on germination, 28 chromosomes in the dividing cells of the root tips. The size of the chromosomes was large. Five pairs of the chromosomes had a median centromere and the remaining

nine pairs a submedian centromere. The longest pair was $4,8\ \mu$ while the shortest pair measured $3,4\ \mu$. Thus, the size of the chromosomes in the complement was more or less equal.

The present chromosome counts of *Cuscuta chinensis* ($n = 8$), *C. capitata* ($2n = 20$), *C. planiflora* ($n = 7$) from W. Himalayas, and *C. alba* ($2n = 30$) from Europe are new reports. The chromosome numbers of *C. epithymum* ($2n = 14$), *C. europaea* ($2n = 14$) and *C. lupuliformis* ($2n = 18$) agree with the earlier observations (Bolkhovskikh, *et al.*, 1969). The plant from Himalayas related to *C. europaea* and designed as *C. spec.* is perhaps an intraspecific chromosome race of *C. europaea* with $n = 31$ and $2n = 62$. The meiosis with normal bivalents and 100% pollen fertility indicates allopolyploid features of the chromosome race. This chromosome race might have evolved as a multiple of the base number $x = 7$, and undergone an aneuploid alteration of a few chromosomes at higher ploidy level, or might have been produced by amphidiploidy between a taxon with $n = 15$ and another with $n = 16$.

The most interesting cytological observation is that of *C. reflexa* from Himalayas. Three populations collected from three different localities possessed gametic chromosome numbers of $n = 14$, 15 and 16, respectively, without distinct differences in the morphology of the plants. The past reports of somatic chromosome numbers 42 and 28 in *C. reflexa* by Sharma and Chatterji (1957) and Finn (1937) add further proof to the fact that *C. reflexa* is in the active state of evolution, revealing extensive intraspecific chromosomal variation. But, curiously enough, the observation of normal meiosis with regular bivalent formation in all the cases differs from the observation of irregular meiosis by Sharma *et al.* who, on that basis, assigned an autopolyploid type of evolution to *C. reflexa* because of the presence of multivalents in the polyploid taxon.

Since the lowest gametic chromosome number found in the genus is 7 in many species, it seems certain that $x = 7$ is one of the basic chromosome numbers of the genus. But the current observation of gametic numbers 8 and 10 probably gives an indication of the existence of a series of basic chromosome numbers in *Cuscuta*. As for the gametic numbers 15 and 30, they are probably coming up through amphidiploidy from ancestors with $n = 7$ and $n = 8$, respectively. The basic numbers 7 and 8 do exist in both the subgenera *Grammica* and *Monogyna*. In the subgenus *Cuscuta*, the gametic number $n = 15$ in *C. alba* proves that the number $x = 8$ is also existing beside $x = 7$ and $x = 10$. Thus, the three mentioned subgenera seem to have undergone a separate evolution starting from a common stock of species (Fig. 33).

The karyotypic analysis of seven species of *Cuscuta* (*C. reflexa*, *C. europaea*, *C. lupuliformis*, *C. epithymum*, *C. capitata*, *C. planiflora* and *C. chinensis*) supplies other informations about the evolutionary process at work and the trends which evolution has taken in this genus.

Somatic complements of *C. capitata*, *C. chinensis*, *C. epithymum* and *C. lupuliformis* possess only chromosomes with median and submedian centromeres and hence, the karyotype is symmetrical in nature, while *C. europaea* and *C. reflexa* possess chromosomes with median, submedian and subterminal centromeres showing a tendency towards gradual asymmetry and subsequent higher status of evolution. But the presence of only one subterminal chromosome pair out of 15 pairs of *C. reflexa*, five pairs of subterminal chromosomes out of 31 pairs of

matisch nachverrechnet werden, und ganz gleich, ob sie tatsächlich einmal Ausgaben waren oder nur Werte darstellen." (1)

Ob nun aber in einem zu hohen Wertansatz in jedem Fall ein Nachteil für die Unternehmung liegen muß, ist jedoch eine andere Frage. Gewiß, die "Optik" ist nicht gut und der Kapitalmarkt wird möglicherweise nicht sehr zugänglich sein. Andererseits können aber hohe Bilanzansätze als ausgezeichnete Quelle der Selbstfinanzierung angesehen werden. Dieser Gesichtspunkt der Selbstfinanzierung dürfte gerade bei jungen Unternehmungen in der Regel von größter Bedeutung sein, da eine Verringerung des zu Beginn der Unternehmung zumeist sehr hohen und zugleich teuren Fremdkapitals möglichst rasch erforderlich sein dürfte. Durch die hohen Abschreibungen wird in der Erfolgsrechnung der verteilbare Gewinn niedrig ausgewiesen, in Wirklichkeit stellen die hohen Abschreibungen jedoch zum Teil ebenfalls (verdeckten) Gewinn dar. Unter dem Gesichtspunkt der Ersatzbeschaffung ist eine solche Situation sehr günstig. Die für den ausgewiesenen Gewinn anfallenden Ertragssteuern sind entsprechend gering. Die Ersparnis an Ertragssteuern dürfte die entsprechend höhere Belastung durch die Vermögenssteuern in der Regel leicht aufwiegen. Infolge der sich ergebenden Gesamtersparnis an Einkommen- bzw. Körperschaftssteuer sowie an Gewerbeertragssteuer bleiben Mittel in der Unternehmung, die andernfalls ans Finanzamt hätten abgeführt werden müssen. Dieser Umstand dürfte bei jungen Betriebswirtschaften für die Liquidität von größter Bedeutung sein, da das Liquiditätsproblem bei ihnen infolge des erst langsam in Fluß kommenden Kapitalumschlags eines der heikelsten Dinge sein dürfte.

Niedrige Wertansätze in der GB belasten umgekehrt die Erfolgsrechnung künftiger Perioden entsprechend weniger. Der ausgewiesene Gewinn ist größer. Damit dürften auch die an diese bessere "Optik" anknüpfenden Folgen des leichteren Kapitalzuflusses vorhanden sein, zumal die Existenz von Merkposten auf manchen Gläubiger beruhigender wirken und manchen Geldgeber geneigter stimmen dürfte. (2) Im Endergebnis ist jedoch nichts gewonnen, unter Umständen vielmehr alles verloren.

(1) Gnam, "Lehr- und Handbuch der Betriebsprüfung" Nürnberg, 1950, S. 80

(2) Fettel, "Die stillen Reserven und ihre praktische Bedeutung" in Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 1949, S. 736

Denn der ausgewiesene Gewinn ist nur ein manipulierter, ein Scheingewinn. Kommt er zur Verteilung, so findet in Wirklichkeit eine Kapitalrückzahlung ohne entsprechende nominelle Verkleinerung des Unternehmungskapitals statt. Da Vermögenssubstanz verteilt wird, fehlen dann die Mittel für die Ersatzbeschaffung. Selbst wenn der ausgeschüttete Gewinn von seinen Empfängern in voller Höhe wieder reinvestiert wird, ist doch ein Substanzverzehr eingetreten. Der ausgewiesene und versteuerte Gewinn, der bei den Körperschaftsteuerepflichtigen Unternehmungen bei Ausschüttung an die Gesellschafter bei diesen nochmals versteuert wird, wird dem Finanzamt zugeführt und ist damit mit einem hohen Betrag für die Unternehmung verloren. Der Fiskus profitiert hier also an der verschleierten Substanzausschüttung dank der Ungeschicklichkeit der Gründer, die so die unangemessen hohen Gewinne teuer bezahlen. Darüberhinaus gilt auch für die Bewertungsmanipulationen in der GB das Wort Schmalenbachs:

"Im Zweifel ist ein zu hoch berechneter Erfolg wesentlich gefährlicher als ein zu niedrig berechneter Erfolg. Der zu hoch berechnete Erfolg hat oft Investitionen zur Folge. Sie werden, wenn der Erfolg irreführend war, sich als Fehlinvestitionen erweisen; Fehlinvestitionen hinwiederum haben die Wirkung der Überkapazität und die Überkapazität wiederum ist eine der wirksamsten Ursachen für unbefriedigende Ertragnisse. Ergeben sich aus einer Überinvestierung dauernd Verluste, so ist dies, wie viele Beispiele gezeigt haben, oft die Ursache schwerer Sanierung oder des völligen Untergangs.

Ein zu niedrig berechneter Erfolg kann ebenfalls Schädigungen im Gefolge haben, insbesondere den Verzicht auf günstige Entwicklungsmöglichkeiten, aber ein solcher Verzicht hat lediglich die Folge, daß das Tempo der Entwicklung verlangsamt wird." (1)

Im Hinblick auf die künftige Rentabilitätsentwicklung ist ferner zu bedenken, daß der eingetretene Substanzverzehr ohne Verkleinerung der Kapitalbasis und der Zustrom neuer Mittel für die Ersatzbeschaffung zu einer Rentabilitätsverwässerung führen müssen. Für eine größere Kapitalbasis muß durch eine relativ kleinere Substanz ein höherer Gewinn erzielt werden.

(1) Schmalenbach, E. "Dynamische Bilanz", 8. Aufl., Köln, 1947, S. 59

An dieser Stelle dürften ferner einige Bemerkungen über den praktischen Nutzen stiller Reserven interessant sein, die ebenfalls gegen eine relativ niedrige Bewertung sprechen. So schreibt Fettel: (1) "Abgesehen davon, daß der Unternehmer nicht jedes Wirtschaftsgut veräußern kann, ohne die Existenz seines Betriebes zu gefährden - am unentbehrlichsten sind meistens die mit den größten stillen Reserven - , wird er in Krisenzeiten häufig gar nicht die Gelegenheit haben, dieses oder jenes Wirtschaftsgut zu veräußern. Natürlich kommt es hierbei sehr darauf an, um welche Güter es sich handelt, Was nützen heute die vermuteten stillen Reserven in den Waren, wenn diese selbst zu niedrigsten Preisen nicht abzusetzen sind ? Was nützen stille Reserven im Anlagevermögen, wenn die Liquidität sich verschlechtert? Es mag manche Gläubiger beruhigter und manchen Geldgeber geneigter stimmen, wenn er in der Bilanz auf DM 1,-- abgeschriebene Gebäude und Maschinen vorfindet. Uns kann diese Reservepolitik aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Zahlungsschwierigkeiten mit Hilfe von stillen Reserven nicht behoben, Umsatzrückgänge nicht aufgehalten und schleppende Zahlungseingänge nicht beschleunigt werden können. Damit haben wir die wichtigsten Auswirkungen der Krise angedeutet und festgestellt, daß hiergegen die stillen Reserven keinen Schutz bieten. Aus dieser Erkenntnis haben manche Betriebswirtschaftler die Folgerung gezogen, daß die stillen Reserven in Form von Reservegütern angelegt werden sollten. Das einzige Wirtschaftsgut, das heute den Betrieben über alle Schwierigkeiten hinweghelfen könnte, wäre das bare Geld. Es ist aber nicht anzunehmen, daß ein Betriebswirtschaftler ernsthaft daran glaubt, daß die Wirtschaft in guten Zeiten ihren Gewinn in dem nicht ertragbringenden Gelde festlegt. Überdies hätte eine solche Anlage den wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht überstanden und in Zeiten zerrütteter Währung wäre es wirklich ein sonderbares Verhalten gewesen, wenn ein Unternehmer sich ins Geld geflüchtet hätte. Es ist schon so, wie ein alter Praktiker einmal feststellte, daß stille Reserven solche genannt werden, die nicht vorhanden sind, wenn man sie braucht. Die oben beschriebene Bewertungsfreiheit ist eigentlich alles, was an praktischer Bedeutung übrig bleibt. Sie kann außerordentlich nützlich sein im Notfalle, denken wir nur an den Fall, daß bei einer AG die Frage der Über-

(1) Fettel, "Die stillen Reserven und ihre praktische Bedeutung" in Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 1949, S. 736 f.

schuldung geprüft werden soll. Es ist aber ein Trugschluß zu glauben, man könne in guten Zeiten stille Reserven legen, um in schlechten Zeiten davon zu leben. Es wird sich immer zeigen, daß die stillen Reserven sich in schlechten Zeiten vollkommen verflüchtigen. Man wäre geradezu versucht, in Ergänzung zu obigem Paradoxon zu sagen, daß stille Reserven sich immer zu Zeiten auflösen, wenn dies nicht erwünscht ist, und nicht realisiert werden können, wenn dies am notwendigsten wäre. Der Vollständigkeit halber sei noch gesagt, daß eine zeitweilige Unrealisierbarkeit der stillen Reserven nicht bedeutet, daß die stillen Reserven damit und für alle Zeiten verschwunden seien. Es ist durchaus möglich, daß die stillen Reserven mit zunehmender Besserung der Wirtschaftslage wieder entstehen und realisiert werden können."

Für die Untersuchung, wie sich niedrige Wertansätze in der GB in preispolitischer bzw. kalkulatorischer Hinsicht auswirken, sind grundsätzlich monopolisierte Märkte auszuschneiden, da auf ihnen der Monopolist durch die von ihm autonom bestimmten Angebotsmengen den Preis beherrscht und umgekehrt. Der monopolisierte Markt ist von anderen Regeln beherrscht als der Markt der freien Konkurrenz. Auf diesem wird der Unternehmer gezwungen, sich den gegebenen Marktpreisen anzupassen. Ist die Marktsituation jedoch so, daß auf jeden Fall außer der Deckung der Vollkosten auch für eine Gewinnspanne Raum bleibt, ist die Frage der hohen oder niedrigen Ausgangswerte in der GB preispolitisch zunächst irrelevant. Anders dagegen bei entgegengesetzter Marktlage. Hier kann es passieren, daß die Unternehmung ihre Vollkosten nicht hereinbringt. Ihre Preispolitik wird dann dahin zielen müssen, wenigstens einen kleinen Gewinn gegenüber den vermeidbaren Kosten zu erreichen. Die vermeidbaren Kosten können in etwa den variablen Kosten gleichgesetzt werden. Diese bilden die absolute Preisuntergrenze, auf die schlimmstenfalls für eine beschränkte Zeit hinuntergegangen werden kann. Deckt der Preis nur diese, dann steht die Unternehmung bei Fortführung der Produktion genau so da wie bei Betriebsstillegung. Die fixen Kosten müssen jedoch auf die Dauer gesehen in vollem Umfang hereingebracht werden, auch soweit es sich um die so-

nannten elastischen Kosten handelt (Abschreibungen, Eigenkapitalzins, Unternehmerlohn), auf deren Deckung durch den Preis auf eine befristete Zeit verzichtet werden kann.

Zur erforderlichen dauernden Nachprüfung der Preissituation wird die Unternehmung eine Nachkalkulation mit den wirklichen Vollkosten durchführen müssen. Nur so kann die Unternehmungspolitik stets nach den neuesten Erfordernissen ausgerichtet werden. Stellt sich nun bei dieser Nachkalkulation heraus, daß die Preise - in erster Linie dank der erforderlichen hohen kalkulatorischen Abschreibungen - eine Vollkostendeckung nicht ermöglichen, und setzt der Unternehmungszweck einen Produktionsapparat eben dieses Umfangs und in dieser Ausstattung voraus, so wird die Unternehmungsleitung auf die Dauer gesehen wohl oder übel Abhilfe schaffen müssen. Diese Abhilfe kann durch eine gründliche Reorganisation der Unternehmung herbeigeführt werden, die zu einer Änderung des Produktionsverfahrens, und damit zu einer Verkleinerung der Betriebsgröße, führen wird. Das Signal für die Änderung geben die ungedeckten Abschreibungen, die eine Regeneration des investierten Kapitals unmöglich machen. Es wäre nun betriebswirtschaftlich betrachtet unsinnig, durch eine zu niedrige Bewertung in der GB sich einen rechtzeitigen Einblick in die eigentliche Unternehmungssituation zu verbauen. Das entgegengesetzte Verfahren könnte viel besser helfen, größere Verluste durch Nichterkennen der eigentlichen Unternehmungssituation zu vermeiden. Ein hoher Wertansatz wäre demzufolge einem relativ niedrigen vorzuziehen.

Es bleibt nun abschließend noch die Frage zu beantworten, wann liegen eigentlich "zu hohe" bzw. "zu niedrige" Wertansätze vor.

Im Steuerrecht existieren konkrete Bewertungsvorschriften, auf die im folgenden Abschnitt näher einzugehen sein wird. Grundsätzlich gilt nach Steuerrecht der Anschaffungswert als Höchstwert. (1) Da handelsrechtlich § 133 AktG auch für die GB grundsätzlich herangezogen werden kann, ist auch nach Handelsrecht der Anschaffungswert als Höchstwert zu bezeichnen. Ein darüberhinaus gehender Wertansatz würde die Realisierung eines nicht erzielten Gewinnes bedeuten und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung zuwiderlaufen. Auf die mit dem Anschaffungswert

(1) vgl. § 6, Ziff. 6 EStG

wert als Höchstwert verbundene Problematik wird im folgenden Abschnitt einzugehen sein.

Hinsichtlich des "zu niedrigen" Wertansatzes wird davon auszugehen sein, daß eine beliebige Unterbewertung auch bei der GB durch die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung ausgeschaltet wird. Steuerrechtlich gesehen dürfte der kleinste Spielraum nach unten vorhanden sein, obwohl das Steuerrecht bei der GB eine weitergehende Unterbewertung als bei der Jahresbilanz zulassen dürfte; handelsrechtlich gesehen dürfte der weiteste Spielraum bestehen.

Bühler (1) zitiert ein Urteil des Reichsgerichts zur Goldmarkbilanz, nach dem es unzulässig ist, willkürliche Reserven zu bilden. Nach diesem Urteil sind zwar gewisse Reserven in der Goldmarkbilanz notwendig; auch stille Reserven werden als zulässig bezeichnet. Die Reserven sind aber nur soweit zulässig, als sie nach gewissenhafter, sorgfältiger kaufmännischer Abwägung aller Verhältnisse notwendig sind, um das Unternehmen für die nächste Zukunft lebens- und widerstandsfähig zu erhalten. Müller (2) möchte die in diesem Urteil dargelegten Grundsätze auch auf die GB beziehen. Dieser Ansicht dürfte zuzustimmen sein, da sie mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung im Einklang steht.

b) Der Anschaffungswert bzw. Teilwert

Zur klaren Erkenntnis des Bewertungsproblems bei Erstellung der GB muß auf zwei Tatbestände hingewiesen werden:

Die bei der Sachgründung eingebrachten oder übernommenen Gegenstände werden sich grundsätzlich aus zwei großen Gruppen zusammensetzen. Die eine Gruppe werden die im Hinblick auf die betrieblichen Zwecksetzungen angeschafften Wirtschaftsgüter bilden, die andere Gruppe die ursprünglich für private Zwecksetzungen angeschafften Wirtschaftsgüter. Die Grenzen zwischen diesen zwei Kategorien von Wirtschaftsgütern werden sehr flüssig sein und es dürfte schwer feststellbar sein, welches Wirtschaftsgut mehr privaten und welches mehr betrieblichen Charakter hat.

(1) Bühler, O. "Bilanz und Steuer", 1950, S.332

(2) Müller, "Zur Ermittlung des wirtschaftlichen und objektiven Wertes in Die Wirtschaftsprüfung, 3.Jhrg., S.386

Bei der Mehrzahl der bei der Gründung vorliegenden Wirtschaftsgüter kann von eigentlichen Anschaffungskosten im Sinne des § 133 AktG und § 6 EStG nur bedingt die Rede sein. Das gilt sogar für die erste Gruppe von Wirtschaftsgütern, bei denen die betriebliche Zwecksetzung mehr oder weniger schon bei ihrer Anschaffung vorlag. Durch den zwischen Anschaffung und Bilanzierung dieser Gegenstände liegenden relativ großen Zeitraum dürften die ursprünglichen, nun mehr historischen Anschaffungspreise, ihre Eignung als Anschaffungskosten für die GB betriebswirtschaftlich betrachtet nahezu restlos eingebüßt haben. Für den Betrieb kann nur der Nutzen des Wirtschaftsgutes im Rahmen des Produktionsmittelverbands maßgebend sein, niemals aber die historischen Anschaffungskosten. Der Zentralwert ist also der Gebrauchswert, der Eignungs- oder Nutzwert des betreffenden Gegenstands für den Betrieb. Der Anschaffungswert hat dagegen nur die Funktion eines Hilfswertes. Auch diese verliert er bei starken Preisschwankungen in kurzer Zeit, in Zeiten eines festen Preisgefüges auf längere Sicht.

Selbst wenn bei der Anschaffung der Wirtschaftsgüter ausschließlich betriebliche Zwecksetzungen ausschlaggebend waren, besteht doch die Gefahr, daß der betriebliche Nutzen selbst nicht genügend in Rechnung gestellt wurde. Es dürfte kaum möglich sein, einen exakten, ausschließlich von der betrieblichen Eignung her orientierten Nachfragepreis zu kalkulieren, wenn der Betrieb selbst noch gar nicht existiert. Da die technische Eignung des betreffenden Anlagegegenstandes nach seiner Eingliederung in den Produktionsmittelverband ebenso wie sein wirtschaftlicher Nutzwert zu diesem Zeitpunkt nicht feststellbar sind, dürfte oft ein Anschaffungspreis akzeptiert werden, der für den Wertverband "Betriebswirtschaft" letzten Endes nicht tragbar ist. Er ist allein dann tragbar, "wenn die zu produzierende Menge und der dafür erzielte Erlös die Abschreibung gewährleistet" (1) Die tatsächlich absetzbare Menge und der tatsächlich erzielbare Preis werden vor Betriebseröffnung nicht greifbar sein, es sei denn, die Unternehmung kann als Monopolist Mengen und Preise autonom regulieren.

(1) RÖBle, K. "Allgemeine Betriebswirtschaftslehre", 1951, S. 111

1. Die Bewertung nach Steuerrecht

Der Tatsache, daß bei Erstellung der GB in der Regel ein Preis, der als Anschaffungskosten angesehen werden kann, eigentlich nicht vorhanden ist, wird durch die Bewertungsvorschrift des § 6, Ziff. 6 EStG gebührend Rechnung getragen. Danach sind bei Eröffnung eines Betriebes oder entgeltlichem Erwerb eines Betriebes die Wirtschaftsgüter mit dem Teilwert, höchstens jedoch mit den tatsächlichen Anschaffungskosten anzusetzen. Sofern nun die anzusetzenden Anschaffungskosten von den ursprünglichen Anschaffungspreisen divergieren, kommt dies bei Anwendung der Bewertungsvorschrift des § 6, Ziff. 1 EStG zur Auswirkung. Der Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Betriebes im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde; dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber den Betrieb fortführt. Im Teilwertgedanken ist also der Gesichtspunkt der betrieblichen Zwecksetzungen des einzelnen Wirtschaftsguts enthalten. Ein Auseinanderfallen von ursprünglichem Anschaffungspreis und betrieblichem Eignungswert desselben Gegenstands würde, bei Anwendung des Teilwerts, sofort berücksichtigt werden. Liegt der Teilwert unter den tatsächlichen Anschaffungskosten, so ist jener anzusetzen. Übersteigt der Teilwert der Einzelsachwerte die tatsächlichen Anschaffungskosten, so ist jener anzusetzen. Übersteigt der Teilwert der Einzelsachwerte die tatsächlichen Anschaffungskosten des bisherigen Privatmanns, so ist davon auszugehen, daß zwar ein neues "Betriebssubjekt" zur Entstehung kommt, daß aber trotz der zum Teil vorhandenen Fiktion in der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre nach wie vor das alte "Steuersubjekt" vorliegt. Steuerrechtlich verändert die Eröffnung eines Personenunternehmens nicht die Einheit des Steuersubjekts. Im Hinblick auf diese Einheit des Steuersubjekts bleibt entweder die Möglichkeit, den Betrag zwischen höherem Teilwert und tatsächlichen Anschaffungskosten als verwirklichten Gewinn beim Privatmann anzunehmen oder den Gegenstand mit den tatsächlichen Anschaffungskosten in der GB anzusetzen.

Anders dagegen bei der Gründung einer Aktiengesellschaft. Da in diesem Fall mit der Entstehung des körperschaftsteuerlichen Gebildes ein

neues Steuersubjekt entsteht, kann der tatsächliche Anschaffungspreis als Höchstgrenze entfallen. (1) Wenn der Anschaffungstermin nicht allzu weit zurückliegt, wird jedoch der Wertansatz mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten dem Teilwert entsprechen. Die allgemein bei Anlagegütern bestehende Vermutung, daß der Teilwert den tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten entspricht, wird auch bei der GB anzuwenden sein. Soweit die Gegenstände im Hinblick auf betriebliche Zwecksetzungen angeschafft wurden, muß grundsätzlich angenommen werden, daß kein Unternehmer für einen Gegenstand mehr bezahlen wird, als er ihm wert ist. Bei Geltendmachung eines niedrigeren Teilwerts ist der Nachweis zu erbringen, daß der Kauf eine Fehlmaßnahme war. Bei Gegenständen, die ursprünglich nicht für betriebliche Zwecke angeschafft wurden, dürfte der Nachweis nicht allzu schwer zu erbringen sein. Handelt es sich um Umlaufgüter, so dürfte der Teilwert in der Regel gleich sein mit dem Marktpreis am Bilanztag. Dabei wird jedoch zu unterscheiden sein, welcher Markt in Betracht kommt. Die gleiche Ware hat im Großhandel einen anderen Wert als im Einzelhandel. Wird eine Mehrheit von bebauten und/oder unbebauten Grundstücken eingebracht, so kann der Teilwert eines Grundstücks oder Gebäudes in der Regel nur unter Berücksichtigung der Gesamtheit der Grundstücke und Gebäude des Betriebes ermittelt werden. Dabei ist der hier allerdings schwer bestimmbare Ertragswert der Gebäude und der Wert des Grund und Bodens zugrunde zu legen. Auf die allgemein bestehende technische Schwierigkeit, den Teilwert eines Wirtschaftsgutes zutreffend zu bestimmen, soll hier nicht näher eingegangen werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß infolge dieser schwierigen Bestimmbarkeit des Teilwertes Literatur und Rechtsprechung bestimmte Merkmale und Vermutungen herausgebildet haben, die auch bei Erstellung der GB als maßgeblich herangezogen werden können. Als die obere Grenze des Teilwerts werden die Wiederbeschaffungskosten, als seine untere Grenze der Einzelveräußerungspreis (Verkehrswert) anzusehen sein. (2)

(1) vgl. Aufermann, "Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre" in "Die Handelshochschule", Wiesbaden 1951, S. 126 f.

(2) vgl. Oermann-Meuschel, "Einkommensteuer" in der Buchreihe "Bilanz und Steuern", 3. Aufl., Stuttgart 1955, S. 75 f.

2. Die Bewertung nach Handelsrecht

Wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt wurde, enthält das Steuerrecht Regelungen, die den Bedürfnissen und Eigenarten der GB sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Gründungsbilanzierung durchaus gerecht werden. Das Steuerrecht bringt ja überhaupt sehr oft die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung treffend zum Ausdruck und hat diese schon oft und besonders durch Entscheidungen des obersten Finanzgerichts günstig beeinflusst. Die Steuerrechtsprechung hat viele buchhalterische und bilanzielle Auslegungsregeln geschaffen und dadurch über das eigentliche Steuerrecht hinaus neue Richtlinien für die Buchführung und Bilanzierung angeregt.

Im Handelsrecht findet sich keine unmittelbar für die Wertansätze der GB gültige Vorschrift; die entsprechende Anwendung der für den Ansatz der einzelnen Posten in der Jahresbilanz geltenden Vorschriften des § 133 AktG auch auf die GB wurde bereits über Wesen und Zweck der GB abgeleitet. Simon (1) kommt zu dem Ergebnis, daß § 133 AktG abgesehen von den subsidiär geltenden Bestimmungen der §§ 38 und 40 HGB auch für die GB anzuwenden ist, über die Tatsache des Fehlens eines Hinweises der Nichtanwendbarkeit dieser Bewertungsvorschriften auf die GB durch den Gesetzgeber. Simon geht davon aus, daß das Aktiengesetz sicherlich einen besonderen Hinweis enthalten würde, wenn die GB von den besonderen Bewertungsvorschriften der Aktiengesellschaft ausgenommen sein sollte. In Fällen, wo diese Bewertungsvorschriften nicht angewendet werden sollen, z.B. bei Liquidationsbilanzen, sei dies im Gesetz ausdrücklich bestimmt (§ 211, Abs. 3 AktG).

Für Gegenstände des Umlaufvermögens kommt also auch in der GB das sogenannte strenge Niederstwertprinzip zur Anwendung, dem entsprechend von den drei Werten Anschaffungs- oder Herstellungskosten
Börsen- oder Marktpreis am Bilanzstichtag bzw.
Tageswert

der jeweils niedrigste anzusetzen ist. Gegenstände des Anlagevermögens dürfen höchstens zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden. Es entsteht nun aber die Frage, was bei Erstellung der GB als Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Sinne des § 133 AktG anzusehen ist.

(1) Simon, a.a.O., S. 101

Für die Aktiengesellschaft bestimmt § 20, I AktG, daß bei Sacheinlagen oder Sachübernahmen in der Satzung auch der Nennbetrag der bei der Sacheinlage zu gewährenden Aktien oder die bei der Sachübernahme zu gewährende Vergütung festzulegen ist. Dieser in der Satzung festgesetzte Betrag gilt also als Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Damit wird aber ein besonders gefährlicher Tatbestand für die Wertansätze in der GB offenbar.

Die den Anschaffungswert als Höchstwert festlegende Vorschrift des § 133 AktG will eine Überbewertung zum Zwecke des Gläubigerschutzes verhindern. Dieses Ziel läßt sich bei der Jahresbilanz ohne weiteres erreichen, da in der Regel einwandfreie Unterlagen vorliegen, die die Anschaffungskosten objektiv zum Ausdruck bringen. Anders bei der GB. Hier existieren in der Regel nur mehr oder weniger subjektiv zustande gekommene Anschaffungswerte in Form der in der Satzung festgelegten Beträge. Ist der Sacheinleger an dem neuen Unternehmen stark beteiligt, so wird er in der Regel auch die Macht haben, die übrigen Gründer zu beeinflussen. Ein solcher Gründer könnte nun aber praktisch jeden Wert als Einbringungswert für seine Sacheinlagen durchsetzen und sich damit kraft eigener Machtvollkommenheit seine Anschaffungswerte selbst bilden. (1) Er könnte also einen Betrag festsetzen, der weit über dem wirtschaftlich richtigen Wert liegt, ohne daß formell § 9, I AktG dadurch verletzt würde, nach dem für einen geringeren Betrag als den Nennbetrag Aktien nicht ausgegeben werden dürfen. Tatsächlich würde jedoch eine Unterpariemiission vorliegen.

Eine Sicherung hiergegen liegt in den in § 24 ff. AktG enthaltenen Vorschriften über den Gründungsbericht und insbesondere über die Gründungsprüfung. Wie schon dargelegt wurde, liegt die eigentliche Bedeutung der Gründungsprüfung für die GB darin, daß bei Feststellung von unangemessen hohen Gegenleistungen für eingelegte oder übernommene Gegenstände das Gericht die Eintragung ablehnen kann (§ 31, II AktG). Die Gesellschaft kommt dann gar nicht zum Entstehen. Werden dagegen die gewährten Gegenleistungen als angemessen anerkannt, kommt die Aktiengesellschaft als solche mit der Eintragung ins Handelsregister zustande und gewinnen die für eingelegte oder übernommene Gegenstände gewährten Gegenleistungen ihre unmittelbare Bedeutung für die GB, da sie dann Anschaffungswerte im Sinne des Gesetzes darstellen.

(1) vgl. hierzu auch Simon, a.a.O., S. 105

Simon (1) dürfte darin zuzustimmen sein, daß die materiellen Feststellungen, die sich hieraus ergeben, der schwierigste Teil der Gründungsprüfung sind; "gerade dieser Teil aber gibt den Vorschriften des § 20 ihren vollen Wert. Der Gründungsprüfer hat sich also ein Urteil darüber zu bilden, ob bei Sacheinlagen oder -übernahmen die Gegenleistungen der Gesellschaft angemessen sind, ob der Wert der Einlagen in einem angemessenen Verhältnis zu dem Betrag der hierfür gewährten Aktien (Nominalwert und Ausgabewert) steht."

Als Grundlage für die Bewertung von unmittelbar vor der Einbringung angeschafften Gegenständen können die Lieferantenrechnungen dienen. Dabei ist davon auszugehen, daß die Anschaffungskosten die gesamten Ausgaben zur Anschaffung eines Wirtschaftsgutes umfassen. Zum Kaufpreis treten in der Regel noch weitere unmittelbar mit der Anschaffung verbundene Aufwendungen. Diese sind in den Komplex der Anschaffungskosten mit einzubeziehen. Beim Grundstückskauf ist beispielsweise auch die ganze Grunderwerbsteuer mit zu aktivieren. Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch die Fertigungsgemeinkosten. Diese sind den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen folgend sowohl im Handelsrecht als auch nach der neuen Rechtsprechung im Steuerrecht aktivierungspflichtig. Die Ermittlung der Herstellungskosten richtet sich im übrigen nach den allgemeinen für die Kostenrechnung geltenden Grundsätzen.

Die unmittelbar vor der Gründung und für die betriebliche Zwecksetzung angeschafften Wirtschaftsgüter werden jedoch in der Regel nur einen Teil der Sacheinlagen ausmachen. Den Hauptteil werden solche Gegenstände bilden, die mehr oder weniger lange Zeit vor der Einbringung und nicht unter dem Gesichtspunkt ganz bestimmter betrieblicher Zwecksetzungen angeschafft wurden. Hier muß also ein Wertmaßstab gefunden werden, der die Anschaffungskosten, mit denen die Gegenstände in der GB anzusetzen sind, richtig ermitteln läßt.

(1) Simon, a.a.O., S.111

aa) Der Verkehrswert als Maßstab

Als Wertmaßstab wird in vielen Fällen der Verkehrswert vorgeschlagen. (1) Die Voraussetzung für eine gesunde Bewertung nach dem Verkehrswert wird in der Tätigkeit eines erfahrenen und sachkundigen Schätzers gesehen, dem die besonderen branchenmäßigen und technischen Kenntnisse zu eigen sind. Es handelt sich um die Ermittlung des Preises, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Wirtschaftsgutes bei der Veräußerung, also losgelöst vom Betrieb, erzielt werden kann. Der Verkehrswert kann also dem gemeinen Wert und damit auch dem Marktwert des betreffenden Gegenstandes gleichgesetzt werden. In ihm sind alle gewöhnlichen Umstände, die den Preis beeinflussen, wie etwa eine technische Überholung, Abnutzung u. dgl., also Tatbestände, die gerade bei der Einbringung eines Wirtschaftsgutes regelmäßig vorliegen dürften, berücksichtigt. Ungewöhnliche oder persönliche Verhältnisse kommen dagegen nicht in Betracht. Wirtschaftlich gesehen - und darin liegt ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Teilwert, bei dem die betriebliche Zwecksetzung für die Bewertung des einzelnen Gegenstands den Ausgangspunkt bildet - ist beim Verkehrswert die Loslösung des einzelnen zu bewertenden Wirtschaftsgutes vom Betrieb die Grundlage für die Bewertung. Damit wird jedoch ein großer Mangel des Verkehrswerts bei seiner Anwendung auf die GB sichtbar.

Da der Verkehrswert einen Verkauf der einzelnen Gegenstände losgelöst vom Betrieb unterstellt, kann er ohne Bedenken in der Regel bei dem Wertansatz für die Posten des Umlaufvermögens in der GB verwendet werden. Bei den eingebrachten Gegenständen, die dem Anlagevermögen zuzurechnen sind, geht die Anwendung des Verkehrswerts jedoch von einer falschen Voraussetzung aus. Diese Gegenstände sollen nicht der sofortigen Verkauf, sondern in der Regel dem längeren Gebrauch dienen. Die Bewertung müßte als richtigerweise unter dem Gesichtspunkt der Eignung für den Betrieb und nicht unter dem für den Verkauf erfolgen. Bei Ver-

(1) so z.B. Hintner, O. "Praxis der Wirtschaftsprüfung", 1940, S. 25

wendung des Verkehrswerts wird in erster Linie dem Gläubigerschutz Rechnung getragen. Bei baldiger Auflösung der neuen Unternehmung dürfte dieser Gesichtspunkt angebracht sein, da der Verkehrswert dann den erzielbaren Erlös zum Ausdruck bringt. Doch von einer baldigen Auflösung kann bei der Gründung in den meisten Fällen nicht die Rede sein. Es muß daher der Gesichtspunkt der Eignung der Wirtschaftsgüter für den Betrieb bei der Bewertung im Vordergrund stehen, und nicht der Wert, den die Gegenstände draußen auf dem Markt für sich allein gesehen haben. Schon bei Erstellung der GB gilt das grundsätzliche Wort Schmalenbachs, daß von einem eigenen Wert nicht die Rede sein kann, solange die Maschinen in der Fabrik gebunden sind. (1) Wenn die Maschinen bei der Gründung auch noch nicht im technischen Sinne eingebaut sind, was dann der Errichtung vorbehalten bleibt, sind sie doch wirtschaftlich gesehen in einen Produktionsverband eingebracht, auch wenn dieser im technischen Sinne noch nicht existiert.

Aus der unterschiedlichen Blickrichtung kann nun ohne weiteres eine Diskrepanz zwischen Verkehrswert und betrieblichem Eignungswert resultieren. Überschreitet der betriebsindividuelle Eignungs- oder Nutzwert des betreffenden Gegenstands den Verkehrswert, so bedeutet dies, wenn der Verkehrswert als Maßstab zugrunde gelegt wird, die Bildung einer stillen Rücklage in der GB. Bedenklich wird es jedoch, wenn der betriebliche Nutzwert unter dem Verkehrswert liegt. In diesem Fall führt die Anwendung des Verkehrswerts als Maßstab zu einer Überbewertung; die Amortisierbarkeit der Anlagegüter ist dann gefährdet.

Andererseits bringt die Verwendung des Verkehrswerts als Maßstab auch einen gewissen Vorteil für die Unternehmungsführung. Stellt sich nämlich heraus, daß die Summe der Verkehrswerte der eingebrachten und/oder noch zu beschaffenden Vermögensgegenstände dem bei der Gründung zugrunde gelegten Gesamtwert der Unternehmung gleich ist oder diesen sogar übersteigt, weil vor allem infolge verschlechterter Absatzverhältnisse die zu erwartende Gesamtrentabilität des Unternehmens geringer sein wird, als ursprünglich angenommen werden konnte, könnte der Verkehrswert ein wichtiges Kontrollinstrument darstellen und das rechtzeitige Signal zur Umdisposition geben. Es wäre unwirt-

(1) Schmalenbach, E. "Dynamische Bilanz", 8.Aufl. 1947, S.10

schaftlich, in diesem Fall mit den betrieblichen Vermögensgegenständen die ursprünglich beabsichtigte wirtschaftliche Tätigkeit aufzunehmen. Der tatsächliche betriebliche Eignungswert der Wirtschaftsgüter wäre gleich dem Verkehrswert oder könnte allenfalls nur darunter liegen. Selbst in solchen Fällen, in denen Gleichheit zwischen Verkehrswert sämtlicher Wirtschaftsgüter, Soll-Gesamtwert der Unternehmung und effektivem Eignungswert sämtlicher Wirtschaftsgüter besteht, dürfte die Aufnahme der Produktion bereits mit Unwirtschaftlichkeit verknüpft sein. Ein Verkauf der einzelnen Vermögensgegenstände würde in der Regel den in der Unternehmung investierten Gesamtwert erhalten, während die Aufnahme der Produktion regelmäßig Verluste mit sich bringen dürfte. Die Dynamik der Wirtschaft wird freilich oft Rentabilitäten schaffen, wo diese zunächst nicht bestehen. Es fragt sich nur, ob man darauf die Existenz einer Unternehmung bauen kann. Die Kontrollfunktion kann der Verkehrswert jedoch nur bei gleichzeitiger Anwendung auch des betrieblichen Eignungswertes erfüllen; die grundsätzlichen Einwendungen gegen die Verwendung des Verkehrswerts als Maßstab werden dadurch jedoch nicht aufgehoben.

bb) Der Wiederbeschaffungswert als Maßstab

Im Gegensatz zum Verkehrswert wird beim Wiederbeschaffungswert ein Einkauf unterstellt und damit gleichzeitig der betrieblichen Zwecksetzung des zu beschaffenden Gegenstandes in der Regel besser Rechnung getragen. Rösle (1) weist mit Recht darauf hin, daß schon beim Kauf eines Produktionsmittels der Eignungswert eine Rolle spielt und daher nur ein Anschaffungspreis akzeptiert werden kann, der für den Wertverband "Betriebswirtschaft" tragbar ist. "Er ist dann geeignet, wenn die zu produzierende Menge und der dafür erzielte Erlös die Abschreibung gewährleisten. Der wichtigste Hilfswert ist daher in Wissenschaft, Praxis und Steuerrecht der Anschaffungswert." Der Anschaffungswert deckt sich nun im Zeitpunkt der Anschaffung normalerweise mit dem Wiederbeschaffungswert. (2) Dieser Grundgedanke läßt sich ohne weiteres auf die Verhältnisse bei der Sachgründung anwenden

(1) Rösle, K. "Allgemeine Betriebswirtschaftslehre", 1951, S. 111

(2) vgl. RStB1 1935, S. 1496

und führt dazu, daß als Anschaffungswert für die Sachgüter in der GB der Wiederbeschaffungswert im Zeitpunkt der Einbringung oder besser im Zeitpunkt der Erstellung der GB herangezogen wird. (1) Auch der Wiederbeschaffungswert wird nicht immer leicht zu ermitteln sein; bei ihm muß ebenfalls eine eventuelle Wertminderung in Abzug gebracht werden. Seine Ermittlung dürfte jedoch nicht schwieriger als die des Verkehrswerts sein; er besitzt dafür den Vorteil richtiger betriebswirtschaftlich-theoretischer Fundierung.

Der Wiederbeschaffungswert geht zunächst auch davon aus, daß die eingebrachten Maschinen noch "ein freies Dasein führen und mißt ihren Wert an dem Wert gleichartiger Maschinen auf dem Maschinenmarkt". Aber aus der Blickrichtung wird eine evtl. erforderliche Korrektur dieses Wertes auf den betrieblichen Eignungswert ohne weiteres offenbar. Auf jeden Fall früher als beim Verkehrswert. Darüberhinaus beinhaltet der Wiederbeschaffungswert auch die sonstigen Gesichtspunkte des Verkehrswertes, so insbesondere auch die Abweichung vor allem in Zeiten starker Preisschwankungen von den historischen Anschaffungskosten. Bei der Bewertung von Vorräten wäre dagegen die Anwendung des Verkehrswertes betriebswirtschaftlich gesehen eher am Platze.

Auch das DM-Eröffnungsbilanzgesetz verlangt die Bewertung der Aktiva zu den "gewöhnlichen Wiederbeschaffungskosten", zum sogenannten Neuwert. Bei den Anlagegegenständen ist die bisherige und zukünftige Nutzung in Ansatz zu bringen. Die im Gesetz geforderten Wiederbeschaffungskosten sind Tagespreise des Bewertungsstichtags und von dem Schmidt'schen Wiederbeschaffungswert am Umsatztag zu unterscheiden.

(1) Auch Schigut, a.a.O., S.556 ff., empfiehlt den Wiederbeschaffungswert als Maßstab für die Bewertung der Sacheinlagen und Sachübernahmen.

A n h a n g :

Die Gründungsbilanz bei der Übernahmegründung

a) Begriffliches

Bisher war die GB Gegenstand der Untersuchungen, die anlässlich der Neugründung eines Unternehmens zu erstellen ist. Bevor diese Neugründung in Angriff genommen wird, sind nur Geld und bei der Form der Sachgründung einzelne Gegenstände, Sachen und Rechte vorhanden. Die Gegenstände sind aber nicht in einem Organismus gebunden, sondern jedes hat seine mehr oder weniger große Eigenständigkeit. Durch die Gründung erfolgt dann zunächst der Aufbau der Unternehmung, der finanziell-juristischen Einheit, und darauf die Errichtung des Betriebes, der technisch-wirtschaftlichen Einheit, in die die einzelnen Gegenstände einzuordnen sind. Das vorhandene Geldkapital ist durch Investition in Sachkapital, in das zur Realisierung des Unternehmungszwecks erforderliche Anlage- und Umlaufvermögen zu verwandeln. Diese Gründungsformen der Bar- und Sachgründung werden in der Literatur zutreffend unter dem Begriff "Neugründung" zusammengefaßt. Von dieser Form der Neugründung sind die Übernahme- und Umwandlungsgründung zu unterscheiden.

Eine Ü b e r n a h m e g r ü n d u n g liegt vor, wenn ein Unternehmen seine(n) Eigentümer wechselt. Es ändert sich dann auch zumeist der Firmenname, wenn nicht der bisherige Geschäftsinhaber oder dessen Erben in die Fortführung der Firma ausdrücklich einwilligen. (1)

Eine U m w a n d l u n g s g r ü n d u n g liegt vor, wenn die Unternehmungsform geändert wird, beispielsweise durch Aufnahme eines Gesellschafters in ein bis dahin von einem Einzelkaufmann betriebenes Unternehmen oder durch Übernahme des Geschäfts einer OHG durch einen Gesellschafter oder durch Umwandlung von Personengesellschaften in Kapitalgesellschaften, ohne daß die Identität des Unternehmens verloren geht. Das Umwandlungsgesetz vom 5.7.1934 mit den dazu ergangenen

(1) vgl. § 22, I HGB

Durchführungsverordnungen regelt die Umwandlung von Kapitalgesellschaften in Personengesellschaften und Einzelkaufmannsunternehmen. Die Neuregelung erfolgte durch das "Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften" vom 12.11.1956 mit Wirkung vom 1.1.1957. Das Aktiengesetz kennt folgende Fälle der Umwandlung:

- 1.) Umwandlung einer AG in eine KGaA und umgekehrt;
- 2.) Umwandlung einer AG in eine GmbH und umgekehrt;
- 3.) Umwandlung einer Gewerkschaft in eine AG;
- 4.) Umwandlung einer Gewerkschaft in eine KGaA;
- 5.) Umwandlung einer KGaA in eine GmbH und umgekehrt.

Vorschriften über die Umwandlung sind ferner noch im § 45 des DM-Bilanzgesetzes und im § 7, Ziff. 5 und in den §§ 8-11 und 14 DM-Bilanzergänzungsgesetz enthalten. Die Umwandlung hat also eine vergleichsweise ausführliche gesetzliche Regelung erfahren.

Es dürfte wohl zu überlegen sein, ob der Vorgang der Umwandlung oder Übernahme allein, also die rein juristischen Tatbestände, ausreichend sind für die Anwendung der Bezeichnung "Gründung" im wirtschaftlichen Sinn. Auch die Änderung der Unternehmungsform oder der Wechsel in den Eigentumsverhältnissen allein können von wesentlicher Bedeutung sein sowohl für das Einzelunternehmen als auch für die Gesamtwirtschaft. Die Bezeichnung "Gründung" sollte jedoch den Vorgängen vorbehalten bleiben, durch die ein neues einheitliches Gebilde, eine neue Wirtschaftseinheit, von Grund auf geschaffen wird. Das andere sollte man wohl besser als "Umwandlung" oder "Übernahme" allein bezeichnen, ohne das Wort "Gründung" zu verwenden, wie es in der Literatur oft geschieht; genau genommen sind Umwandlung und Übernahme nur zwei wichtige Ereignisse im Leben einer bereits bestehenden Unternehmung, ebenso wie Sanierung, Kapitalerhöhung usw. Die Identität der Unternehmung wird durch diese Vorgänge nicht zerstört; so vor allem nicht, wenn z.B. die Gesellschafter einer Personalgesellschaft dieselbe Unternehmung in der Form einer Kapitalgesellschaft fortführen, ohne daß Gesellschafter ausscheiden oder neue hinzukommen.

In der Theorie wird eine Trennung in Umwandlung und Umgründung vorgenommen: "entfällt die Notwendigkeit der Formalliquidation, kann also

die Gesamtrechtsnachfolge angetreten werden, so handelt es sich um eine Umwandlung, alle anderen Fälle stellen praktisch eine Umgründung dar." (1)

Nach unserer Lesart würde also nur dann von einer Gründung die Rede sein, wenn bei der Übernahme der zu übernehmende Betrieb nur einen Teil eines neuen, größeren Ganzen darstellt. Diesen Vorgang könnte man dann als einen besonderen Fall der Sachgründung ansehen. Bei der Umwandlung würde das Wort "Gründung" grundsätzlich nicht verwendet werden. Im Grunde genommen ist dies jedoch belanglos, da die Hauptprobleme, die im folgenden untersucht werden sollen, für die Übernahmegründung (bzw. Sachgründung) und Umwandlung dieselben sind: die Problematik der Ermittlung des Firmenwertes besteht in beiden Fällen in gleicher Weise. Die hinzukommenden Gesellschafter haben ein anderes Ziel als die ausscheidenden. Dies führt zu Schwierigkeiten in der Bewertung der Vermögensbestände, also zur Notwendigkeit, den Gesamtwert der Unternehmung so zu ermitteln, daß sowohl die eintretenden als auch die ausscheidenden Gesellschafter die ihnen zustehenden richtigen Kapitalanteile erhalten.

Im folgenden soll nun die mit der Ermittlung des Gesamtwertes einer Unternehmung verbundene Problematik untersucht werden. Die Erörterung des gesamten damit im Zusammenhang stehenden Problemkreises in allen Einzelheiten würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit prengen. Dieser Fragenkomplex verlangt eine eigene umfangreiche Untersuchung, die nicht nur die Untersuchung im Zusammenhang mit einem anderen Gegenstand - hier mit der GB - durchführt. Im folgenden soll daher nur auf die Grundsatzfragen des Problems eingegangen werden und die Erörterung einiger Ergebnisse und Stellungnahmen neuerer Untersuchungen erfolgen.

(1) vgl. Beckmann, "Die betriebswirtschaftliche Finanzierung".
2. Aufl., 1956, S. 107

b) Die Ermittlung des Gesamtwerts der Unternehmung

Das Problem der Ermittlung des Gesamtwerts einer Unternehmung existiert nicht nur in den Fällen der Übernahmegründung und Umwandlung, sondern auch bei der Verschmelzung und Auseinandersetzung. Die grundsätzlichen betriebswirtschaftlichen Probleme bei Ermittlung des Unternehmungsgesamtwerts haben insbesondere durch die Arbeiten von Schmalenbach (1) und Mellerowicz (2) eine grundlegende Erörterung erfahren. Es bestehen jedoch auch heute noch eine Reihe von Unklarheiten und nicht befriedigend gelösten Einzelproblemen. Darüberhinaus werden in Theorie und Praxis auch die an sich klaren und eindeutigen Lösungen mit solchen Abweichungen angewandt, daß sie oft beinahe restlos entstellt werden.

Der Unternehmungswert wird oft dem potentiellen Verkehrswert gleichgesetzt, der dem unter der Voraussetzung vorteilhaftester Nutzungsart und sparsamster, fachgemäßer Betriebsführung voraussichtlich erzielbaren, angemessenen Preis gleichkommt; er ist mit dem gemeinen Wert oder mit dem objektiven Tauschwert identisch, der sich bei normalen Verhältnissen, ohne Rücksicht auf die Person, die bei ihr obwaltenden Umstände und die besondere Interessenlage bildet. Dagegen ließe sich einwenden, daß der Eigentumswechsel nicht zugleich auch eine sparsamere Betriebsführung bringen muß und daß eine mögliche Verbesserung der Betriebsführung durch den Erwerber nicht dem weniger tüchtigen Veräußerer zugute kommen sollte. Fain (3) definiert daher sehr zutreffend: "Der ermittelte Unternehmungswert entspricht dem potentiellen Verkehrswert, der sich aus der Kenntnis der Vermögenslage und der Rentabilität des Unternehmens bei den derzeitigen Gegebenheiten ohne Rücksicht auf die Person, die bei ihr obwaltenden Umstände und die besondere Interessenlage bildet."

Bei der Unternehmungswertermittlung dienen als Grundlage der Buchwert, Ertragswert und der Substanzwert der Unternehmung.

-
- (1) Schmalenbach, E., vor allem "Finanzierungen", 6. Aufl. Leipzig 1937, S. 35 und 49 ff.
 - (2) Mellerowicz, K. "Die Bewertung der Unternehmung als Ganzes", Essen 1952
 - (3) Fain, "Unternehmungswert - Betriebsvergleich - offene und stille Reserven" in Die Wirtschaftsprüfung, 1956, S. 194

1. Der Buchwert der Unternehmung

Bei der Übernahmegründung wird ebenso wie bei der Umwandlung für den Tag der Übernahme bzw. der Umwandlung eine Schlußbilanz aufzumachen sein. Mit ihr endet die Unternehmung in ihrem bisherigen Umfang bzw. in ihrer bisherigen Rechtsform. Die Summe der in dieser Bilanz ausgewiesenen Kapitalanteile der Unternehmungseigner stellt den Buchwert der Unternehmung dar. Dabei ist es gleichgültig, ob man von der Handelsbilanz oder, falls eine solche aufgestellt wird, von der Ertragssteuerbilanz ausgeht. Der Unterschied liegt darin, daß der Buchwert bei Zugrundelegung der Ertragssteuerbilanz infolge der Bewertungsgrundsätze des Steuerrechts höher zu liegen kommt als bei Zugrundelegung der Handelsbilanz. Der Buchwert wird relativ leicht zu ermitteln sein, da er sich aus der Summe von Nominalkapital und offenen Rücklagen aus der Bilanz ergibt. Auch den als solchen ausgewiesenen Reingewinn wird man in den Buchwert mit einbeziehen, soweit er als Gewinnvortrag in der Unternehmung verbleibt. Handelt es sich um eine feststehende Nominalkapitalziffer wie insbesondere beim Grundkapital der AG und beim Stammkapital der GmbH, und liegt ein negativer buchmäßiger Kapitalanteil vor, der auf der Aktivseite der Bilanz gewissermaßen als Forderung der Unternehmung an die Unternehmer einzusetzen ist, so ergibt sich der Buchwert aus der Summe der Eigenkapitalbeträge auf der Passivseite abzüglich des negativen buchmäßigen Kapitalanteils.

Der Buchwert ist mit dem Gesamtwert der Unternehmung in der Regel nicht identisch, weil infolge der Bewertungsmaßstäbe regelmäßig stille Rücklagen vorhanden sind und vor allem der sogenannte Firmenwert unberücksichtigt geblieben ist. Die Praxis berücksichtigt lediglich den sogenannten derivativen Firmenwert, der aber in der Regel nur einen Teil des gesamten vorhandenen Firmenwerts darstellt. Zur Ermittlung des Gesamtwerts der Unternehmung müssen also andere Größen als der Buchwert herangezogen werden.

2. Sachwert und Ertragswert als Grundlage der Unternehmungsbewertung

Ausgangspunkt und Grundlage für den Unternehmungsgesamtwert muß der Ertragswert sein, denn, wie Schmalenbach feststellt, wird der Wert einer Sache durch den Nutzen bestimmt, den sie zu erbringen vermag. Mellerowicz (1) betont: "Der Ertragswert ist immer der Wert der Unternehmung, und nur er allein. Es gibt keine Ausnahme von dieser Regel." Der Ertragswert ist zugleich der gemeine Wert der Unternehmung. Der Sachwert dient nach theoretisch richtiger Ansicht nur als Korrektur- und Vergleichsgröße. Bei dem Wert einer Unternehmung kommt es wie bei anderen Sachen nicht darauf an, was der Gegenstand gekostet hat, was er geleistet hat oder was sonst in der Vergangenheit von ihm bekannt ist, "sondern lediglich zukünftige Umstände sind für den Wert des Gegenstands bestimmend".

Der Ermittlung des Ertragswerts liegen folgende Faktoren zugrunde:

Die bereinigten Erträge der Vergangenheit

Die Schätzungen der Zukunftsaussichten

Der Kapitalisierungszinsfuß .

Da diese Faktoren nicht objektiv und sicher zu ermitteln sind, kann der so gefundene Ertragswert auch nur ein Annäherungswert, ein Hilfswert sein, nach dem sich aber der Gesamtwert der Unternehmung in erster Linie ausrichten muß. Dazu tritt der Substanzwert. Aus diesen beiden Hilfswerten muß infolge des Fehlens vergleichbarer bekannter Preise der Gesamtwert der Unternehmung geschätzt werden.

aa) Die Problematik der Ertragswertermittlung

Dem Ertragswert liegt der zukünftige nachhaltige Reinertrag und der Kapitalisierungszinsfuß zugrunde. Der zukünftige nachhaltige Reinertrag läßt sich jedoch nur in etwa abschätzen. Als Anhaltspunkt

(1) Mellerowicz, K. a.a.O., S.147

Für seine Ermittlung können die bereinigten Erträge der Vergangenheit herangezogen werden. Die Vergangenheit hat eine mittelbare Bedeutung für die Zukunft, wenn auch nur zukünftige Tatsachen und Geschehnisse für die Bewertung bestimmend sein können; "die Vergangenheit ist Maßstab der Zukunft". "Zwar wird die Zukunft oft sehr viel anders, als man gedacht, aber wenn die Wahrscheinlichkeit des Besser- und Schlechtergehens gleich ist, so ist es mathematisch durchaus richtig gedacht, daß man für die Zukunft den gleichen Fortgang des Geschäfts zugrunde legt"(Schmalenbach). Der auf das persönliche Verdienst des Erwerbers zurückzuführende Mehrertrag darf bei Schätzung der Zukunftsaussichten nicht in Ansatz gebracht werden. Die Gewinne der einzelnen künftigen Geschäftsjahre müssen möglichst sorgfältig vorausgeschätzt werden und sind dann auf den Bewertungsstichtag zu diskontieren.

Bei der Schätzung der Zukunftsaussichten müssen insbesondere die Firmenwertelemente, als die eigentliche Ursache von Mehr- oder Mindererträgen, in Rechnung gestellt werden. Obwohl man zu ihnen nur solche Gestaltungskräfte zählen wird, denen eine gewisse Beständigkeit und Nachhaltigkeit zu eigen ist, muß mit ihrer Veränderung gerechnet werden. Die sachbezogenen Firmenwertelemente dürften beständiger sein als die personengebundenen.

Das in der Praxis für die Ermittlung des Ertragswerts angewandte Verfahren errechnet den Durchschnittsertrag der Vergangenheit einfach durch Mittelung des Ertrags aus den letzten drei bis fünf abgeschlossenen Geschäftsjahren. Dieses Verfahren geht zu Recht davon aus, daß die Schätzung nur von den E r t r ä g e n der Vergangenheit ausgehen kann. Nur wenn Unterlagen hierfür nicht vorhanden sind, können andere betriebliche Größen, wie z.B. Beschäftigungsgrad und Kapazitätsausnutzungsgrad, Leistungsintensität, Produktionsmenge oder die von Schmalenbach vorgeschlagene Schätzung mittels eines Leistungsvergleichs oder mit Hilfe von Börsenkursen herangezogen werden. Diese betrieblichen Teilgrößen können wohl zur Erläuterung der Gewinnkurve und zur Erklärung ihrer Entwicklung sehr nützlich sein, dürfen aber selbst nie der Wertermittlung direkt zugrunde gelegt werden.(1)

(1) vgl. Jonas, "Zur gutachtlichen Methodik bei der Unternehmensbewertung" in Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 1955, S.275

In diesem Zusammenhang ist noch darauf hinzuweisen, daß bei der Schätzung des Zukunftsertrages auf Grund der erzielten Erträge der letzten Jahre von einem Normalertrag auszugehen ist, d.h. von einem Ertrag, der um die außerordentlichen und betriebsfremden Erträge bereinigt ist. Der Gesetzgeber stellt den Betriebsertrag als Grundlage dar; nach § 24, II, 2 AktG ist im Fall des Übergangs eines Unternehmens der Betriebsertrag aus den letzten beiden Geschäftsjahren im Gründungsbericht anzugeben. Der Betriebsertrag wird auf Grund einer genauen Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung ermittelt.

Auf die dem Verfahren der Praxis anhaftende Willkürlichkeit, gerade drei Jahre für die Schätzung des Zukunftsertrages heranzuziehen, hat schon Schmalenbach (1) hingewiesen; "...aber eben deshalb, weil man ebensogut eine kleinere wie eine etwas größere Zahl von Vergleichsjahren verteidigen kann, begnügt man sich mit drei Jahren, um die Revision der Vergleichsjahre einzuschränken. Andererseits glaubt man, mit drei Jahren eine gewisse Sicherheit gegen allzugroße Zufälligkeiten in den Ergebnissen zu besitzen." Schmalenbach warnt aber mit Recht davor, die Dreijahresrechnung schematisch anzuwenden. Es muß in jedem Einzelfall untersucht werden, ob die Dreijahresrechnung am Platz ist. Ebenso muß auf Konjunktur- und Saisonschwankungen Rücksicht genommen werden. Dies erfolgt am besten durch selbständige Erwägungen und nicht durch Einbeziehung in die Durchschnittsrechnung.

Auch die Konkurrenzgefahr ist besonders in Erwägung zu ziehen. Schmalenbach hat hierfür ein etwas kompliziertes, aber keineswegs sehr genaues Verfahren vorgeschlagen, indem er den Zukunftsertrag unter Berücksichtigung der Abschreibungsquote auf den Firmenwert kapitalisiert. Er geht mit Recht davon aus, daß sich etwaige Konkurrenten, falls der Ertragswert wesentlich über dem Substanzwert liegt, in die günstige Ertragslage durch Neuerrichtung eines gleichen Unternehmens einschalten werden. Vor allem aber werden auch die bereits bestehenden Mitkonkurrenten die vorteilhafte Ertragslage mit Kapazitätserweiterungen auszunutzen versuchen. Dadurch können natürlich die Ertragsausichten und damit der Ertragswert geringer werden. (2)

(1) Schmalenbach, E., "Die Beteiligungsfinanzierung", 7. Aufl., 1949, S. 43
(2) Schmalenbach, E., "Finanzierungen", 6. Aufl., Leipzig 1937, S. 35 u. 49

Das allgemein übliche Verfahren der Ertragsermittlung wird durch den Kapitalisierungszinsfuß als zweite ausschlaggebende Größe noch unsicherer. Als Kapitalisierungszinsfuß wird in der Regel der landesübliche Zinsfuß herangezogen.

Der Kapitalisierungszinsfuß ist für die Ertragswertermittlung von besonderer Bedeutung, weil geringe Veränderungen in seiner Höhe große Auswirkungen auf den Ertragswert haben. So verändert z.B. ein Zinssatz von 10 % statt 9 % den Ertragswert um 10 %. "Da der Kapitalisierungszinsfuß im Verhältnis zum Reinertrag in einer viel kleineren Maßeinheit ausgedrückt wird und seine Daten im betrieblichen Rechnungswesen auch nicht nur vergleichsweise gesucht werden können, ja diese Ziffer im allgemeinen Betriebsablauf gar keine Bedeutung hat, ist die Erkenntnis seiner theoretischen Grundlagen ganz besonders wichtig." (1)

Diez (2) kommt bei Erörterung des Problems des anzuwendenden Kapitalisierungsfaktors, das in der Theorie noch keine gültige Lösung gefunden hat, zu folgendem Ergebnis:

- "1. Der Kapitalisierungsfaktor ist Diskontfaktor und dient der Vergleichbarkeit aller wirtschaftlichen Ertragsobjekte.
2. Dementsprechend ist der landesübliche Zinsfuß die geeignete Grundlage. Die branchenindividuelle Rentabilität stellt keine geeignete Vergleichsgröße dar, weil monopoloiden und friktionellen Gewinne den angeblichen Rentabilitätsausgleich, den Gleichgewichtskapitalzins aller Investitionen nie entstehen lassen.
3. Zum landesüblichen Zinsfuß darf höchstens ein Zuschlag für die geringere Liquidität oder Mobilisation des investierten Unternehmerkapitals kommen. Das allgemeine Unternehmerwagnis ist bereits bei der Feststellung des

(1) Diez, "Der Kapitalisierungsfaktor als Bestandteil der Ertragswertermittlung bei der Gesamtbewertung von Unternehmungen und Unternehmensteilen" in Die Wirtschaftsprüfung, 1955, S. 2

(2) a.a.O. S.4

nachhaltig erzielbaren Reinertrags berücksichtigt. Den Kapitaisierungsfaktor wegen des allgemeinen Unternehmerwagnisses zu erhöhen, hieße, daß der als nachhaltig erzielbar angegebene Reinertrag dies voraussichtlich nicht ist, führt somit also zu einer Korrektur der Rechnung an der falschen Stelle und zerstört gerade das angestrebte Ziel: Die Vergleichbarkeit aller wirtschaftlichen Ertragsobjekte."

Diez steht damit im Widerspruch insbesondere zu der Auffassung von Mellerowicz, der zum sogenannten landesüblichen Zinsfuß einen Aufschlag für die sogenannte Risikoprämie hinzurechnet und diese Branchenrentabilität für die Bestimmung des Kapitalisierungsfaktor zugrunde legt. In ähnlicher Weise geht Auler davon aus, daß bei der Kapitaisierung des Ertrages der Zinsfuß zur Anwendung kommt, der sich in der betreffenden Unternehmung oder in Unternehmungen gleicher Art, Form und Größe als durchschnittlicher Rentabilitätsatz einer Reihe von Jahren (etwa 3-5) unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse und der zu erwartenden zukünftigen Entwicklung ergibt.

Diez geht von der Auffassung der modernen Zins- und Kredittheorie aus, daß der Zins die Funktion habe, den zeitlichen und den sachlichen Ausgleich der Investitionen und damit ihrer Erträge herbeizuführen. Dieser Anpassungsprozeß wird aber infolge der Tendenz des Geldes, in der modernen Wirtschaft nicht neutral zu sein, und wegen des geringeren Liquiditäts- und damit Konkurrenzgrades des investierten Kapitals untereinander im Sinne der modernen Zins- und Kredittheorie nur recht unvollkommen erfüllt. Der Geldzins bestimmt den landesüblichen Zinsfuß mit, d.h. die durchschnittliche Verzinsung risikofreier Kapitalanlagen. Die Abhängigkeit des Kapitalzinses der Unternehmung vom Geldzins ist aber wegen der größeren Unvollkommenheit des Marktes nicht einmal tendenziell so stark wie beim landesüblichen Zinsfuß. Die Auffassung Mellerowicz's, den branchenüblichen Zins zu verwenden, ist so gesehen tatsächlich nur im Gleichgewichtspunkt, der klassischen Situation richtig. "Denn abgesehen von dem Zinsentgelt für Liquiditätsverzicht stellt der übrige Unternehmerge-

winn entweder Friktionsgewinn durch un stetige Produktivitätssteigerung oder Monopolrente im Sinne der statischen Theorie oder schließlich beides dar." (1)

Vor allem aber dürfte Diez darin zuzustimmen sein, daß bei Verwendung des branchenüblichen Zinssatzes die Gefahr besteht, den Faktor Risiko doppelt in Rechnung zu stellen. Hier steht Diez in Übereinstimmung mit Schmalenbach (2), der das allgemeine Unternehmerwagnis der Klarheit der Rechnung zuliebe bereits bei der Schätzung des nachhaltig erzielbaren Reinertrages untergebracht haben will.

bb) Die Problematik der Substanzwertermittlung

Da der Reinertrag und der anzuwendende Kapitalisierungszinsfuß nicht objektiv richtig zu ermitteln sind, kann der Ertragswert nicht zugleich als Gesamtwert der Unternehmung gelten. Aus diesem Grunde kann auf die Heranziehung des Substanzwerts und auf die Gegenüberstellung von Ertragswert und Substanzwert bei der Firmenwertermittlung nicht verzichtet werden. Die Höhe des Gesamtwertes wird stets von der Höhe des Substanzwerts beeinflusst. Die Heranziehung des Substanzwerts erlangt insofern entscheidende materielle Bedeutung. Dies wird insbesondere offensichtlich, wenn als Gesamtwert das arithmetische Mittel aus Ertragswert und Substanzwert genommen wird. In der Praxis wird in vielen Fällen vom Substanzwert überhaupt ausgegangen, womit die Überbetonung des Sachwerts bei der Gesamtertermittlung ihren Höhepunkt erreicht.

Der Grund für die Überbetonung des Sachwerts durch die Praxis liegt in der p s y c h o l o g i s c h e n Einstellung des Verkäufers und Käufers und in einer i r r a t i o n a l e n Einstellung zur Ermittlung des Sachwerts und Ertragswerts. "Die psychologische Einstellung des Verkäufers und Käufers zur Unternehmung beeinflusst die Wertermittlung wesentlich." (3) Beide gehen allzuoft

(1) Diez, a.a.O. S. 3

(2) Schmalenbach, "Finanzierungen" 1937, S. 50

(3) Jonas, "Zur gutachtlichen Methodik bei der Unternehmungsbewertung" in Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 1955, S. 271 f.

von der falschen Vorstellung aus, daß die Kosten den Wert einer Sache bestimmen, eine Vorstellung, die heute im allgemeinen längst nicht mehr als gültig angesehen wird. "Dennoch beeinflußt die psychologische Einstellung des Käufers und Verkäufers zum Bewertungsobjekt immer den Gang der Bewertung, und das Kostenargument ist wesentlicher Bestandteil einer pseudo-wissenschaftlichen Beweisführung, unter deren Deckmantel versucht wird, von dem eindeutigen und klaren Ertragswertgedanken abzuweichen. " Die irrationale Einstellung bei der Gesamtertermittlung geht davon aus, daß die Berechnung des Sachwerts sicherer sei als die des Ertragswerts, weil die einzelnen Vermögensteile anhand von Marktpreisen bewertet werden könnten. Hiergegen können folgende Argumente angeführt werden: (1)

1. Die Ermittlung des Sachwerts ist gegenüber der des Ertragswerts insofern nicht exakter, als die einzelnen Teile des Sachwerts zum größten Teil mittels Reproduktionszeitwerten angesetzt werden, die den wirtschaftlichen Wert der betreffenden Anlagen nur bedingt wiedergeben. Die Schätzung wird hier in viele Teil - S c h ä t z u n - gen aufgespalten, sodaß die Endsumme auch nur das Resultat einer Schätzung ist, die als solche mit denselben Unsicherheitsfaktoren belastet ist wie die Schätzung des Ertragswerts. Auch der Einwand, daß der Ertragswert auf den beiden Größen Reinertrag und Kapitalisierungsfaktor beruht und daher bei ihm das subjektive Moment der Schätzung mehr im Vordergrund steht, ist insofern ungerechtfertigt, als beide Größen lediglich das zusammengefaßte Ergebnis der Schätzung auf Grund von Betriebszahlen sind, die als solche als genau so exakt angesehen werden können, wie die zur Ermittlung des Sachwerts heranzuziehenden Größen.
2. Darüberhinaus wird in solchen Fällen in der Regel stets übersehen, daß der ermittelte Sachwert grundsätzlich nur einen Teilreproduktionswert darstellt, da die immateriellen Reproduktionskosten, die Kosten der Organisation, der Goodwill Nr. 1 im Schmalenbach'schen Sinne, nicht oder mit noch größeren Schwierigkeiten als der Ertragswert geschätzt werden können.
3. Schließlich wird die Unternehmungswertermittlung dadurch nicht exakter, daß an die Stelle eines nicht mit völliger Sicherheit zu ermittelnden richtigen Wertes ein falscher Wert gesetzt wird, nur weil man hofft, diesen genauer bestimmen zu können. Selbst wenn der Sachwert mit größerer

Sicherheit feststellbar wäre, könnte er doch nur dann zur Ermittlung des Unternehmungswerts herangezogen werden, wenn beide in einer direkten Beziehung zueinander stünden. "Seiner Struktur nach ist aber der Sachwert überhaupt kein wirtschaftlicher Wert. Er ist im besten Fall eine Vergleichsgröße neben dem eigentlichen Ertragswert."

Bei den Untersuchungen über die Problematik des Substanzwerts wird zumeist einem Tatbestand nicht gebührend Beachtung geschenkt, der erst in jüngster Zeit mit seinen Auswirkungen klar herausgearbeitet wurde. Wenn in den Begriff des Substanzwerts die Gesamtheit der materiellen einschließlich der selbständig übertrag- und bewertbaren immateriellen Vermögenswerte einbezogen wird, unterscheidet sich der Substanzwert insofern vom Reproduktionswert, als in ihm die Normalsubstanz und die Überschussubstanz enthalten sind. Tittel (1) hat die aus dieser Unterscheidung sich ergebenden Konsequenzen grundlegend untersucht. Er stellt für die zwei Substanzkategorien unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe auf: Für die Normalsubstanz die Wiederbeschaffungskosten, für die Überschussubstanz den Veräußerungspreis. Bei der Überschussubstanz müsse durch entsprechende Korrekturen dem Umstand Rechnung getragen werden, daß überschüssige Vermögensteile, wie z.B. Spezialmaschinen, Werkzeuge usw. oftmals nicht auf normalem Wege veräußert werden können. Tittel geht zu Recht von dem Tatbestand aus, daß das durch die Überschussubstanz im Unternehmen gebundene Kapital zur Erzielung des nachhaltigen Reinertrages nicht erforderlich und bei einem Verbleibe im Unternehmen rentabilitätsschmälernd ist. Zur Überschussubstanz werden nur solche Vermögensteile zu rechnen sein, die über das sogenannte Reservevermögen hinaus vorhanden sind. Ihr Vorhandensein ist letztlich das Ergebnis falscher Dispositionen; die Korrektur dieser Fehlmaßnahmen muß durch Verkauf erfolgen. Mit dem Normalsubstanzwert soll der Wert einer Unternehmung, die mit den gleichen Vermögensteilen den gleichen Ertrag erzielt, festgestellt werden. "Ein Erwerber würde die Höhe des Gesamt- und Firmenwertes danach beurteilen, daß er die zu übernehmende Unternehmung - mindestens für eine längere oder kürzere Übergangszeit - in ihrer jetzigen Struktur weiterführen und

(1) Tittel, "Firmenwert und stille Reserven beim Ausscheiden von Teilhabern aus Personengesellschaften" in Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, 1949, S. 77

auf das erforderliche Kapital die Branchen-Soll-Rendite erzielen muß. Von diesem Gesichtspunkt aus gelangt man zu dem Ergebnis, daß in der Gesamt- und Firmenwertermittlung nicht auf den Reproduktionswert einer gleichleistungsfähigen Unternehmung mit ganz neuer Betriebsstruktur (der technischen Entwicklung entsprechend), sondern auf den einer gleichen Unternehmung (der Struktur des tatsächlich vorhandenen Betriebes entsprechend) abzustellen ist, wobei hier allerdings die vorhandenen Anlagen im einzelnen Leistungsäquivalent, d.h. ausgerichtet an modernen, technisch vollkommeneren Maschinen, zu bewerten sind."

Der Einwand, daß die Verwendung des Reproduktionswertes einer gleichleistungsfähigen Unternehmung zu falschen Ergebnissen bei der Gesamtwermittlung führen könnte, auch wenn die rechnerische Ermittlung eines solchen Reproduktionswertes möglich wäre und auch unter der Voraussetzung, daß keine Veränderungen zwischen Kosten und Leistung eintreten, besteht zurecht. So würde z.B. eine Unternehmung mit negativem Firmenwert einen positiven Firmenwert ausweisen können, wenn sie bei gleichem Ertragswert einen niedrigeren, der kleineren Anzahl Maschinen entsprechenden Reproduktionswert annimmt. (1)

3. Der Firmenwert

Der Firmenwert ist die Differenz zwischen dem Ertragswert und Substanzwert; er ist der Teil der immateriellen Werte einer Unternehmung, der nicht selbständig übertragen und bewertet werden kann. Der Firmenwert wird auch aufgefasst als die Differenz zwischen Ist-Rendite und Soll-Rendite, wenn die Unternehmung einen nachhaltigen Reinertrag erzielt, der in Form eines Mehr- oder Minderertrages vom Soll-Ertrag abweicht. Ursache für den Firmenwert sind die sogenannten Firmenwertelemente, d.h. Gestaltungskräfte, die nachhaltig auf den Reinertrag der Unternehmung wirken.

Vom Firmenwert müssen die stillen Reserven getrennt werden, die sich aus dem höheren Substanzwert und dem niedrigeren Buchwert der Unter-

(1) vgl. Tittel, a.a.O., S.79

nehmung ergeben. Stille Reserven werden gebildet durch Unterbewertung von Beständen, überhöhte Abschreibungen, Nichtaktivierung oder nur Teilaktivierung an sich aktivierbarer Anlagegegenstände, durch finanzielle Transaktionen und durch Überbewertung von Passiven. Wesensmäßig sind die stillen Reserven der betrieblichen Substanz zuzurechnen, da sie den einzelnen Vermögensteilen anhaften; diesen können sie bei genauer Bewertung rechnerisch einwandfrei zugeteilt werden. Der Firmenwert ist demgegenüber ertragsbezogen und kann infolge seines Komplexcharakters nicht aufgeteilt werden. Auch in der Realisierbarkeit ist insofern ein Unterschied vorhanden, als die stillen Reserven durch Höherbewertung im gesetzlich zulässigen Rahmen aufgelöst werden können; der Firmenwert ist dagegen nur bei bestimmten Sonderanlässen realisierbar (Übernahmegründung, Umwandlung, Auseinandersetzung, Fusion). (1)

Die Tatsache, daß Firmenwert und stille Reserven oft nicht getrennt gesehen werden, dürfte vor allem daran liegen, daß auch die nach § 133, Ziff. 5, S. 1 AktG unzulässige Aktivierung des originären Firmenwertes praktisch eine Unterbewertung des Unternehmungsgesamtwerts im Sinne einer stillen Reserve darstellt. Im Hinblick auf die vorhandene Unklarheit empfiehlt Tittel (2) mit Recht die Gliederung von Hasenack in

- substanzorientierte stille Reserven
- ertragsorientierte stille Reserven.

Durch diese Unterscheidung wird der Eigenart des Firmenwertes Rechnung getragen, der unter der zuletzt genannten Gruppe gemeint wäre, sofern er als stille Reserve angesehen werden soll.

An dieser Stelle wäre noch darauf hinzuweisen, daß es eine doch sehr bedenkliche und unklare Handlungsweise darstellen dürfte, wenn Ertragswert bzw. Firmenwert, denen als Ausgangspunkt die bei Betriebsfortführung zu erwartende Ertragslage, und Substanzwert bzw. stillen Reserven, denen als Ausgangspunkt die Veräußerung der Vermögensteile zugrunde liegt, derart miteinander in Beziehung gebracht werden, daß aus dem positiven oder negativen Firmenwert und den stillen Reserven oder der eventuellen Unterbilanz der Saldo gezogen wird und so der überwiegende Faktor ermittelt wird, wie es Tittel (3) tut. Im Grunde

(1) Tittel, a.a.O., S. 84
(2) a.a.O., S. 84
(3) a.a.O., S. 85

ist doch wohl folgendes zu bedenken: Wenn eine Unternehmung, z.B. ein Industrieunternehmen mit einem umfangreichen Produktionsapparat, sich in einer schlechten Ertragslage befindet, können ein negativer Firmenwert und stille Reserven gleichzeitig streng genommen eigentlich nicht vorliegen, denn die Wirtschaftsgüter der Unternehmung leiten ihren Wert von den Erträgen ab, die die Unternehmung mit ihnen erzielen kann. Der Gebrauchs-, Eignungs- oder Nutzungswert der Anlagegegenstände für den Betrieb ist von der Möglichkeit der Amortisierung der Gegenstände abhängig. Ist nun die Amortisierung wegen der schlechten Ertragslage nicht möglich, dann verlieren die Wirtschaftsgüter als Produktionsmittel in dem Produktionsmittelverband der Betriebswirtschaft ihren Nutzen und damit ihren Wert. Der Substanzwert unter Zugrundelegung des Gebrauchswerts der einzelnen Vermögensteile ist also völlig abhängig vom Ertragswert; ist dieser gleich Null, dann ist es jener auch.

Anders ist es nun, wenn die Unternehmung eben wegen der schlechten Ertragslage aufgelöst und in ihren Einzelteilen veräußert wird. Der dann ermittelte Substanzwert ist von dem für die Fortführung des Unternehmens in Betracht kommenden, auf der Grundlage des Gebrauchswerts oder Teilwerts ermittelten Substanzwert sehr verschieden. Er wird auf der Grundlage des Verkehrswerts oder Veräußerungspreises der einzelnen Gegenstände zu ermitteln sein; er kann dem Ertragswert bei Auflösung der Unternehmung gleichgesetzt werden, da zusätzliche immaterielle Werte der Unternehmung, die als solche nicht selbständig übertragen und bewertet werden können, nicht mehr vorhanden sein können. Unseres Erachtens können infolge der Abhängigkeit des Substanzwerts vom Ertragswert bei Zugrundelegung des ertragsorientierten Substanzwerts negativer Firmenwert und stille Reserven gleichzeitig nicht vorhanden sein, und umgekehrt ebenso wenig positiver Firmenwert und stille Unterbilanz. Das Gleiche gilt analog bei Zugrundelegung des ertragsorientierten Substanzwerts. Die oft bestehende Möglichkeit, mit einem vorliegenden Produktionsmittelverband eine andere lohnende Produktion aufzunehmen, d.h. Erträge zu erzielen, ohne gleich die einzelnen Vermögensteile zu veräußern, dürfte mitunter relativ leicht gewonnen werden können, ändert jedoch im Prinzip nichts an dem eben Dargelegten.

c) Die Behandlung des Firmenwertes in der GB

Der Gesamtkomplex "Firmenwert" wird unterteilt in
den derivativen (mit Aufwendungen erworbenen) Firmenwert
den originären (mit und ohne besondere nachweisbare Aufwendungen
selbstgeschaffenen) Firmenwert.

Für die GB ist zunächst der derivative Firmenwert relevant.

Beim Erwerb eines bereits bestehenden Unternehmens wird im Rahmen des Gesamtkaufpreises auch ein Betrag für die nicht selbständig übertragbaren immateriellen Werte anzusetzen sein. Der vor der Übernahme als originärer Firmenwert bestehende Unternehmungsmehrwert wird bei der Übernahme zu derivativem Firmenwert; die Übernahmegründung wirkt also in der Regel firmenwertumbildend.

Nach § 133, Ziff.5 AktG darf für den derivativen Firmenwert in der Bilanz ein Aktivposten gesondert unter die Posten des Anlagevermögens eingesetzt werden. Diese Regelung gilt auch für die GB oder vielmehr gerade für sie. Der eingesetzte Betrag ist dann durch angemessene jährliche Abschreibungen oder Wertberichtigungen zu tilgen. Die Aktivierbarkeit des derivativen Firmenwerts wird auch von der betriebswirtschaftlichen Theorie und vom Steuerrecht ohne weiteres anerkannt. Die betriebswirtschaftliche Theorie geht jedoch wie das Steuerrecht zu Recht davon aus, daß der Firmenwert bei jeder Bilanzaufstellung neu ermittelt werden muß und nicht automatischen Abschreibungen unterliegen darf. Der Firmenwert unterscheidet sich von dem Anlagevermögen dadurch, daß er keinem organischen Wertverzehr unterworfen ist, organische bzw. automatische Abschreibungen können auf ihn also nicht vorgenommen werden.

Die Frage der Bilanzierung auch des originären Firmenwertes wurde von der Theorie und Praxis in erster Linie für die Jahresbilanz behandelt. Da jedoch auch bei Aufstellung der GB bereits originäre Firmenwertteile in Betracht kommen können, besteht das Problem der Bilanzierung des Firmenwerts grundsätzlich auch bei der GB. Die Ursachen für das Vorhandensein originärer Firmenwertteile bei Erstellung der GB dürften vor allem folgende sein:
Die Gelegenheit für unternehmerische Dispositionen, die den Gesamtwert der zu übernehmenden Unternehmung erhöhen, dürfte oft schon

beim Erwerb bestehen. Schon in diesem Stadium können Aufwendungen anfallen, die z.B. den Absatz- und/oder den Beschaffungsmarkt sichern. Ferner können originäre Firmenwertteile auch aus dem unterschiedlichen Verhandlungsgeschick der beteiligten Parteien resultieren oder infolge von subjektiven Gründen des Verkäufers zu finden sein, die ihn veranlassen, unter dem wirklichen Wert zu verkaufen (irrationale Gründe oder Tod, Krankheit, Alter usw.). Bei der Aktiengesellschaft wäre auch an ein Wirksamwerden von Angebot und Nachfrage zu denken. Infolge der Aktienverkäufe dürfte der Börsenkurs der Aktien der betreffenden Unternehmung oft unter den wirklichen Wert zu liegen kommen. Schließlich kann auch die neue Organisation, die Vereinigung der übernommenen Unternehmung in einem neuen Gesamtorganismus, einen originären Firmenwert schaffen, der schon in der GB der neuen Unternehmung zu berücksichtigen wäre.

Während nun die Behandlung des derivativen Firmenwertes heute allgemein anerkannten Grundsätzen unterliegt, besteht über die Behandlung des originären Firmenwertes in Theorie und Praxis noch keine einheitliche Meinung. Theoretisch gesehen ließe sich die Einsetzung auch des originären Firmenwertes in die Bilanz rechtfertigen; bei der statischen Bilanz - und damit also auch bei der GB - wäre die Aktivierung dieses immateriellen Wertes aus Wesen und Zweck der Bilanz geradezu zu fordern. Der Firmenwert beruht auf den sog. Firmenwertelementen, auf der geistig-schöpferischen Kraft und Leistungsfähigkeit der Unternehmungsleitung, auf der erreichten Perfektion der Betriebsorganisation, der Stellung des Betriebes im Beschaffungs- und Absatzmarkt usw. In diesen Elementen liegt ein "Vermögen" der Unternehmung, das sie gegenüber anderen Unternehmen derselben Branche und derselben Art heraushebt. Es wäre also, rein theoretisch gesehen, zunächst nicht einzusehen, weshalb ein Vermögensteil lediglich wegen seiner immateriellen Natur in der Bilanz nicht erscheinen sollte, obwohl er - vielleicht in besonderem Maße - an der Realisierung des Unternehmungszweckes mitwirkt wie alle anderen Vermögensteile auch. Die immaterielle Natur kann für das Verbot der Bilanzierung nicht ausschlaggebend sein, dann dürften auch andere immaterielle Vermögensteile (z.B. Patente, Lizenzen und auch der derivative Firmenwert) nicht aktivierungsfähig sein. (Daß für diese Posten Ausgaben erfolgt sind, ändert nichts an ihrer immateriellen Natur.)

Dieser rein theoretischen Auffassung stehen nun freilich gewichtige Argumente der Praxis gegenüber. Diese Argumente sollten jedoch - bei aller Berechtigung - nicht derart in den Vordergrund geschoben werden, daß von vornherein nicht die an sich vorhandene Berechtigung zur Bilanzierung des originären Firmenwertes in theoretischer Hinsicht zur Kenntnis genommen wird. Vor allem sollte nicht verkannt werden, daß die Aktivierung des originären Firmenwertes auch für die Praxis von Vorteil sein kann. Eine Bilanzierung des originären (+ derivativen) Firmenwertes würde eine genaue Ermittlung des Firmenwertes zur Voraussetzung haben. Die Unternehmensleitung muß sich Rechenschaft darüber geben, in welcher Höhe ein Firmenwert vorliegt, und sie muß es bei jedem Jahresabschluß wieder tun. Mit anderen Worten, sie muß dauernd ihr Augenmerk auf diesen Posten richten. Damit ist gewährleistet, daß jedes Schwanken in der Höhe des Firmenwertes rechtzeitig erkannt wird und damit auch frühzeitig Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Einwand, die Aktivierung des originären Firmenwertes würde die Ausweisung und sogar Ausschüttung eines nicht realisierten Ertrages bedeuten, kommt von seiten der Praxis und hat insbesondere die für den Jahresabschluß gültigen rechtlichen Regelungen zum Ausgangspunkt (vgl. § 133, Ziff. 5 AktG). Diese Regelungen entsprechen dem aus der Praxis begründeten Prinzip der Vorsicht und damit den Grundsätzen ordentlicher Bilanzierung. Sie stimmen jedoch nicht mit dem Wesen der Bilanz im theoretischen Sinne überein. Darüber hinaus ist es u.E. falsch, die Möglichkeit der Ausweisung und Ausschüttung von nicht realisierten Erträgen als eine nur mit der Bilanzierung des originären Firmenwertes verknüpfte Gefahr anzusehen. Letzten Endes haftet nämlich diese Gefahr allen Vermögenswerten, also auch den materiellen und insbesondere immateriellen Vermögensteilen an. Auch sie leiten ihren Gebrauchswert von ihrer Eignung für den Zweckverband Betriebswirtschaft und damit letzten Endes vom Gesamt(ertrags)wert der Unternehmung ab. Auch ihre Bewertung ist subjektiv. Der den materiellen Vermögensteilen anhaftenden Gefahr hat der Gesetzgeber durch eine vorsichtige Bewertung Rechnung getragen, die durch den originären Firmenwert existente Gefahr (Ausschüttung nicht

realisierter Gewinne, anfallende Vermögens- und Ertragssteuern - auch wenn kein Gewinn ausgeschüttet wird) hat er durch das Verbot der Bilanzierung beseitigt. An der grundsätzlichen theoretischen Fundierung der Bilanzierung des originären Firmenwertes über Wesen und Zweck der Vermögens(ermittlungs)bilanz ändert dies doch wohl nichts.

Die Praxis hält sich in erster Linie an den Standpunkt des Gesetzgebers und sieht von einer Bilanzierung des originären Firmenwertes in der Jahresbilanz in der Regel ab, vor allem mit der Begründung, daß "die Existenz und der Wert eines Unternehmens durch eine Reihe von Zufällen bedroht sind, denen die Existenz und der Wert einer körperlichen Sache nicht unterworfen sind.... und im Hinblick auf den Konkursfall zu beachten sei, daß der Wert des Unternehmens deshalb untergehen kann, weil dasselbe nicht als Ganzes veräußert werden kann und infolgedessen die einzelnen Teile auseinandergerissen und als solche verkauft werden müssen". (1) Dieser Einwand besteht insofern zu Recht, als das Maß der Unsicherheit und der Grad des Wertschwunds bei diesen immateriellen Posten doch wohl ungleich größer sind als bei den materiellen und übrigen immateriellen Gegenständen. Im Konkursfall ist der Firmenwert völlig geschwunden oder sogar negativ, während die übrigen Vermögensgegenstände ihrer Werte durchaus behalten oder sogar - als Folge der Umbewertung (Basis Verkehrswert) - einen höheren Wert aufweisen können.

Schwärzel (2) macht demgegenüber darauf aufmerksam, daß der Hinweis auf die Möglichkeit eines Konkurses der unbedingten Beweiskraft entbehrt: "denñ jedes Geschäft soll ja nicht in nächster Zeit wieder aufgelöst werden; möglicherweise oder sogar wahrscheinlicher Weise wird es als Ganzes einen Käufer finden, dabei aber bleibt der Mehrwert erhalten." Unabhängig davon, ob eine Auflösung des jungen Unternehmens für die nächste Zukunft geplant ist, wird doch oft die Auflösung gegen den Willen der Unternehmungseigner erforderlich. Dieser Gefahr ist auf mehr oder weniger lange Sicht jede Unternehmung ausgesetzt. Im Konkursfall kann aber grundsätzlich ein Unternehmungsmehrwert nicht mehr vorliegen, denn abgesehen vom Konkurs infolge von auf rein finanziellen Fehlmaßnahmen beruhender Illiquidität liegt die Ursache für

(1) Zimmermann, H. "Die Jahresbilanz der Aktiengesellschaft nach deutschem und schweizerischem Recht", Zürich 1912, S. 292, zitiert von Schwärzel "Über das Problem des Unternehmungsmehrer- oder -minderwertes und seine Bilanzierung", Diss., 1937, S. 64

(2) a.a.O., S. 64

den Konkurs in der anhaltenden Unwirtschaftlichkeit und Unrentabilität. Eine konkursreife Unternehmung kann also grundsätzlich keinen oder nur einen negativen Firmenwert aufweisen. Eine solche Unternehmung wird dann als Ganzes wahrscheinlich keinen Käufer finden. Vor allem bei großen Unternehmungen im Konkursfall vorwiegend durch Konsortienbildung anzutreffender Erwerb der Unternehmung als Ganzes bildet die Ausnahme.

d) Die Bewertung bei der Übernahmegründung

Die Bewertung bei der Übernahmegründung wird bei den materiellen und selbständig bewertbaren immateriellen Vermögensgegenständen den bei der Sachgründung aufgestellten Grundsätzen (1) folgen müssen. Ausgangspunkt für die Bewertung muß der Eignungs- oder Gebrauchswert der einzelnen Vermögensgegenstände sein.

Der Übernahme wird in der Regel eine Übernahmebilanz vorausgehen, die der Unternehmungswertermittlung und der Festlegung des Kaufpreisdient. Sofern die Wertansätze in dieser Übernahmebilanz auf der Basis des Gebrauchswerts bzw. Teilwerts erfolgt sind, können sie als Anschaffungswerte für die GB übernommen werden. Die Zugrundelegung des Verkehrswerts als Maßstab für die Wertansätze in der Übernahmebilanz würde dagegen nicht ganz korrekt sein. Verkauft wird ein Unternehmen und nicht einzelne Gegenstände. Dieses Unternehmen soll wieder der Produktion dienen und nicht der Auflösung. Die einzelnen Gegenstände können daher nur mit dem Wert angesetzt werden, den sie im Rahmen des Produktionsmittelverbandes besitzen, und nicht mit einem Wert, den sie losgelöst, für sich allein besitzen. Wie bei der Sachgründung können auch bei der Übernahmegründung schon bei Erstellung der Übernahmebilanz die Wiederbeschaffungskosten am besten als Wertmaßstab herangezogen werden.

(1) vgl. E., II., S.70 ff.

L i t e r a t u r a n g a b e

- Adler-Düring-Schmaltz: Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 2.Aufl.. 1948
- Auffermann: Grundzüge betriebswirtschaftlicher Steuerlehre, 1951
- Barth, K.: Die Jahresbilanz der Unternehmung, 1950
- Beckmann: Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, 2.Aufl., 1956
- Bühler: Bilanz und Steuer, 5.Aufl., 1952
- le Coutre: Grundzüge der Bilanzkunde, 1949
- " Bilanzrecht und Gesellschaftsbilanzen. 1948
- " Praxis der Bilanzkritik, 1926
- " Zeitgemäße Bilanzierung, 1934
- Gerstner: Bilanzanalyse, 1944
- Gnam: Lehr- und Handbuch der Betriebsprüfung, 1950
- Greifzu: Das neuzeitliche Rechnungswesen, 1954
- " Handbuch des Kaufmanns, 1950
- Halm: Geld, Außenhandel und Beschäftigung, 2.Aufl., 1954
- Hertlein: Abschluß und Prüfung der Unternehmungen, 1942
- Hintner: Praxis der Wirtschaftsprüfung, 1949
- Hueck: Gesellschaftsrecht, 1953
- Isaac: Bilanzen, 1930
- Leitner: Bilanztechnik und Bilanzkritik, 1919
- " Wirtschaftslehre der Unternehmung, 1944
- Mahlberg: Der Tageswert in der Bilanz, 1925
- Meithner: Die Bilanzen der Unternehmungen, 1933
- Mellerowicz: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 1947
- " Die Bewertung der Unternehmung als Ganzes, 1952
- Nicklisch: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3.Aufl., 1955
- Oermann-Meuschel: Einkommensteuer, 1955
- Prion: Kapital und Betrieb, 1929
- Rehm: Bilanzen, 1937
- Rieger: Einführung in die Privatwirtschaftslehre, 1928
- Röble: Buchhaltung und Bilanz, 7.Aufl., 1948
- " Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 2.Aufl., 1951
- Schlegelberger: Kommentar zum Handelsgesetzbuch, 3.Aufl., 1955

Schmalenbach: Dynamische Bilanz, 8.Aufl., 1947

" Finanzierungen, 6.Aufl., 1937

" Die Beteiligungsfinanzierung, 7.Aufl., 1949

Schmidt: Die organische Tageswertbilanz, 1929

Schneider: Wirtschaftlichkeitsrechnung, 1951

Schwarzell: Über das Problem des Unternehmungsmehr- oder -minderwertes
und seine Bilanzierung, Diss. 1937

Severing: Die Einheitsbilanz, 1925

Trumpler: Die Bilanzen der Aktiengesellschaft, 1950

Vogt: Bilanztaktik, 1950

Walb: Finanzwirtschaftliche Bilanz, 1947

Zeitschriften:

Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis

Die Handelshochschule

Die Wirtschaftsprüfung

Zeitschrift für Betriebswirtschaft

Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung

L e b e n s l a u f

=====

Am 6. Januar 1932 wurde ich als Sohn des Chemotechnikers Karl K u r s a w e und seiner Ehefrau Hedwig Kursawe in Ratibor/Oberschlesien geboren. Ich besuchte vier Jahre die Volksschule und trat 1942 in das dortige humanistische Gymnasium ein. Nach Kriegsende wurde ich Schüler des humanistischen Gymnasiums bei St.Stephan in Augsburg. Im Juni 1951 bestand ich an dieser Schule die Reifeprüfung.

Nach dem Abitur war ich etwa neun Monate als Praktikant in verschiedenen kaufmännischen Abteilungen zweier Industrieunternehmen tätig. Im Anschluß daran studierte ich ab Mai 1952 Rechte und Betriebswirtschaftslehre an der Universität München. Im Juni 1955 legte ich an der Universität München die Diplomprüfung für Kaufleute ab.

Nach dem Examen war ich ein halbes Jahr Informant in einem großen deutschen Industrieunternehmen. Seit April 1956 bin ich als innerbetrieblicher Organisator und Revisor in der gleichen Firma tätig.

München, den 14.3.1957

Edgar Kursawe

